

Institut für Arbeitsmarkt-
und Berufsforschung

Die Forschungseinrichtung der
Bundesagentur für Arbeit

IAB

IAB-Forschungsbericht

6/2014

Aktuelle Ergebnisse aus der Projektarbeit des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

Potenzialnutzung in Ostdeutschland

Eine Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem
Arbeitsmarkt

Michaela Fuchs
Mirko Wesling
Antje Weyh

ISSN 2195-2655

Potenzialnutzung in Ostdeutschland

Eine Analyse von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt

Michaela Fuchs (IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen)

Mirko Wesling (IAB Sachsen)

Antje Weyh (IAB Sachsen)

Unter Mitarbeit von:

Elke Amend (Statistik-Service Ost)

Jeanette Carstensen (IAB Berlin-Brandenburg)

Birgit Fritzsche (IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen)

Ingrid Dietrich (IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen)

Volker Kotte (IAB Nord)

Per Kropp (IAB Sachsen-Anhalt-Thüringen)

Uwe Sujata (IAB Sachsen)

Doris Wiethölter (IAB Berlin-Brandenburg)

Mit der Publikation von Forschungsberichten will das IAB der Fachöffentlichkeit Einblick in seine laufenden Arbeiten geben. Die Berichte sollen aber auch den Forscherinnen und Forschern einen unkomplizierten und raschen Zugang zum Markt verschaffen. Vor allem längere Zwischen- aber auch Endberichte aus der empirischen Projektarbeit bilden die Basis der Reihe.

By publishing the Forschungsberichte (Research Reports) IAB intends to give professional circles insights into its current work. At the same time the reports are aimed at providing researchers with quick and uncomplicated access to the market.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	6
Abstract	7
1 Einleitung.....	8
2 Das Potenzial des Arbeitskräfteangebots.....	10
3 Strukturelle Rahmenbedingungen	14
3.1 Räumliche Struktur	15
3.2 Branchen- und Betriebs(größen)struktur	17
3.3 Gründungsgeschehen und Unternehmensnachfolge.....	20
4 Realisiertes Arbeitskräfteangebot – realisierte Arbeitskräftenachfrage	23
4.1 Struktur der Beschäftigung.....	23
4.2 Dynamik der Beschäftigungsverhältnisse	29
5 Nicht realisiertes Arbeitskräfteangebot	32
5.1 Unterbeschäftigung	32
5.2 Struktur der Arbeitslosigkeit	34
5.3 Dynamik der Arbeitslosigkeit	37
6 Nicht realisierte Arbeitskräftenachfrage.....	43
7 Passgenauigkeit von nicht realisiertem Angebot und nicht realisierter Nachfrage	47
8 Potenzielle Hemmnisse	53
9 Abschließende Betrachtung.....	59
Literatur	63
Anhang	67

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1	Struktur von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt	9
Abbildung 2	Salden der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen in Ost- und Westdeutschland 1991 bis 2012.....	12
Abbildung 3	Bevölkerung nach Altersjahren in Ost- und Westdeutschland 2011 (Anteile an der jeweiligen Gesamtbevölkerung in Prozent) ...	13
Abbildung 4	Strukturwandel in Ost- und Westdeutschland – ausgewählte Branchen 1991 bis 2012 (Index 1991=100).....	18
Abbildung 5	Zahl der Betriebsgründungen und der Förderfälle beim Gründungszuschuss und Einstiegsgeld in Ost- und Westdeutschland 2008 bis 2012.....	21
Abbildung 6	Entwicklung des Anteils atypisch Beschäftigter an allen Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland 2005 bis 2012 (in Prozent)	26

Abbildung 7	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Altersjahren in Ost- und Westdeutschland 2013 (Anteile an der jeweiligen Gesamtbeschäftigung in Prozent)	27
Abbildung 8	Entwicklung der Beschäftigungsdynamik in Ost- und Westdeutschland 2005 bis 2012 (in Prozent)	30
Abbildung 9	Beschäftigungsdynamik nach ausgewählten Wirtschaftsabteilungen in Ost- und Westdeutschland 2012 (in Prozent).....	31
Abbildung 10	Unterbeschäftigungsquote in Ost- und Westdeutschland 2009 bis 2013 (in Prozent).....	33
Abbildung 11	Entwicklung des Arbeitslosenbestandes in Ost- und Westdeutschland getrennt nach Rechtskreisen 2005 bis 2013	35
Abbildung 12	Durchschnittliche monatliche Zugangsraten in Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III in Ost- und Westdeutschland 2007 bis 2013 (in Prozent)	39
Abbildung 13	Durchschnittliche monatliche Zugangsraten in Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II in Ost- und Westdeutschland 2007 bis 2013 (in Prozent)	39
Abbildung 14	Durchschnittliche monatliche Abgangsraten aus Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III in Ost- und Westdeutschland 2007 bis 2013 (in Prozent)	40
Abbildung 15	Durchschnittliche monatliche Abgangsraten aus Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II in Ost- und Westdeutschland 2007 bis 2013 (in Prozent)	40
Abbildung 16	Zahl der offenen und der BA gemeldeten Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt in Ost- und Westdeutschland 2005 bis 2013.....	44
Abbildung 17	Zahl der offenen Stellen nach Wirtschaftszweigen in Ostdeutschland 2013.....	45
Abbildung 18	Zahl der offenen Stellen nach der formalen Qualifikationsanforderung und nach Betriebsgröße in Ostdeutschland 2013	46
Abbildung 19	Verhältnis von Unterbeschäftigten zu offenen Stellen in Ost- und Westdeutschland 2006 bis 2013.....	48
Abbildung 20	Verhältnis von Arbeitslosen zu gemeldeten Arbeitsstellen nach dem Anforderungsniveau in Ost- und Westdeutschland 2007 bis 2013	49
Abbildung 21	Gründe für Besetzungsprobleme von Fachkräftestellen in den nächsten 2 Jahren in Ost- und Westdeutschland 2011 (Mehrfachnennungen möglich, Betriebe mit Fachkräftebedarf).....	57
Abbildung 22	Betriebliche Strategien der Fachkräftesicherung 2011 (in Prozent)	58

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1	Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial in Ost- und Westdeutschland 2010 und 2012.....	14
Tabelle 2	Siedlungsstrukturelle Merkmale in Ost- und Westdeutschland	16
Tabelle 3	Gründungsraten für Betriebsgründungen und Gründungen aus Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland 2008 bis 2012 (in Prozent)	22
Tabelle 4	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen in Ost- und Westdeutschland 2013	24
Tabelle 5	Umschlagsrate und Nettoveränderung der Beschäftigung nach Altersgruppen in Ost- und Westdeutschland, 2005 bis 2012 (in Prozent)	32
Tabelle 6	Verhältnis von Arbeitslosen und gemeldeten Arbeitsstellen in Ost- und Westdeutschland nach Berufen 2007 und 2013.....	51

Anhangsverzeichnis

Tabelle A 1	Betriebe und Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen am 30.06.2012 (in Prozent)	67
Tabelle A 2	Stellenangebot und Meldequote in Ostdeutschland 2005 bis 2013	67
Tabelle A 3	Stellenangebot und Meldequote in Westdeutschland 2005 bis 2013..	67
Tabelle A 4	Offene und sofort zu besetzende Stellen am ersten Arbeitsmarkt nach Wirtschaftszweigen, formaler Qualifikation und Betriebsgröße in Ost- und West-deutschland 2013	68
Tabelle A 5	Such- und Besetzungswege sowie Erfolgsquote bei der Besetzung offener Stellen in Ost- und Westdeutschland 2011 (Anteil an den Neueinstellungen in Prozent)	69
Tabelle A 6	Bestand gemeldeter Arbeitsstellen nach Berufen in Ost- und Westdeutschland 2013.....	69
Tabelle A 7	Durchschnittliche Dauer der Personalsuche in Ost- und Westdeutschland 2010 bis 2012 (in Tagen)	70
Tabelle A 8	Betriebliche Reaktionen auf den Abbruch von Suchvorgängen 2011 (in Prozent)	70
Tabelle A 9	Gründe für Stellenbesetzungsschwierigkeiten nach formaler Qualifikationsanforderung in Ost- und Westdeutschland 2010 bis 2012 (in Prozent derer, die grundsätzlich Besetzungsschwierigkeiten hatten).....	71

Zusammenfassung

Auf dem ostdeutschen Arbeitsmarkt fand Mitte der 2000er-Jahre eine Kehrtwende statt: Nach jahrelang sinkender Beschäftigung und hoher Arbeitslosigkeit stieg die Zahl der Beschäftigten in den letzten Jahren an, und die Zahl der Arbeitslosen ging stark zurück. Vor diesem Hintergrund werden angesichts des in Ostdeutschland besonders ausgeprägt verlaufenden demografischen Wandels vermehrt Probleme bei der Besetzung von Fachkräftestellen befürchtet. Gleichzeitig weist Ostdeutschland auch heute noch eine höhere Arbeitslosenquote auf als Westdeutschland. Einer steigenden Zahl an Stellen, die immer schwieriger oder teilweise gar nicht besetzt werden können, steht somit eine immer noch hohe Zahl von Arbeitslosen gegenüber. Vor diesem Hintergrund wird in der vorliegenden Analyse die Frage untersucht, ob und in welchem Ausmaß in Ostdeutschland spezifische Hemmnisse auf der Stellen- und/oder Bewerberseite existieren, die einer umfassenderen Nutzung des vorhandenen Potenzials an Arbeitskräften entgegen stehen. Zu diesem Zweck erfolgt eine umfangreiche Auswertung und Gegenüberstellung der Struktur und Entwicklung sowohl des Angebots an als auch der Nachfrage nach Arbeitskräften.

Die Ergebnisse zeigen, dass bei der Analyse der Gesamtstruktur von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage keine Engpässe identifiziert werden können, die speziell in Ostdeutschland zum Tragen kommen. Unterschiede ergeben sich bei einem Vergleich wichtiger Arbeitsmarktindikatoren wie zum Beispiel der Arbeitslosenquote oder dem Stellenangebot zwischen Ost- und Westdeutschland eher im Niveau als in der Struktur. Ein quantitativer Abgleich von nicht realisiertem Arbeitskräfteangebot und nicht realisierter Arbeitskräftenachfrage zeigt weiterhin, dass sich beide Größen in Ostdeutschland in den letzten Jahren wesentlich stärker aufeinander zubewegt haben als in Westdeutschland. Dennoch hat die Situation auf dem Arbeitsmarkt noch nicht die westdeutschen Verhältnisse erreicht. Allerdings gibt es durchaus Faktoren, die spezifisch für Ostdeutschland sind und hemmend auf eine umfassendere Potenzialnutzung wirken können. Darunter fallen strukturelle Besonderheiten wie zum Beispiel eine ländlichere Siedlungsstruktur, eine stärker auf einfache Dienstleistungen und das Baugewerbe orientierte Branchenzusammensetzung und eine kleinteiligere Betriebsstruktur. Zusätzlich können auch der hohe Anteil der Arbeitslosen im Rechtskreis Sozialgesetzbuch (SGB) II, die geringeren Löhne in Ostdeutschland oder die teils unzureichende Anpassungsfähigkeit und -geschwindigkeit der ostdeutschen Betriebe hemmende Faktoren darstellen.

Abstract

After years of declining employment and high unemployment, the situation on the East German labour market changed profoundly in the middle of the 2000s. Given the more pronounced demographic change it is expected that in East Germany the recruitment of skilled workers will become more difficult in the future. In spite of the increasing tightness on the East German labour market, however, the unemployment rate is still higher than in the West. Hence, on the one side of the labour market there is a rising number of vacancies that can only be filled with increasing difficulty, while on the other side there is still a high number of unemployed. The aim of this study is to identify obstacles on both sides of the labour market – labour demand and labour supply – that prevent a broader utilisation of the existing labour force potential.

The results show that there are no shortages on the labour market that are specific for East Germany only. Comparing various indicators between East and West Germany like the unemployment rate or vacancies highlights differences in the level rather than in the structure of the labour market sides. Although the non-realised labour supply and the non-realised labour demand have moved towards each other faster than in West Germany, the situation on the East German labour market has by no means reached the situation in West Germany. It has to be emphasised, however, that there are factors specific for East Germany which can obstruct the broader utilisation of the existing labour force potential. These are, for example, the more rural settlement structure, an industry structure that is more concentrated on construction and low human capital-intensive services or the greater weight of small enterprises. The high share of unemployed in social assistance (SGB II), lower wages or the insufficient adaptability of the East German enterprises towards the fast developments on the East German labour market are further obstacles.

1 Einleitung

Am ostdeutschen Arbeitsmarkt, der jahrelang von hoher Arbeitslosigkeit und sinkender Beschäftigung geprägt war, ist eine Kehrtwende eingetreten. Die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland¹ fiel zwischen 2005 und 2013 um 46,1 Prozent und damit stärker als in Westdeutschland (-35,9 %). Die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stieg zwischen Juni 2005 und Juni 2013 um 10,7 Prozent (West: 12,1 %).

In Teilen der Öffentlichkeit wird aufgrund dieser Entwicklungen bereits das Szenario eines – angesichts des demografischen Wandels vor allem in den neuen Bundesländern – gravierender werdenden Fachkräfteengpasses diskutiert. Hierfür gibt es auch einige Hinweise. Eine aktuelle Studie von Brenzel u. a. (2013) zeigt, dass eine Stellenbesetzung in Ostdeutschland 2012 im Schnitt länger dauerte als in den alten Bundesländern, dass es mehr Neueinstellungen mit Problemen gab, die auf nicht geeignete Bewerber zurückzuführen waren, und dass die ostdeutschen Betriebe häufiger Kompromisse bei Neueinstellungen eingehen mussten. Arbeitsmarktdaten bescheinigen den neuen Bundesländern aber auch 2012 eine höhere Arbeitslosenquote (10,7 % gegenüber 5,9 %) und einen geringeren Arbeitsplatzbesatz² (50,5 % gegenüber 54,1 %) als Westdeutschland. Einer stetig steigenden Zahl an Stellen, die immer schwieriger oder teilweise gar nicht besetzt werden können, scheint damit eine nicht im gleichen Umfang sinkende bzw. immer noch hohe Zahl von Arbeitslosen gegenüber zu stehen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob und in welchem Ausmaß in Ostdeutschland spezifische Hemmnisse auf der Stellen- und/oder der Bewerberseite existieren, die einer umfassend(er)en Potenzialnutzung entgegen stehen.³

Um diese Fragestellung eingehend zu analysieren, gilt es zunächst zu definieren, was unter dem Begriff des Potenzials verstanden werden soll. Weiterhin müssen die Angebots- und die Nachfrageseite des Arbeitsmarktes möglichst umfassend quantifiziert werden. Es gilt herauszuarbeiten, welche Teile von Angebot und Nachfrage bereits realisiert sind und an welchen Punkten die beiden Marktseiten (noch) nicht korrespondieren. Im Anschluss daran kann die Passgenauigkeit von nicht realisiertem Angebot und nicht realisierter Nachfrage im Hinblick auf Hemmnisse, die in den neuen Bundesländern möglicherweise ausgeprägter sind als in den alten, diskutiert werden.

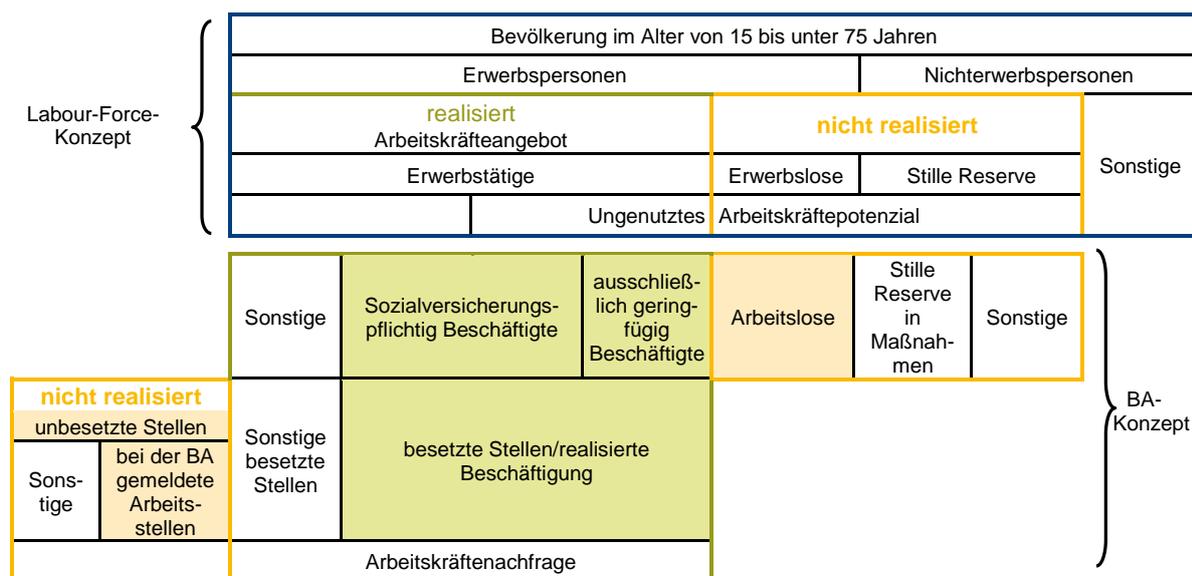
¹ Berlin wird in dieser Analyse immer zu Ostdeutschland gezählt.

² Der Arbeitsplatzbesatz wird berechnet als Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren.

³ Diese Fragestellung wurde unter Federführung der Regionaldirektion Sachsen-Anhalt-Thüringen und Beteiligung der Regionaldirektion Sachsen an die Wissenschaftler des Regionalen Forschungsnetzes vor Ort herangetragen. Dieser Forschungsbericht stellt die erweiterte Fassung eines im November erstellten Beratungspapiers dar. Wir bedanken uns bei Kay Senius, Jutta Cordt, Diana Nebe und Gunter Friedel für hilfreiche Anregungen und Kommentare. Darüber hinaus bedanken wir uns bei allen Mitlesern.

Zur besseren Systematisierung der zu untersuchenden Fragestellung gibt Abbildung 1 einen Überblick über die im Folgenden verwendeten Begrifflichkeiten und deren Zusammenhänge. Nach dem **Labour-Force-Konzept**, an das sich die hier verwendete Gliederung der Arbeitskräfteangebotsseite anlehnt, unterteilt sich die *Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, also von 15 bis unter 75 Jahren*, in *Erwerbs- und Nichterwerbspersonen*. Unter dem *Arbeitskräfteangebot* werden alle *Erwerbspersonen* und ein Teil der *Nichterwerbspersonen*, die sogenannte *Stille Reserve*, verstanden. Dazu gehören Nichterwerbstätige, die zwar Arbeit suchen, jedoch kurzfristig nicht für eine Arbeitsaufnahme verfügbar sind sowie Personen, die aus verschiedenen Gründen derzeit keine Arbeit suchen, im Grunde aber gern arbeiten würden und auch dafür zur Verfügung stehen. Bei den Erwerbspersonen wiederum lassen sich nochmals *Erwerbstätige* und *Erwerbslose* unterscheiden. Das *Ungenutzte Arbeitskräftepotenzial* setzt sich zusammen aus dem Teil der Erwerbstätigen, die eine höhere Arbeitszeit anstreben, den Erwerbslosen sowie der Stillen Reserve (Rengers 2012).

Abbildung 1
Struktur von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt



Anm.: Im Zusammenhang mit dem Labour-Force-Konzept würde ein Teil der Arbeitslosen zu den Erwerbstätigen zählen, da jemand, der arbeitslos ist, bis zu 15 Stunden in der Woche arbeiten kann. Somit ist ein Teil der Arbeitslosen nicht erwerbslos im Sinne des Labour-Force-Konzepts. Die Abbildung verdeutlicht lediglich den strukturellen Zusammenhang und lässt keinen Rückschluss auf Größenverhältnisse zu.

Quelle: In Anlehnung an BA (2013: 31) und Rengers (2012).

Diese Größen bilden das Geschehen auf der Arbeitskräfteangebotsseite recht vollständig ab. Sie lassen sich jedoch in regionaler, sektoraler oder qualifikatorischer Hinsicht nicht tiefergehend analysieren. Daher zeigt der untere Teil der Abbildung, der in Anlehnung an das **Konzept der Bundesagentur für Arbeit** (BA-Konzept) erstellt wurde, Größen, die mittels unterschiedlicher Statistiken recht genau und in differenzierter Form quantifizierbar sind. Diese bilden teilweise recht große Schnitt-

mengen mit dem umfassenderen Labor-Force-Konzept, unterzeichnen aber tendenziell das jeweilige tatsächliche Ausmaß.

Alle *sozialversicherungspflichtig* und *ausschließlich geringfügig Beschäftigten* sowie Sonstige Erwerbstätige wie z. B. Selbstständige oder Beamte werden nach dem BA-Konzept zu den Erwerbstätigen gerechnet. Der Arbeitslosigkeitsbegriff nach dem BA-Konzept, der eher eine sozialpolitische Perspektive widerspiegelt, ist hierbei umfassender als der Erwerbslosigkeitsbegriff.⁴ Maßnahmeteilnehmer sind hingegen Teil der Stillen Reserve. Die Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen und die Arbeitslosen bilden zusammen den größten Teil der so genannten Unterbeschäftigung im Sinne des BA-Konzeptes (vgl. hierzu Hartmann 2009). Da diese Personen (noch) keine passende Stelle gefunden haben, verkörpern sie hier das *„nicht realisierte Arbeitskräfteangebot“*.

Unbesetzte Arbeitsstellen, unabhängig davon, ob sie der Bundesagentur für Arbeit (BA) gemeldet sind oder nicht, stehen hier für die *„nicht realisierte Arbeitskräftenachfrage“*. Wenn Erwerbspersonen und Stellen bereits in Form eines Beschäftigungsverhältnisses zusammengefunden haben, sprechen wir von *„realisiertem Arbeitskräfteangebot“* bzw. von *„realisierter Arbeitskräftenachfrage“*.

Die Studie hat eine Analyse der Strukturen und Entwicklungen am ostdeutschen Arbeitsmarkt zum Inhalt und orientiert sich in ihrer Untersuchungsstruktur im Folgenden eng an Abbildung 1. Westdeutschland dient als Vergleichsregion. Im nächsten Kapitel wird zunächst das Potenzial auf der Seite des Arbeitskräfteangebots vorgestellt. In Kapitel 3 geht es um wichtige strukturelle Rahmenbedingungen in Ostdeutschland. Kapitel 4 widmet sich dem realisierten Arbeitskräfteangebot bzw. der realisierten Arbeitskräftenachfrage. Eine nähere Analyse des nicht realisierten Arbeitskräfteangebots ist Gegenstand von Kapitel 5. Kapitel 6 widmet sich im Detail der nicht realisierten Nachfrage, und in Kapitel 7 wird untersucht, wie hoch die Passgenauigkeit von nicht realisiertem Arbeitskräfteangebot und nicht realisierter Arbeitskräftenachfrage in Ostdeutschland ausfällt. Potenzielle Hemmnisse, die diese Passgenauigkeit erschweren können, werden in Kapitel 8 diskutiert. Ein Fazit mit den wichtigsten Überlegungen rundet die Studie ab.

2 Das Potenzial des Arbeitskräfteangebots

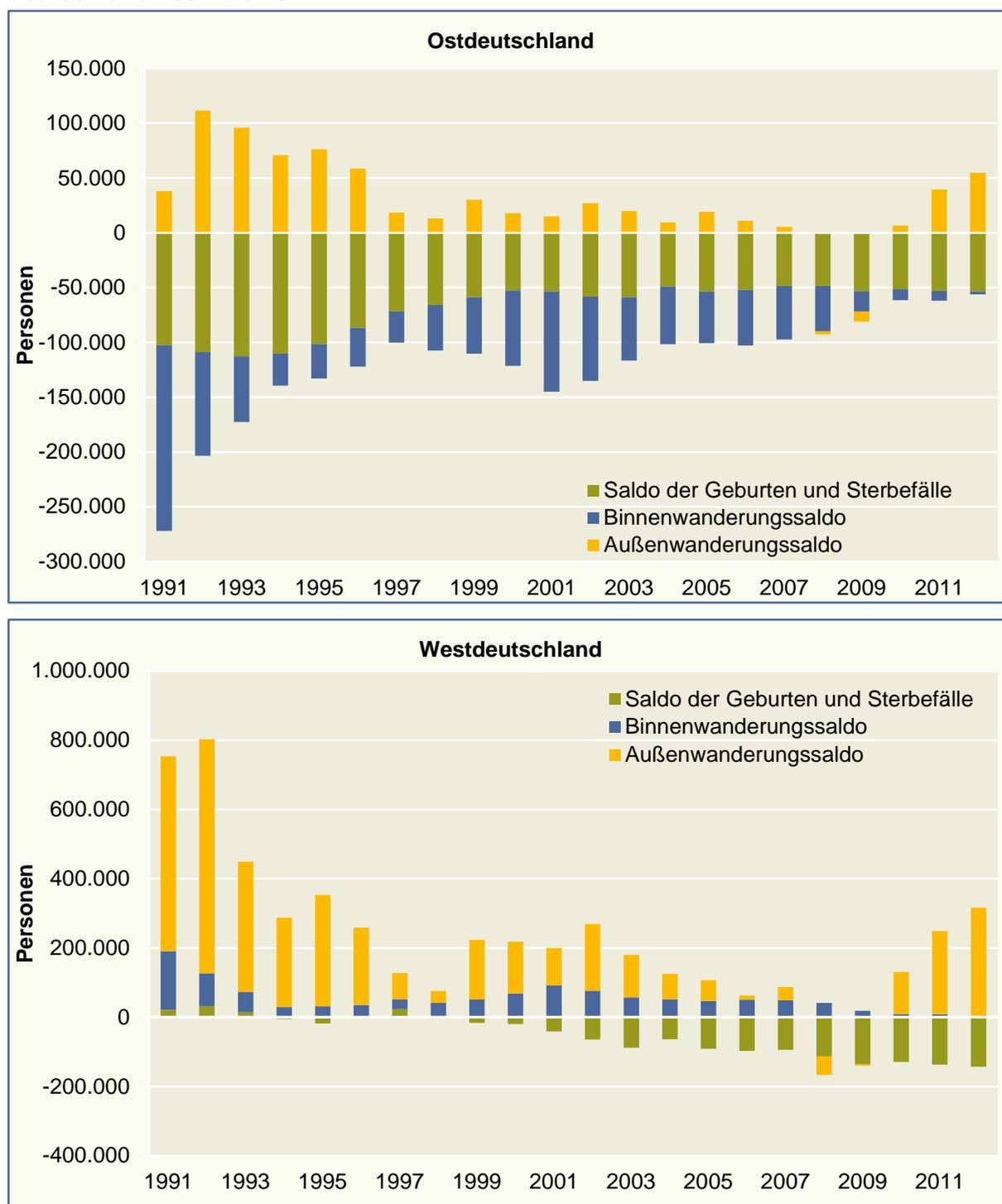
Hauptdeterminante des Arbeitskräftepotenzials einer Volkswirtschaft ist die dort lebende Bevölkerung. Gemäß dem Zensus 2011 hatte Ostdeutschland Ende 2012 15,9 Millionen Einwohner, in Westdeutschland lebten 64,6 Millionen Personen. Berechnet auf der Grundlage früherer Volkszählungen wohnten 1991 in Ostdeutschland 18,0 Millionen Menschen (West: 62,3 Millionen). Unabhängig von der jeweili-

⁴ Vgl. dazu <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Arbeitslosigkeit-Unterbeschaeftigung/Arbeitslosigkeit-Erwerbslosigkeit-Nav.html>.

gen Fortschreibungsgrundlage ist damit festzustellen, dass die Einwohnerzahl in Ostdeutschland zwischen 1991 und 2012 stark abgenommen hat, wohingegen sie in Westdeutschland angestiegen ist. Änderungen in der Bevölkerungszahl lassen sich dabei grundsätzlich auf natürliche und auf räumliche Bevölkerungsbewegungen zurückführen. Unter der natürlichen Bevölkerungsbewegung versteht man den Saldo der Geburten und Sterbefälle, unter der räumlichen den Saldo der Zu- und Abwanderungen. Letzterer lässt sich noch einmal unterteilen in Binnen- und Außenwanderungssaldo. Unter Binnenwanderung wird hier die Migration zwischen Ost- und Westdeutschland verstanden, unter Außenwanderung jene zwischen dem Ausland und Ost- bzw. Westdeutschland. Wie Abbildung 2 zeigt, sind sowohl der Saldo aus Geburten und Sterbefällen als auch der Binnenwanderungssaldo für die neuen Bundesländer über den gesamten betrachteten Zeitraum negativ. Allein 1991 – also kurz nach der Wiedervereinigung – verließen die neuen Bundesländer fast 170 Tausend Personen mehr in Richtung Westdeutschland als von dort zuwanderten. Da das Gros dieses Wanderungssaldos auf die junge, potenziell in der Familien Gründungsphase befindliche Bevölkerung entfiel, hatte dies auch Folgen für die natürliche Bevölkerungsbewegung. Die Zahl der Sterbefälle übertraf die der Geburten 1991 um mehr als 100 Tausend. Als Folge sank die Bevölkerungszahl in den neuen Bundesländern binnen eines Jahres um mehr als 270 Tausend Personen. Das Geburtendefizit und der negative Binnenwanderungssaldo konnten auch nicht durch den positiven Außenwanderungssaldo kompensiert werden. Der hohe Wanderungsgewinn gegenüber dem Ausland in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre war durch die aus der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten zuziehenden Spätaussiedler bestimmt und verringerte sich in den Folgejahren rapide. Der beschriebene Trend – negativer Binnenwanderungssaldo und Sterbeüberschuss – hält, wenn auch mit abklingender Intensität, bis heute an. Der Wanderungssaldo gegenüber den alten Bundesländern ist zwar seit der Jahrtausendwende erkennbar zurückgegangen, das Geburtendefizit allerdings hat sich weitgehend stabilisiert. Die Außenwanderungen spielen im Saldo eine eher geringe Rolle – nur in den frühen 1990er-Jahren und seit 2010 wirken diese dem Bevölkerungsrückgang entgegen, können diesen aber nicht kompensieren.

Für die alten Bundesländer stellt sich das Bild, wie ebenfalls aus Abbildung 2 zu entnehmen ist, anders dar. Sie verzeichneten bis Mitte der 2000er-Jahre und seit 2010 einen Bevölkerungszuwachs durch Wanderungsgewinne gegenüber den neuen Bundesländern und dem Ausland. Die positive natürliche Bevölkerungsbewegung dürfte, zumindest in der ersten Hälfte der 1990er-Jahre, zum Teil auch durch die Binnenmigration zu erklären sein. Im Gegensatz zu Ostdeutschland wurde seit 2010 das zunehmende Geburtendefizit durch den steigenden Außenwanderungssaldo überkompensiert.

Abbildung 2
Salden der natürlichen und räumlichen Bevölkerungsbewegungen in Ost- und West-
deutschland 1991 bis 2012



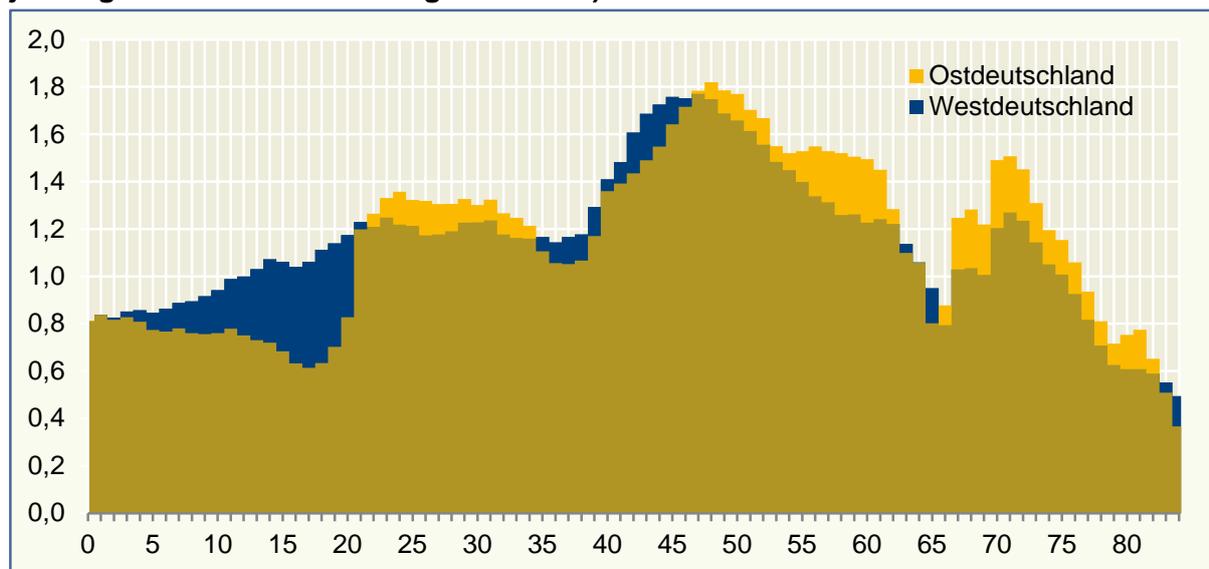
Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung.

Die skizzierten Entwicklungen haben nicht nur bei der Bevölkerungsgröße, sondern auch bei ihrer Alterszusammensetzung Spuren hinterlassen (vgl. Abbildung 3). Die ostdeutsche Bevölkerung war 1991 im Schnitt 39,2 Jahre, 2005 44,3 Jahre und 2011 schließlich 46,1 Jahre alt. Das Durchschnittsalter in Westdeutschland stieg in diesem Zeitraum von 40,1 auf 44,0 Jahre.

In beiden Landesteilen wird die Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung voraussichtlich weiter anhalten. In Ostdeutschland wird dieser Prozess jedoch schneller vorstättengehen. Gemäß den Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamts dürften im Jahr 2030 in den neuen Bundesländern 14,35 Millionen Personen mit einem durchschnittlichen Alter von 50,5 Jahren und in den alten Bundesländern nur noch 62,96 Millionen Personen mit einem durchschnittlichen Alter von 47,7 Jahren leben (vgl. Statistisches Bundesamt 2010, Variante 1-W1).

Abbildung 3

Bevölkerung nach Altersjahren in Ost- und Westdeutschland 2011 (Anteile an der jeweiligen Gesamtbevölkerung in Prozent)



Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Darstellung.

Weitere Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland treten zutage, wenn die Bevölkerung im Hinblick auf ihre Erwerbsbeteiligung analysiert wird. Nach wie vor ist die Erwerbsbeteiligung (Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung) in den neuen Bundesländern höher als in den alten. Dieser Unterschied hat sich im Laufe der Zeit allerdings verringert. Gemäß dem Zensus 2011 unterscheidet sich die Erwerbsbeteiligung zwischen Ost- und Westdeutschland nur noch um einen Prozentpunkt (Ost: 53,7 %, West: 52,7 %). Größere Unterschiede, die sich aber ebenfalls verringert haben, zeigen sich bei der Erwerbslosenquote (Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen). Betrug der Abstand der Erwerbslosenquoten zwischen Ost- und Westdeutschland 2005 noch knapp 10 Prozentpunkte, schrumpfte dieser bis 2011 auf 3,2 Prozentpunkte (Ost: 7,6 %, West: 4,4 %). Dabei sank die Erwerbslosigkeit in beiden Landesteilen deutlich. Dieser anhaltende Trend wurde nur in den alten Bundesländern durch die Wirtschafts- und Finanzkrise 2009 unterbrochen, in Ostdeutschland hingegen sank die Erwerbslosigkeit auch in den Krisenjahren weiter.

In Anknüpfung an die schematische Darstellung in Abbildung 1 gehören zum ungenutzten Arbeitskräftepotenzial laut Rengers (2012) alle Erwerbslosen, die so genannte Stille Reserve sowie Erwerbstätige, die den Wunsch nach zusätzlichen Ar-

beitsstunden haben und auch innerhalb von zwei Wochen für diese zusätzliche Arbeit verfügbar wären. Für einen regionalen Vergleich ist es notwendig, für diese Größen Anteile bzw. Quoten zu bilden. Tabelle 1 zeigt diese für Ost- und Westdeutschland für die Jahre 2010 und 2012. Zusätzlich enthält sie auch die Absolutwerte zur Abschätzung der Größenordnungen. Es wird deutlich, dass die Quote des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials in Ostdeutschland nach wie vor höher ist als in den alten Bundesländern. Das gilt auch für ihre einzelnen Bestandteile. Die Entwicklung von 2010 bis 2012 ist hingegen in beiden Landesteilen sehr ähnlich. Sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland ist das ungenutzte Potenzial innerhalb von nur zwei Jahren um ein Fünftel zurückgegangen. Einzig die Stille Reserve hat in den neuen Bundesländern weniger stark abgenommen als in den alten. Auf der Seite des Arbeitsangebotes ist aber insgesamt in beiden Landesteilen durchaus (noch) ein nicht unerhebliches ungenutztes Potenzial vorhanden.

Tabelle 1
Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial in Ost- und Westdeutschland 2010 und 2012

	2010		2012		Veränderung in %	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Erwerbslose (in Tsd.)	971	1.975	773	1.543	-20,4	-21,9
Erwerbslosenquote (in %)	11,2	6,0	9,1	4,6		
Stille Reserve (in Tsd.)	279	874	271	799	-2,9	-8,6
Anteil der Stillen Reserve an den Nichterwerbspersonen (in %)	6,5	5,0	6,6	4,8		
Erwerbstätige mit Wunsch nach zusätzlicher Arbeitszeit (in Tsd.)	1.037	3.287	789	2.522	-23,9	-23,3
Quote der Erwerbstätigen mit Wunsch nach zusätzlicher Arbeitszeit (in %)	13,2	10,6	10,2	7,8		
Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial (in Tsd.)	2.287	6.136	1.833	4.863	-19,9	-20,7
Quote des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials (in %)	25,6	18,1	20,8	14,1		

Anm.: **Erwerbslosenquote:** Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Erwerbslose).
Quote der Erwerbstätigen mit Wunsch nach zusätzlicher Arbeitszeit: Anteil der Erwerbstätigen mit Wunsch nach zusätzlicher Arbeitszeit an den Erwerbstätigen.
Quote des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials: Anteil der Summe aus Erwerbslosen, Erwerbstätigen mit Wunsch nach zusätzlicher Arbeitszeit und Personen in Stiller Reserve an der Gesamtheit aus Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Erwerbslose) und Stiller Reserve.

Quellen: Rengers (2012), Statistisches Bundesamt: Pressemitteilung vom 5. September 2013 – 297/13.

3 Strukturelle Rahmenbedingungen

Auch 24 Jahre nach der Wiedervereinigung existieren in den neuen Bundesländern strukturelle Besonderheiten, die hemmend auf eine umfassende Potenzialnutzung wirken dürften. Dies lässt sich unter anderem daran erkennen, dass die Produktivität, z. B. gemessen als Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen, 2012 nur bei knapp 80 Prozent des westdeutschen Niveaus lag. Drei maßgebliche, miteinander zusammenhängende Gründe für diesen Produktivitätsrückstand gegenüber den alten Bundesländern werden in nahezu allen diesbezüglichen Untersuchungen angeführt (vgl. z. B. IWH u. a. 2011): die räumliche Struktur, die Branchenstruktur und die Be-

triebs(größen)struktur. Eng verbunden mit dem letzten Grund ist weiterhin das Gründungsgeschehen, auf das in den neuen Bundesländern besonders große Erwartungen hinsichtlich der Generierung neuer Arbeitsplätze gesetzt werden. Diese Faktoren sollen im Folgenden kurz diskutiert werden.

3.1 Räumliche Struktur

Allgemein können für die Erklärung regionaler Unterschiede und deren Entwicklung im Zeitverlauf zwei grundlegende theoretische Erklärungsansätze herangezogen werden. Die lange Zeit im Kontext der Analyse und Projektion möglicher Konvergenzprozesse führende (Neo)klassische Wirtschaftstheorie fußt auf den Strömen von Kapital und Arbeit. Die Arbeitskräfte der Region mit niedrigen Löhnen und hoher Arbeitslosigkeit (= Ostdeutschland) wandern in die Region mit höheren Löhnen und niedrigerer Arbeitslosigkeit (= Westdeutschland). Gleichzeitig zieht es Kapital, sprich Investitionen, in stärkerem Maße in die Region mit den niedrigeren Löhnen, so dass die Arbeitsnachfrage hier stärker anzieht und die Löhne folglich steigen. Beide Regionen streben letztendlich in Richtung eines gemeinsamen Gleichgewichtszustands mit gleich hohen Löhnen und gleich hoher Arbeitslosigkeit.

Der zweite theoretische Erklärungsansatz, die Neue Ökonomische Geografie (NÖG), liefert eine andere Sicht. Im Rahmen der NÖG ist fraglich, ob der Gleichgewichtszustand, auf den sich die Regionen zubewegen, überhaupt in einem Ausgleich zwischen den beiden Regionen besteht. Der Grund für diese Skepsis sind so genannte Agglomerationskräfte, die auch einen gleichgewichtigen Zustand bei fortbestehenden Disparitäten zwischen Kern/Zentrum (= Westdeutschland) und Peripherie (= Ostdeutschland) nicht ausschließen (vgl. Bickenbach/Bode 2013 und Fuchs 2011). Blien u. a. (2010: 128) formulieren den dieser Theorie zugrundeliegenden Wirkungsmechanismus sehr prägnant: „Arbeitskräfte gehen dorthin, wo die Produktion stattfindet und die Produktion zieht zur kaufkräftigen Nachfrage, d. h. dorthin, wo es viele Arbeitskräfte gibt.“ Das bedeutet, dass es nicht zu einem Ausgleich, sondern vielmehr zu einer räumlichen Konzentration von Wertschöpfung bzw. Kaufkraft kommt.

Gemessen an der Bevölkerungsdichte sind Mecklenburg-Vorpommern (70 Einwohner/km²), Brandenburg (85 EW/km²) und Sachsen-Anhalt (113 EW/km²) die drei am dünnsten besiedelten deutschen Bundesländer. Die Bundesrepublik insgesamt hat eine Bevölkerungsdichte von 229 EW/km². Niedersachsen, das am dünnsten besiedelte westdeutsche Bundesland, weist noch 166 EW/km² auf. Nur etwa 20 Prozent der gesamtdeutschen Bevölkerung lebt in Ostdeutschland, der Anteil der neuen Bundesländer an der gesamtdeutschen Wertschöpfung beläuft sich auf etwa 15 Prozent. Zusammenfassend bedeutet dies, dass sowohl Produktion als auch (kaufkräftige) Nachfrage und Arbeitskräfte in stärkerem Maße in den alten Bundesländern konzentriert sind.

Unterhalb der Bundesländerebene wird die, verglichen mit Westdeutschland, vorrangig ländlich geprägte Siedlungsstruktur der neuen Länder noch deutlicher. Das

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) beispielsweise definiert anhand diverser Kriterien vier verschiedene siedlungsstrukturelle Kreistypen. Diese reichen von „Kreisfreien Großstädten“ bis hin zu „Dünn besiedelten ländlichen Kreisen“ und lassen sich nochmals zu zwei Oberkategorien – ländlicher Raum und städtischer Raum – aggregieren. Tabelle 2 zeigt die absolute und relative Verteilung der Kreise und der Bevölkerung in den neuen und alten Bundesländern auf die jeweiligen vier Kreistypen und die beiden Oberkategorien.

Tabelle 2
Siedlungsstrukturelle Merkmale in Ost- und Westdeutschland

	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	Kreise		Bevölkerung		Kreise		Bevölkerung	
	Anzahl	Anteil	in Mio.	Anteil	Anzahl	Anteil	in Mio.	Anteil
Kreise gesamt	77	100 %	15,905	100 %	325	100 %	64,619	100 %
<i>davon...</i>								
Kreistyp I	11	14 %	5,896	37 %	57	18 %	17,351	27 %
Kreistyp II	8	10 %	1,283	8 %	127	39 %	30,329	47 %
Kreistyp III	23	30 %	3,851	24 %	79	24 %	10,051	16 %
Kreistyp IV	35	45 %	4,875	31 %	62	19 %	6,888	11 %
Städtischer Raum	19	25 %	7,179	45 %	184	57 %	47,679	74 %
Ländlicher Raum	58	75 %	8,726	55 %	141	43 %	16,939	26 %

Anm.: Kreistyp I bezeichnet Kreisfreie Großstädte, Kreistyp II Städtische Kreise, Kreistyp III Ländliche Kreise mit Verdichtungsansätzen und Kreistyp IV Dünn besiedelte ländliche Kreise.

Die Angaben zur Bevölkerung beziehen sich auf den 31.12.2012.

Quelle: BBSR, Statistisches Bundesamt (2013a), eigene Berechnungen.

Während der relative Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland in Bezug auf die Kreisfreien Großstädte (Kreistyp I) noch recht gering ausfällt, zeigen sich bei den städtischen Kreisen (Kreistyp II) erhebliche Differenzen. In Ostdeutschland zählen lediglich 10 Prozent der Kreise zu diesem Kreistyp, in den alten Bundesländern sind es hingegen fast 40 Prozent. Spiegelbildlich befinden sich 45 Prozent der Kreise in den neuen Ländern in der Kategorie der dünn besiedelten ländlichen Kreise (Kreistyp IV). Dies trifft aber nur für knapp 20 Prozent der westdeutschen Kreise zu. Zusammenfassend zählen somit nach der Abgrenzung des BBSR drei Viertel der Kreise in Ostdeutschland zum ländlichen Raum (Summe der Kreistypen III und IV), und nur 25 Prozent sind städtisch geprägt (Summe der Kreistypen I und II). In den alten Bundesländern hingegen dominieren die städtisch geprägten Kreise. Dieses Ergebnis wird zwar auch dadurch bestimmt, dass, bedingt durch die Kreisgebietsreformen der vergangenen Jahre, die durchschnittliche Kreisgröße in Ostdeutschland mit ca. 1.410 km² fast doppelt so groß ist wie in Westdeutschland (765 km²). Es verdeutlicht aber nichtsdestotrotz, dass die Strahl- und Wirtschaftskraft von Agglomerationen, die auch und gerade für einen stabilen ländlichen Raum wichtig ist, in Ostdeutschland in geringerem Maße vorhanden ist.

Die Verteilung der Bevölkerung in den neuen Bundesländern auf die verschiedenen Kreistypen fällt zwar auf den ersten Blick etwas stärker zugunsten der städtischen Regionen aus. Sie akzentuiert – insbesondere wenn man berücksichtigt, dass

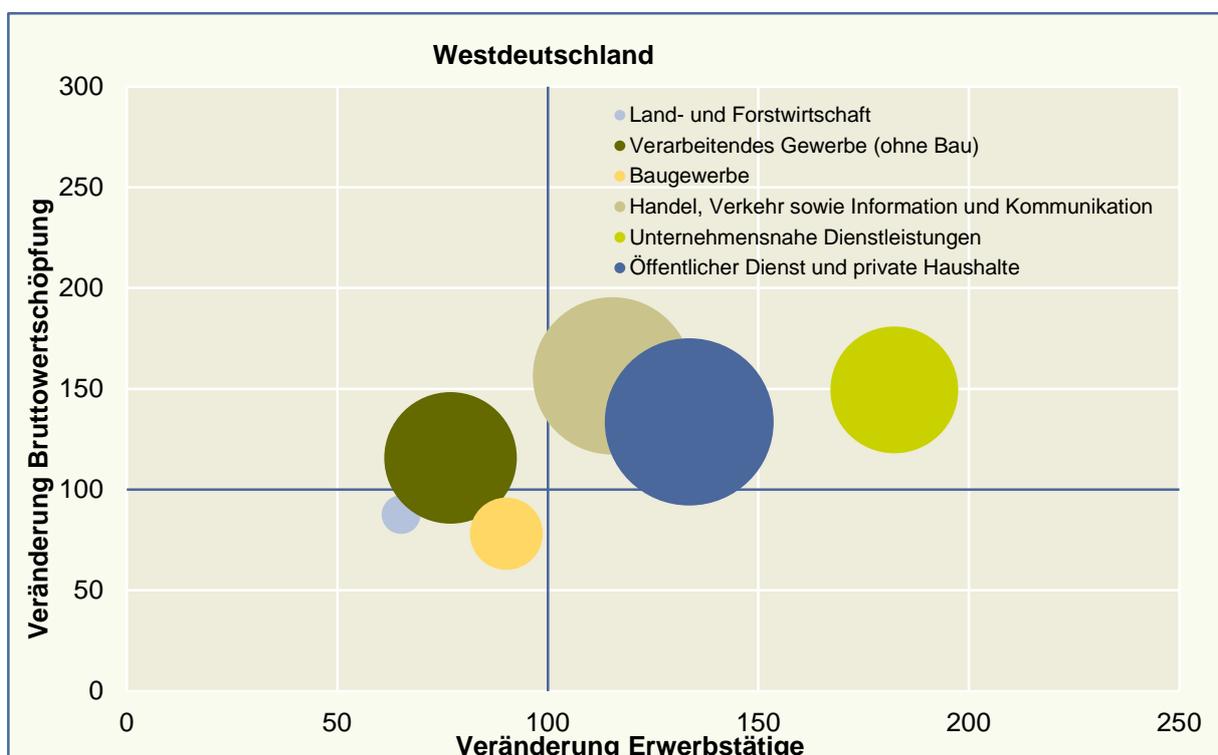
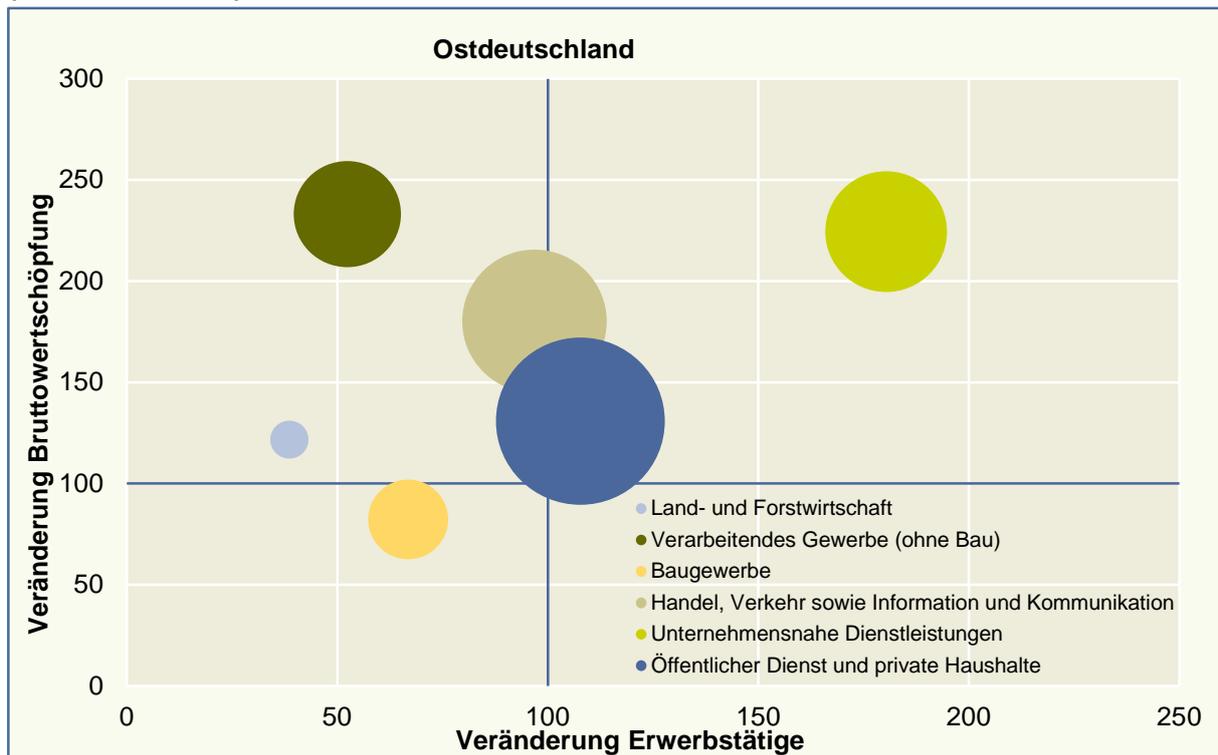
3,4 Millionen Berliner hier der ostdeutschen Bevölkerung im Kreistyp I zugerechnet sind – die eben getroffenen Schlussfolgerungen aber dennoch. Sogar unter Einbeziehung Berlins lebt mehr als die Hälfte der ostdeutschen Bevölkerung im ländlichen Raum (ohne Berlin sind es sogar knapp 70 %), fast ein Drittel in dünn besiedelten ländlichen Regionen. In Westdeutschland hingegen ist es lediglich reichlich jeder Vierte, der nicht im städtischen Raum lebt, und nur etwa 11 Prozent wohnen in einer dünn besiedelten ländlichen Region.

Die Frage, die sich mit Blick in die Zukunft stellt, ist, ob die Konzentration der Arbeitskräfte und Kaufkraft in den Agglomerationen – respektive westdeutschen Regionen – weiter zunimmt, oder ob ausgleichende Kräfte die Oberhand gewinnen. Der nach wie vor negative Binnenwanderungssaldo Ostdeutschlands spricht eher für die erste Vermutung. Bickenbach und Bode (2013: 144) zeigen sich hingegen verhalten optimistisch, dass Letzteres zutreffen könnte und eine „vollständige Entleerung“ der neuen Bundesländer ausbleibt. Auch Burda (2010) sieht, zumindest für die urbanen Regionen in Ostdeutschland, die in jüngerer Vergangenheit auch wieder Bevölkerungszuwächse aufweisen, positive Tendenzen und führt dafür unter anderem die Nähe zu den Wachstumsmärkten der zentral- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer als Zukunftschance an.

3.2 Branchen- und Betriebs(größen)struktur

Die ostdeutsche Wirtschaft hat sich seit den enormen Umstrukturierungen Anfang der 1990er-Jahre in vielen Bereichen erfolgreich entwickelt. Das Verarbeitende Gewerbe in den neuen Bundesländern erzielte von seinem Tiefpunkt im Jahr 1992 aus Wachstumsraten, die bis zum Ausbruch der Finanzkrise teilweise deutlich über den westdeutschen Vergleichswerten lagen (vgl. Abbildung 4). Die Wertschöpfung hat sich in diesem Wirtschaftsbereich zwischen 1991 und 2012 mehr als verdoppelt (Ost: +133,1 %, West: +15,7 %). Allerdings handelte es sich mit Blick auf den Arbeitsmarkt hierbei um einen „jobless growth“: die Produktion stieg, die Beschäftigung nahm ab (vgl. Brenke/Zimmermann 2009). Die Erwerbstätigenzahl im Verarbeitenden Gewerbe war – nicht nur in Ostdeutschland, dort aber stärker – über einen längeren Zeitraum betrachtet rückläufig. Sie hat sich zwischen 1991 und 2012 insgesamt um fast die Hälfte reduziert (Ost: -47,6 %, West: -23,1 %). Das stärkere Wachstum bei gleichzeitig höherem Beschäftigungsrückgang führte zu einer zunehmenden Angleichung der Produktivität. Die Wertschöpfung je Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe lag 1991 noch bei 28,0 Prozent des westdeutschen Niveaus und stieg bis 2012 auf 73,1 Prozent.

Abbildung 4
Strukturwandel in Ost- und Westdeutschland – ausgewählte Branchen 1991 bis 2012
(Index 1991=100)



Anm.: Die Größe der Kreise entspricht dem Anteil der Erwerbstätigen in dem jeweiligen Wirtschaftsbereich an allen Erwerbstätigen.

Quelle: Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“, Darstellung in Anlehnung an Brenzel u. a. (2013), eigene Berechnungen.

Die Gegenüberstellung der nach Branchen differenzierten Bruttowertschöpfung, also der wertmäßigen Summe aller produzierten Güter und Dienstleistungen, in den alten und neuen Bundesländern macht zwei entscheidende Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur deutlich: Erstens hat die Baubranche in Ostdeutschland, trotz der massiven Konsolidierung nach dem bis Mitte der 1990-er Jahre andauernden Bauboom (vgl. Ragnitz 2009), auch noch im Jahr 2012 einen höheren Anteil an der Wertschöpfung (Ost: 6,1 %, West: 4,3 %) und der Erwerbstätigenzahl (Ost: 7,6 %, West: 5,5 %). Zweitens haben die Öffentlichen und Sonstigen Dienstleistungen wie Verwaltung, Sozialversicherungen oder auch das Erziehungs- und Gesundheitswesen für die neuen Bundesländer mit einem Wertschöpfungsanteil von knapp 30 Prozent eine deutlich stärkere Bedeutung (West: 21,3 %). Beide Wirtschaftsbereiche sind, z. B. im Vergleich zum Verarbeitenden Gewerbe oder auch den Unternehmensnahen Dienstleistungen, weniger produktiv, generieren also weniger Wertschöpfung je eingesetzter Einheit Arbeit.

Ein Teil der nach wie vor bestehenden Produktivitätslücke speziell im Produzierenden Gewerbe erklärt sich zudem durch die Art der hergestellten Güter. Denn „[i]n der ostdeutschen Industrie hat sich eine Produktionsstruktur herausgebildet, die nicht von Endprodukten des Wirtschaftskreislaufs, sondern von Vorleistungsgütern geprägt ist. [...] in der Hierarchie der Wertschöpfung, die letztlich über Produktivität, Beschäftigung, Einkommen und Wohlstand in einer Region entscheidet, nehmen Vorleistungsgüter hintere Plätze ein. Sie stehen am Beginn der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfungskette.“ (IWH u. a. 2011: 67 f.).

Die bestehenden Produktivitätsunterschiede zu Westdeutschland sind somit zu einem Großteil auf Unterschiede in der Branchenstruktur der ostdeutschen Betriebslandschaft zurück zu führen. Aber auch Unterschiede zwischen den Betriebsgrößenklassen spielen hierbei eine Rolle. So steigt zwar allgemein das durchschnittliche Produktivitätsniveau in beiden Landesteilen mit zunehmender Betriebsgröße. Im Gleichklang mit der steigenden Größe nehmen aber auch die Differenzen in der Produktivität zwischen ost- und westdeutschen Betrieben zu: Kleinbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten erreichen bis zu 84 Prozent der Produktivität vergleichbarer westdeutscher Betriebe, die größeren Betriebe aber nur rund 67 Prozent (Dahms/Frei/Putzing 2013: 104 ff.).

Die Verteilung der Beschäftigten auf Betriebsgrößenklassen zeigt in den neuen Ländern eine stärkere Konzentration auf Kleinstbetriebe mit weniger als fünf Beschäftigten (vgl. Tabelle A 1 im Anhang). 45 Prozent aller Betriebe in Ostdeutschland fallen in diese Größenklasse. In ihnen sind 8 Prozent aller Beschäftigten vertreten (West: 39 % bzw. 6 %). Die Beschäftigungsanteile in Betrieben mit fünf bis 49 Beschäftigten unterscheiden sich nicht nennenswert zwischen den ost- und westdeutschen Betrieben. Anders sieht es bei der Bedeutung von Großbetrieben mit mehr als 250 Beschäftigten aus. Hier lagen die Beschäftigtenanteile in Ostdeutschland mit 22 Prozent deutlich niedriger als in den alten Bundesländern mit 30 Prozent. Bezogen auf die Zahl der Betriebe stellen die Großbetriebe in Ost-

deutschland einen Anteil von 0,6 Prozent, in Westdeutschland sind es 0,9 Prozent. Die geringen Anteile verbergen aber die potenzielle Bedeutung der Großbetriebe für die Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung in einer Region. So bieten beispielsweise Unternehmen mit Führungsfunktionen (Headquarters) oder eigenen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen zum einen anspruchsvolle Arbeitsplätze für Hochqualifizierte. Zum anderen sind sie wichtige Akteure, wenn es um die Generierung und Verbreitung von Wissen und Ideen geht (vgl. Günther/Brachert/Barkholz 2012).

Im Verarbeitenden Gewerbe sind die Unterschiede in der Betriebsgrößenstruktur sogar noch ausgeprägter (vgl. Dahms/Frei/Putzing 2013). Da sich Skalen- und Verbundvorteile, die positiv auf die Produktivität wirken, stärker in großen Unternehmen realisieren lassen, ist die Größenstruktur neben der allgemeinen Wirtschaftsstruktur ein weiterer Grund für die Produktivitätslücke Ostdeutschlands gegenüber den alten Bundesländern (vgl. IWH u. a. 2011). Abgesehen von den Skaleneffekten, die sich im Produktionsprozess nicht in gleichem Umfang realisieren lassen, wirkt sich die Kleinteiligkeit der Betriebsstruktur auch negativ auf Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) aus. Die FuE-Ausgaben der ostdeutschen Wirtschaft sind in Relation zum jeweiligen Bruttoinlandsprodukt nur halb so hoch wie jene der westdeutschen Wirtschaft. Dies wird nur zum Teil durch die FuE-Ausgaben der öffentlichen Hand (Hochschulen, staatliche Forschungseinrichtungen), die in Ostdeutschland höher ausfallen, kompensiert (BMI 2013: 23 f.). Daher sind weitere strukturelle „Veränderungen Ostdeutschlands hin zu einer stärkeren Technologieorientierung im Verarbeitenden Gewerbe und hin zu größeren Unternehmen mit zentralen bzw. strategischen Funktionen, vor allem im Bereich der FuE“ vonnöten (IWH u. a. 2011: 65).

Eine derartige Entwicklung dürfte sich auch positiv auf die Exportleistungen der Wirtschaft in den neuen Bundesländern auswirken. In Verbindung damit wären auch Produktivitätszuwächse und ein stärkerer Beschäftigungsaufbau zu erwarten. Die Orientierung der ostdeutschen Wirtschaft hin zu ausländischen Märkten hat sich in den zurückliegenden Jahren zwar erhöht. Die Exportquote liegt allerdings immer noch deutlich unter Westniveau. Eine zentrale Ursache hierfür liegt ebenfalls in der im Durchschnitt kleinteiligeren Betriebsstruktur, gefolgt von vergleichsweise geringeren Investitions- und Innovationsaktivitäten (vgl. Engelmann/Fuchs 2012).

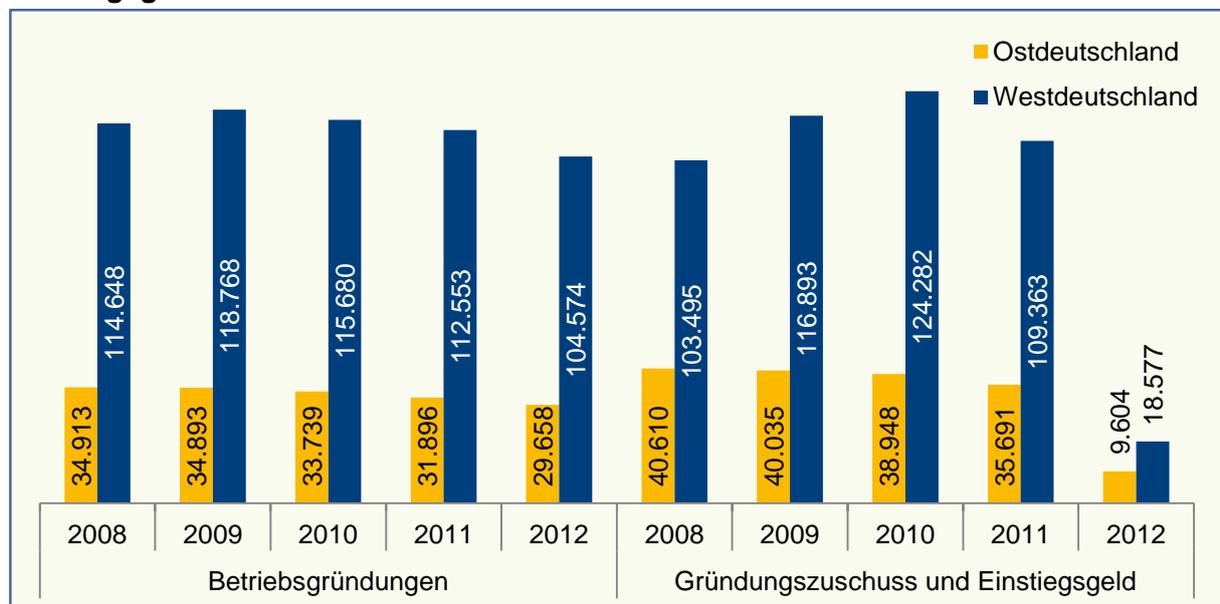
3.3 Gründungsgeschehen und Unternehmensnachfolge

In Ostdeutschland fand Anfang der 1990er-Jahre ein regelrechter Gründungsboom statt. Die Betriebe, die in dieser Zeit gegründet wurden, waren zudem nicht nur in Bezug auf ihren Fortbestand, sondern auch auf ihre Beschäftigungsentwicklung sehr erfolgreich (vgl. dazu Brixy/Grotz 2004). Auch in den nachfolgenden Jahren wurden in Ostdeutschland vergleichsweise mehr Beschäftigungsverhältnisse in Gründungen generiert als in Westdeutschland (Fuchs/Weyh/Ludewig 2011). Mittlerweile haben jedoch Betriebsgründungen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fünf Jahre nach der Gründung in Westdeutschland eine

um rund 10 Prozentpunkte höhere Überlebensrate als in Ostdeutschland (knapp 50 %) (Weyh 2010: 82).

Die Gründungsaktivitäten haben in den vergangenen Jahren in Ost- wie auch in Westdeutschland deutlich abgenommen (vgl. Abbildung 5). Im Jahr 2012 wurden in beiden Landesteilen sowohl deutlich weniger Betriebsgründungen als auch weniger Gründungen aus der Arbeitslosigkeit – sie werden mittels des Gründungszuschusses und des Einstiegsgelds gefördert – gezählt als noch 2008. Während es in den Jahren von 2008 bis 2011 in Ostdeutschland mehr Förderfälle für Gründungszuschuss und Einstiegsgeld gab als Betriebsgründungen, war dies in Westdeutschland nur für 2010 und 2011 der Fall.⁵ Im Jahr 2012 selbst wurden beide Förderarten für Gründungen aus der Arbeitslosigkeit von einer Pflichtleistung in eine Ermessensleistung umgewandelt, weswegen deutlich weniger Förderfälle registriert wurden.

Abbildung 5
Zahl der Betriebsgründungen und der Förderfälle beim Gründungszuschuss und Einstiegsgeld in Ost- und Westdeutschland 2008 bis 2012



Anm.: „Als Betriebsgründungen gelten alle Gründungen, die von einer juristischen Person (AG, GmbH etc.), Personengesellschaft (OHG, KG etc.) oder einer natürlichen Person angezeigt werden. Bei der Gründung einer Hauptniederlassung durch eine natürliche Person gilt die weitere Voraussetzung, dass diese in das Handelsregister oder die Handwerksrolle eingetragen sein muss oder mindestens eine Person beschäftigt wird. Bei den Betriebsgründungen kann eine größere wirtschaftliche Substanz vermutet werden.“ (<http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de/VolkswPreise/Erlaeuterungen.asp.ba.asp>).

Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik, Statistik der BA, eigene Darstellung.

Für einen direkten Vergleich der Gründungsaktivität in beiden Landesteilen ist die Bildung von Gründungsraten notwendig. Hierzu wird üblicherweise die Anzahl an Gründungen zu den Erwerbspersonen (Erwerbstätige plus Erwerbslose im Alter von

⁵ Die Angaben zu Förderfällen bei Gründungen aus der Arbeitslosigkeit und zur Zahl der Betriebsgründungen basieren auf unterschiedlichen Datenquellen und Erhebungskonzepten. Daher kann es auch mehr Förderfälle als Betriebsgründungen geben.

15 bis 64 Jahren) ins Verhältnis gesetzt. Demnach sind in allen betrachteten Jahren und unabhängig davon, ob es sich um eine Betriebsgründung oder eine geförderte Gründung aus Arbeitslosigkeit handelt, die Gründungsaktivitäten in Ostdeutschland höher (vgl. Tabelle 3). Vor allem bei geförderten Gründungen aus Arbeitslosigkeit ist der Unterschied zwischen den beiden Landesteilen besonders stark ausgeprägt. 2008 und 2009 wurden in Ostdeutschland je Tausend Erwerbspersonen 4,6 Förderfälle mit Gründungszuschüssen und Einstiegsgeld registriert.

Tabelle 3
Gründungsraten für Betriebsgründungen und Gründungen aus Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland 2008 bis 2012 (in Prozent)

Jahr	Betriebsgründungen		Gründungen aus Arbeitslosigkeit	
	Ost	West	Ost	West
2008	4,0	3,5	4,6	3,1
2009	4,0	3,6	4,6	3,5
2010	3,9	3,5	4,5	3,8
2011	3,7	3,4	4,2	3,3
2012	3,5	3,1	1,1	0,6

Anm.: Rate = Anzahl der Gründungen / Erwerbspersonen im Alter von 15 bis 64 Jahren * 1000.

Quelle: Gewerbeanzeigenstatistik, Statistik der BA, Mikrozensus, eigene Berechnungen.

Eine Evaluation des Gründungszuschusses zeigt, dass 19 Monate nach dem Beginn der Förderung im 1. Quartal 2009 noch 75 bis 80 Prozent der geförderten Personen in Westdeutschland und 84 Prozent in Ostdeutschland noch selbstständig sind (Caliendo u. a. 2012). Nahezu alle der Selbstständigen, die mit dem Gründungszuschuss gefördert worden sind, waren 19 Monate nach dem Förderungsbeginn sozial abgesichert. In Ostdeutschland waren 2,8 Prozent der Männer bzw. 6,3 Prozent der Frauen nach dem Auslaufen der Förderung „Aufstocker“ (West: 1,5 % der Männer bzw. 1,6 % der Frauen). Rund ein Drittel der Geförderten hat zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen – im Schnitt etwa 1,6 bis 2,8 Vollzeitäquivalente.

Bei der Evaluation des Einstiegsgeldes (Wolff/Nivorozhkin 2008) lag der Fokus auf der Beendigung der Hilfebedürftigkeit und nicht auf einem Verbleib in Selbstständigkeit. Für Programmteilnehmer in Ost- wie auch in Westdeutschland konnte ein signifikant geringeres Arbeitslosigkeitsrisiko nach 20 Monaten nachgewiesen werden. Auch die Wahrscheinlichkeit eines erneuten Leistungsbezuges nach dem SGB II war in der Teilnehmergruppe geringer. Insgesamt zeigte sich allerdings auch, dass der Maßnahmeeffekt in Ostdeutschland etwas geringer war als in Westdeutschland, was auf eine geringere Überlebenswahrscheinlichkeit der Einstiegsgeld-Gründungen in den neuen Ländern hindeutet.

Im Hinblick auf wirtschaftliches Wachstum und die Generierung von Arbeitsplätzen kommt aber nicht nur Gründungen eine bedeutende Rolle zu. Die Arbeitsplätze müssen auch erhalten werden, wenn etwa ein Unternehmer in den Ruhestand geht. Insbesondere vor dem Hintergrund des demografischen Wandels gewinnt daher der Aspekt an Bedeutung, dass in rentablen Betrieben die Unternehmensnachfolge gewährleistet sein muss. Im Rahmen des IAB-Betriebspanels sind die Betriebe in der

17. Welle 2012 erstmals nach einer anstehenden Betriebsnachfolge befragt worden. In West- wie in Ostdeutschland steht in absehbarer Zeit in 8 Prozent aller Betriebe eine Nachfolge an. Vier Fünftel der Betriebe haben bereits eine Vorstellung über ihre Betriebsnachfolge, wobei vor allem familieninterne Lösungen genannt werden. Bei Betriebsübergaben, die bis 2014 anstehen, waren zum Zeitpunkt der Befragung 70 Prozent der Betriebsnachfolgen in Ostdeutschland teilweise oder vollständig geregelt. In den westdeutschen Betrieben war dies hingegen nur bei etwa der Hälfte der anstehenden Betriebsnachfolgen der Fall (vgl. Dahms/Frei/Putzing 2013: 25, 33).

Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass in Ostdeutschland mehr Menschen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen, allerdings bestehen allgemein schlechtere Überlebenschancen für Betriebsgründungen. Kurze Zeit nach dem Auslaufen der Förderung haben Gründungen aus der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland, die mittels Gründungszuschuss gefördert wurden, eine leicht höhere Überlebensrate im Vergleich zu Arbeitslosigkeitsgründungen in Westdeutschland. Gründungen mittels Einstiegsgeld haben vermutlich etwas geringere Überlebenschancen in den neuen Bundesländern. Wenn sich Betriebe allerdings erst einmal auf dem Markt etablieren konnten und die Frage der Betriebsnachfolge ansteht, dann sind ostdeutsche Betriebe – zumindest aktuell – etwas besser vorbereitet als westdeutsche.

4 Realisiertes Arbeitskräfteangebot – realisierte Arbeitskräftenachfrage

Die in den letzten beiden Kapiteln beschriebenen Rahmenbedingungen haben naturgemäß nicht nur Einfluss auf den Umfang und die Struktur des ungenutzten Potenzials. Sie bedingen auch Unterschiede hinsichtlich der Zusammensetzung der realisierten Beschäftigungsverhältnisse, also jenes Marktsegments, in dem Arbeitsanbieter (Beschäftigte) und Arbeitsnachfrager (Betriebe) zueinander gefunden haben (vgl. Abbildung 1). Im Folgenden werden zunächst ausgewählte Aspekte zur sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowie deren Entwicklung und Struktur vorgestellt. Da sich hinter dem Beschäftigungsbestand aber umfangreiche Zugänge in und Abgänge aus Beschäftigung verbergen, erfolgt in Kapitel 4.2 auch eine Analyse der Dynamik der Beschäftigungsverhältnisse.

4.1 Struktur der Beschäftigung

Die in Kapitel 3.2 thematisierten Unterschiede in der Branchenstruktur zwischen Ost- und Westdeutschland spiegeln sich auch in der Beschäftigungsstruktur wider (vgl. Tabelle 4). Diese lässt sich, anders als die Wertschöpfungs- und Erwerbstätigenzahl, mit Hilfe der Statistik der BA tiefer disaggregiert darstellen und ermöglicht somit einen noch detaillierteren Einblick in die Differenzen zwischen alten und neuen Bundesländern. So zeigen sich beispielsweise Abweichungen von ca. 2 Prozentpunkten im Beschäftigtenanteil für die beiden zum Verarbeitenden Gewerbe gehörenden Wirtschaftsabteilungen Maschinenbau und Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen. Diese hochproduktiven und exportstarken Branchen sind,

gemessen an ihren Beschäftigungsanteilen, in den neuen Bundesländern schwächer vertreten. Gleiches gilt für den Großhandel und, in etwas geringerem Maße, für die Erbringung von Finanzdienstleistungen. Höhere Beschäftigtenanteile als in den alten Bundesländern weisen hingegen die nicht exportorientierten und – unter Wertschöpfungsgesichtspunkten – weniger produktiven Bereiche Öffentliche Verwaltung, Erziehung und Unterricht sowie das Bau- und Ausbaugewerbe auf.

Tabelle 4
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Wirtschaftsabteilungen in Ost- und Westdeutschland 2013

Wirtschaftsabteilungen	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2013				Veränderung 2007 - 2013	
	Ostdeutschland		Westdeutschland		Ostdeutschland	Westdeutschland
	Absolut	Anteil an Gesamt	Absolut	Anteil an Gesamt		
10 Hrst. von Nahrungs- und Futtermitteln	111.346	2,0 %	473.602	2,0 %	3,5 %	4,4 %
25 Herstellung von Metallerzeugnissen	128.982	2,3 %	647.686	2,7 %	5,2 %	2,6 %
28 Maschinenbau	103.006	1,9 %	895.171	3,8 %	12,6 %	7,5 %
29 Hrst. v. Kraftwagen u. Kraftwagenteilen	63.519	1,2 %	783.638	3,3 %	18,0 %	5,2 %
43 Vorber.Baust.arb., Bauinst.,so.Ausbaugew.	269.640	4,9 %	933.416	3,9 %	6,1 %	10,8 %
45 Handel m. Kfz; Inst.halt. u. Rep. v. Kfz	114.895	2,1 %	496.348	2,1 %	-1,3 %	0,8 %
46 Großhandel (ohne Handel mit Kfz)	162.684	3,0 %	1.175.692	4,9 %	0,2 %	1,2 %
47 Einzelhandel (ohne Handel mit Kfz)	424.998	7,7 %	1.794.652	7,6 %	12,5 %	8,7 %
52 Lagerei u. Erbr.v. sonst. DL f.d.Verkehr	100.642	1,8 %	547.222	2,3 %	-0,9 %	2,7 %
56 Gastronomie	139.788	2,5 %	504.235	2,1 %	16,6 %	18,9 %
64 Erbringung von Finanzdienstleistungen	72.024	1,3 %	582.145	2,4 %	-3,8 %	-1,8 %
78 Vermittl. u.Überlassung v. Arbeitskräften	155.330	2,8 %	615.227	2,6 %	7,1 %	9,8 %
81 Gebäudebetreuung;Garten-und Landschaftsbau	150.037	2,7 %	497.661	2,1 %	24,7 %	33,5 %
84 Öffentl. Verwaltung,Verteidigung;Soz.vers.	405.168	7,4 %	1.276.088	5,4 %	-2,4 %	3,4 %
85 Erziehung und Unterricht	280.308	5,1 %	844.729	3,6 %	-12,8 %	24,8 %
86 Gesundheitswesen	425.951	7,7 %	1.767.811	7,4 %	15,1 %	13,6 %
87 Heime (ohne Erholungs- und Ferienheime)	159.305	2,9 %	738.871	3,1 %	22,3 %	18,2 %
88 Sozialwesen (ohne Heime)	188.208	3,4 %	481.438	2,0 %	39,4 %	44,5 %
Gesamt	5.506.384	100,0 %	23.762.534	100,0 %	7,6 %	9,3 %

Anm.: Berücksichtigt sind hier nur Wirtschaftsabteilungen, die zum Stichtag 30.06.2013 mindestens einen Anteil von 2 Prozent an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Gesamtdeutschland) haben.

Quelle: Statistik der BA zum 30.06.; eigene Berechnungen.

Diese branchenspezifischen Unterschiede sind ein Grund für die Unterschiede in der Entwicklung der Gesamtbeschäftigung der vergangenen Jahre. Von 1995 bis

2005 war sie in Ostdeutschland noch stark durch einen transformationsbedingten kontinuierlichen Abbau geprägt. In den Folgejahren setzte dann eine Phase des sukzessiven Beschäftigungswachstums ein, die lediglich kurzfristig im Krisenjahr 2009 unterbrochen wurde. In diesem Jahr stagnierte die Beschäftigungsentwicklung in beiden Landesteilen. Insgesamt nahm die Zahl der Beschäftigten in Ostdeutschland zwischen 2007 und 2013 um 389 Tausend auf rund 5,51 Millionen zu. Das entspricht einem Anstieg um 7,6 Prozent. In Westdeutschland gab es in diesem Zeitraum eine Zunahme um knapp 2,03 Millionen auf 23,76 Millionen Beschäftigte, was einem Zuwachs um 9,3 Prozent entspricht.

Eine nach Branchen differenzierte Betrachtung der Beschäftigungsentwicklung liefert Hinweise darauf, dass sich die strukturellen Unterschiede zwischen neuen und alten Ländern zu verringern scheinen (vgl. Tabelle 4). So wuchs die Beschäftigung in den unterrepräsentierten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes wie der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen zwischen 2007⁶ und 2013 mit einem Plus von 18,0 Prozent viel stärker als in den alten Bundesländern (5,2 %). Der Beschäftigungsaufbau fand dabei hauptsächlich in den bestehenden Betrieben statt: Die Zahl der Beschäftigten pro Betrieb stieg dort in Ostdeutschland von 109 im Jahr 2007 auf 129 im Jahr 2013. Die vergleichbaren Größen für Westdeutschland in Höhe von 335 und 334 Beschäftigten pro Betrieb verdeutlichen noch einmal die grundsätzliche Problematik der kleinteiligen Betriebsstruktur in Ostdeutschland vor allem im Verarbeitenden Gewerbe (vgl. Kapitel 3.2). Überdurchschnittliche Wachstumsraten von 12,6 Prozent verzeichnete die Beschäftigung ebenfalls im Maschinenbau (West: 7,5 %). Auch hier wurde der Beschäftigungsaufbau von Belegschaftsvergrößerungen in den bestehenden Betrieben getragen.⁷ In den überrepräsentierten Bereichen Öffentliche Verwaltung bzw. Erziehung und Unterricht hingegen kam es in diesem Zeitraum in den neuen Bundesländern zu einem Beschäftigungsrückgang, während in diesen Branchen in Westdeutschland sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufgebaut wurde.

Ein weiterer wichtiger Aspekt, dem bei einer Analyse der Struktur der Beschäftigungsverhältnisse Rechnung getragen werden muss, ist die Betrachtung einzelner Beschäftigungsformen. Diese liefert Hinweise dazu, ob das Beschäftigungswachstum der letzten Jahre möglicherweise zulasten der Qualität der Beschäftigungsverhältnisse ging. Sowohl in den neuen wie auch in den alten Bundesländern ist das so genannte Normalarbeitsverhältnis⁸ nach wie vor die mit Abstand häufigste Beschäftigungsform (vgl. Abbildung 6). Der Flexibilisierungsgrad – gemessen als Anteil der

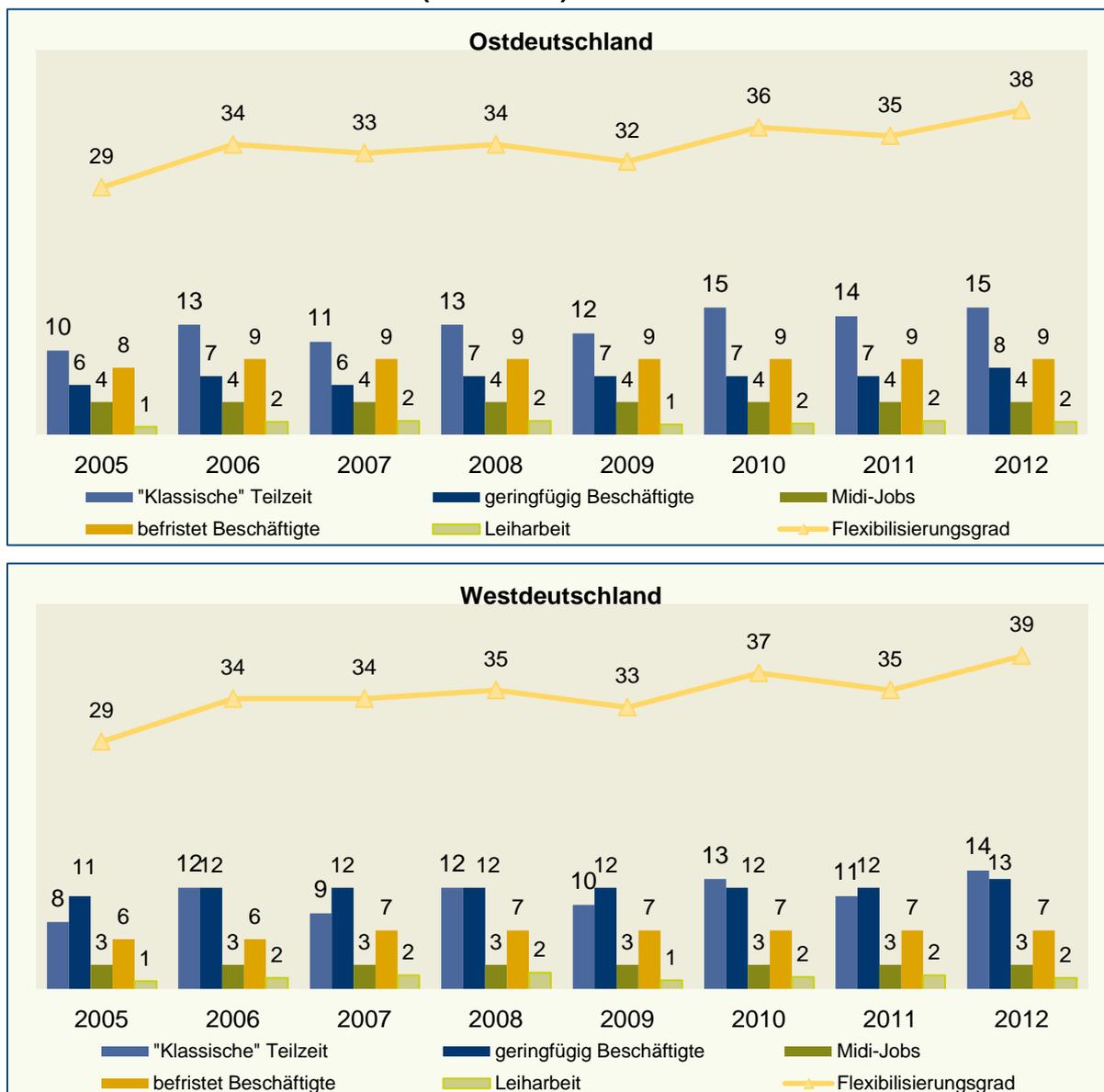
⁶ Durch die Umstellung der Wirtschaftszweigsystematik von der WZ 2003 auf die WZ 2008 stehen Daten zu Branchenstrukturen und -entwicklungen erst ab 2007 zur Verfügung.

⁷ Grundsätzlich wuchs zwischen 2007 und 2013 die Zahl der Beschäftigten in beiden Landesteilen stärker als die Zahl der Betriebe.

⁸ Das Normalarbeitsverhältnis wird hier sehr grob definiert als unbefristete sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigung.

atypisch Beschäftigten an allen Beschäftigten – ist jedoch im betrachteten Zeitraum in beiden Landesteilen gestiegen und beträgt in Ostdeutschland gegenwärtig etwa 38 Prozent (West: 39 %). Ähnlich wie bei der Höhe und Entwicklung der atypischen Beschäftigung zeigen sich auch hinsichtlich der Relevanz einzelner Beschäftigungsformen nur geringe Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern. Der Anteil geringfügig Beschäftigter fällt in Ostdeutschland etwas niedriger, der Anteil befristet Beschäftigter dafür etwas höher aus als in Westdeutschland.

Abbildung 6
Entwicklung des Anteils atypisch Beschäftigter an allen Beschäftigten in Ost- und Westdeutschland 2005 bis 2012 (in Prozent)



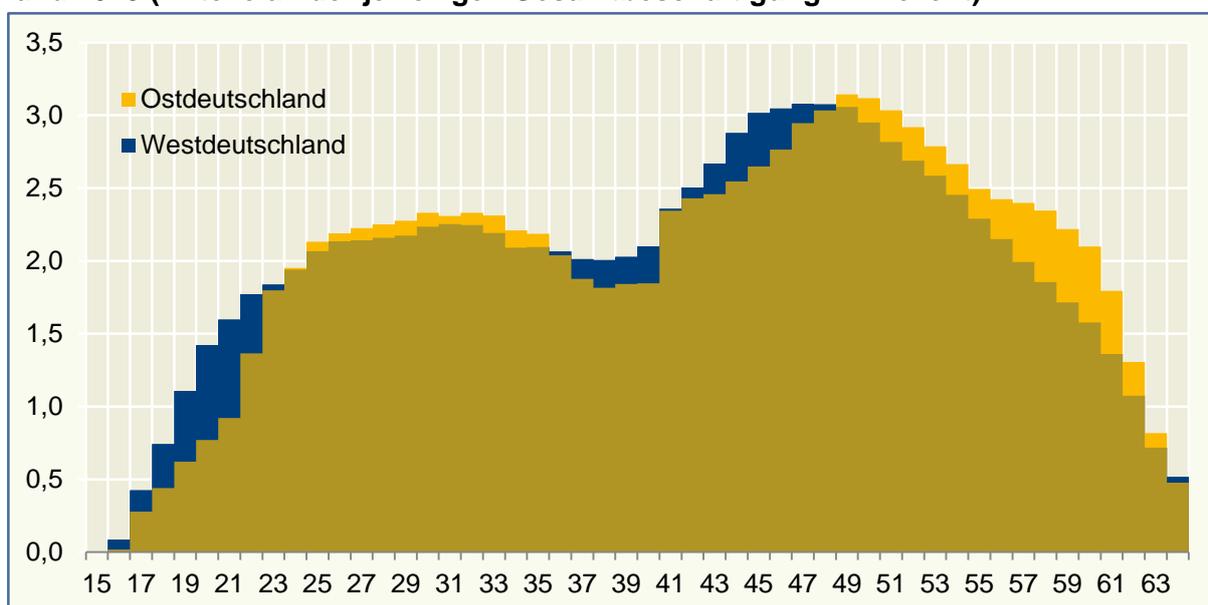
Anm.: Im IAB-Betriebspanel werden sowohl die sozialversicherungspflichtige wie auch die nicht sozialversicherungspflichtige Teilzeitbeschäftigung ausgewiesen. Demzufolge zählen zur Teilzeitbeschäftigung neben der „klassischen“ sozialversicherungspflichtigen Teilzeitarbeit auch geringfügige Beschäftigung (Mini-Jobs) und Teilzeit-Midi-Jobs. Bei der gesonderten Darstellung der Midi-Jobs werden Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse erfasst.

Die Kennziffer Flexibilisierungsgrad drückt den Anteil (in Prozent) der Beschäftigten in atypischen Beschäftigungsformen an allen Beschäftigten aus.

Quelle: Dahms/Frei/Putzing (2013), Daten jeweils zum 30.06. des Jahres, eigene Darstellung.

Während hinsichtlich der Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse in beiden Landes- teilen nur geringe Unterschiede existieren, zeigen sich mit Blick auf die Altersstruk- tur der Beschäftigten durchaus beachtliche Differenzen. Denn die bereits in Kapi- tel 2 thematisierten demografischen Veränderungen finden sich, zumindest bezüg- lich der skizzierten Alterungsprozesse der Erwerbsbevölkerung, klar in den Beschäftigtenzahlen wieder (vgl. Abbildung 7). In Ostdeutschland waren 2013 rund 18,4 Prozent der Beschäftigten zwischen 55 und 64 Jahre alt (West: 15,2 %). Spie- gelbildlich betrug der Anteil der jungen Beschäftigten (15 bis 24 Jahre) in Ost- deutschland 8,2 Prozent, in Westdeutschland hingegen 10,9 Prozent. Insgesamt lag das Durchschnittsalter der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 2013 in Ost- deutschland bei 42,4 Jahren und in Westdeutschland bei 41,3 Jahren.

Abbildung 7
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Altersjahren in Ost- und Westdeutsch- land 2013 (Anteile an der jeweiligen Gesamtbeschäftigung in Prozent)



Quelle: Statistik der BA zum 30.06., eigene Berechnungen.

Zwischen 2007 und 2013 erhöhte sich die Gesamtzahl aller sozialversicherungs- pflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland um 7,6 Prozent (West: 9,3 %). Dieser An- stieg betraf jedoch nicht alle Altersklassen in gleichem Maße. Die Beschäftigtenzahl in der Altersgruppe der Jüngeren (15 bis 24 Jahre) ist in den ostdeutschen Bundes- ländern sogar vergleichsweise stark zurückgegangen (-26,2 %), während sie in den alten Bundesländern in diesem Zeitraum, wenn auch klar unterdurchschnittlich, noch zulegte (+0,3 %). Die Auswirkungen des so genannten Nachwendegeburt- knicks der frühen 1990er-Jahre haben den ostdeutschen Arbeitsmarkt erreicht (vgl. z. B. Seibert/Wesling 2012). Die teilweise um die Hälfte kleineren Alterskohorten treten gegenwärtig ihre Berufsausbildungen (siehe Exkurs) oder ersten Beschäfti- gungsverhältnisse an. In den alten Bundesländern greifen die demografischen Um- wälzungen bezüglich der Jüngeren langsamer und finden sich daher nicht in dieser Deutlichkeit in der Beschäftigungsstatistik wieder (vgl. Kapitel 2). Die Beschäfti- gungssteigerungen bei den 55- bis 64-Jährigen hingegen gibt es in beiden Teilen

der Republik. Ihre Zahl nahm zwischen 2007 und 2013 in Ostdeutschland um 53,3 Prozent zu (West: 44,9 %). Grund dafür sind die geburtenstarken Jahrgänge zwischen der zweiten Hälfte der 1950er-Jahre und Mitte der 1960er-Jahre („Baby-boomer“), die gegenwärtig in diese Altersgruppe hineinwachsen (vgl. Fuchs u. a. 2013).

Exkurs: Ausbildungsmarkt

Die duale Berufsausbildung stellt für die jüngere Erwerbsbevölkerung in Deutschland nach wie vor einen wichtigen Einstiegskanal in den Arbeitsmarkt dar. Für die Betriebe wiederum ist sie eine Möglichkeit, den benötigten Nachwuchs an qualifiziertem Personal bedarfsgerecht auszubilden und zu sichern. Vor diesem Hintergrund stimmt es zunächst erfreulich, dass die lange Zeit ungünstigen Bedingungen auf dem ostdeutschen Lehrstellenmarkt überwunden zu sein scheinen. Allerdings ist hierfür weniger die betriebliche Ausbildungsbeteiligung als vielmehr der demografisch bedingte Rückgang der Zahl der Ausbildungsstellenbewerber maßgeblich. Auf Bundesebene betrachtet, blieb die Zahl der bei der BA gemeldeten Bewerber für Berufsausbildungsstellen zwischen 2009 und 2012 nahezu stabil. Eine Differenzierung nach alten und neuen Ländern lässt jedoch große Unterschiede zutage treten. Während die Zahl der Bewerber in Ostdeutschland um 17.400 Personen (-16,9 %) sank, stieg sie in Westdeutschland in etwa derselben absoluten Größenordnung an, was einem Plus von knapp 4 Prozent gleichkommt. Die Zahl der in eine betriebliche Ausbildung einmündenden Bewerber ist in Ostdeutschland zwischen 2009 und 2012 zurückgegangen, in Westdeutschland hingegen gestiegen. Während sich in Ostdeutschland bei 11 Tausend (+16,8 %) mehr gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen ca. 5 Tausend (-10,7 %) Einmündungen weniger finden als noch 2009, sind in den alten Bundesländern bei knapp 60 Tausend (+17,4 %) mehr betrieblichen Ausbildungsstellenmeldungen rund 43 Tausend (+24,5 %) zusätzliche Einmündungen in eine betriebliche Berufsausbildung zu beobachten. Die Zunahme betrieblicher Stellenmeldungen ließ sich in Ostdeutschland demnach nicht in eine stärkere Einmündung in betriebliche Ausbildung umsetzen.

Neben dem durch den Nachwendegeburtenknick verringerten lokal verfügbaren Bewerberpotenzial sind hierfür noch zwei weitere Faktoren (haupt)verantwortlich. Zum einen wurde das Bewerberpotenzial für nicht-akademische Ausbildungsberufe überdurchschnittlich stark durch die recht hohe Abiturientenquote – mehr als ein Drittel der ostdeutschen Schulabsolventen erlangt die Hochschulreife – und die zunehmende Studierneigung der ostdeutschen Abiturienten noch weiter geschmälert (vgl. Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihen 1 und 4.3.1). Zum anderen hat die rapide Rückführung der außerbetrieblichen Ausbildung – 2012 wurden gut 16.700 (-62,1 %) weniger außerbetriebliche Ausbildungsstellen gemeldet als 2009 – scheinbar nicht dazu geführt, dass die Jugendlichen mit ungünstigeren schulischen Voraussetzungen (fast jeder Zehnte verlässt die Schule immer noch ohne Abschluss) nun stattdessen in eine betriebliche Ausbildung einmünden. Trotz insge-

samt rückläufiger Bewerberzahlen und steigender Zahlen gemeldeter Stellen hat die Zahl der unversorgten Bewerber aktuell wieder zugenommen.

Den Betrieben in Ostdeutschland bieten sich mindestens drei Möglichkeiten, auf die veränderten Rahmenbedingungen am nicht-akademischen Ausbildungsstellenmarkt, also der im Aggregat formal schlechter qualifizierten und geringeren Zahl an Ausbildungsinteressierten, zu reagieren: Erstens, die formalen Anforderungen (noch weiter) zu reduzieren; zweitens, die Wettbewerbsfähigkeit der angebotenen Lehrstelle zu erhöhen (Vergütung, Boni etc.); drittens, sich aus der betrieblichen Ausbildung zurückzuziehen. Obwohl die letztere Möglichkeit sowohl aus betrieblicher wie auch aus gesellschaftlicher Sicht als die schlechteste erscheint, wird sie scheinbar gegenwärtig am häufigsten gewählt. Die Ausbildungsbeteiligung, d. h. der Anteil der tatsächlich ausbildenden an allen ausbildungsberechtigten Betrieben, ist in den neuen Ländern seit 2007 erkennbar rückläufig und hat 2012 mit 43 Prozent ein Langzeittief erreicht. In den alten Bundesländern ist die Ausbildungsbeteiligung um 10 Prozentpunkte höher (vgl. Dahms/Frei/Putzing 2013).

4.2 Dynamik der Beschäftigungsverhältnisse

Im Durchschnitt der Jahre 2005 bis 2012⁹ nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Ostdeutschland pro Jahr um ca. 53 Tausend Personen zu. Vor dem Hintergrund, dass es in Ostdeutschland im Jahr 2012 etwa 5,46 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigte gab, erscheint diese Zunahme eher gering. Sie verbirgt aber umfangreiche Veränderungen bei der Zahl der begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse¹⁰, die letztendlich zu einer Zu- oder Abnahme der Bestandsgrößen führen (vgl. auch Bellmann u. a. 2012: 33). Zwischen 2005 und 2012 wurden jährlich im Schnitt etwa 1,50 Millionen Beschäftigungsverhältnisse begonnen und gleichzeitig etwa 1,45 Millionen beendet. Um diese Werte mit denen für Westdeutschland vergleichbar zu machen, werden im Folgenden die Daten zu den Bestandsveränderungen sowie den begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnissen anhand einer Ratenbildung normiert. Dafür werden sowohl die Bestände als auch die begonnenen und beendeten Beschäftigungsverhältnisse ins Verhältnis zum durchschnittlichen Beschäftigungsbestand des Beobachtungsjahres und des jeweiligen Vorjahres gesetzt. Die resultierenden Raten zeigen an, in welchem Verhältnis zum durchschnittlichen Bestand der Beschäftigten Beschäftigungs-

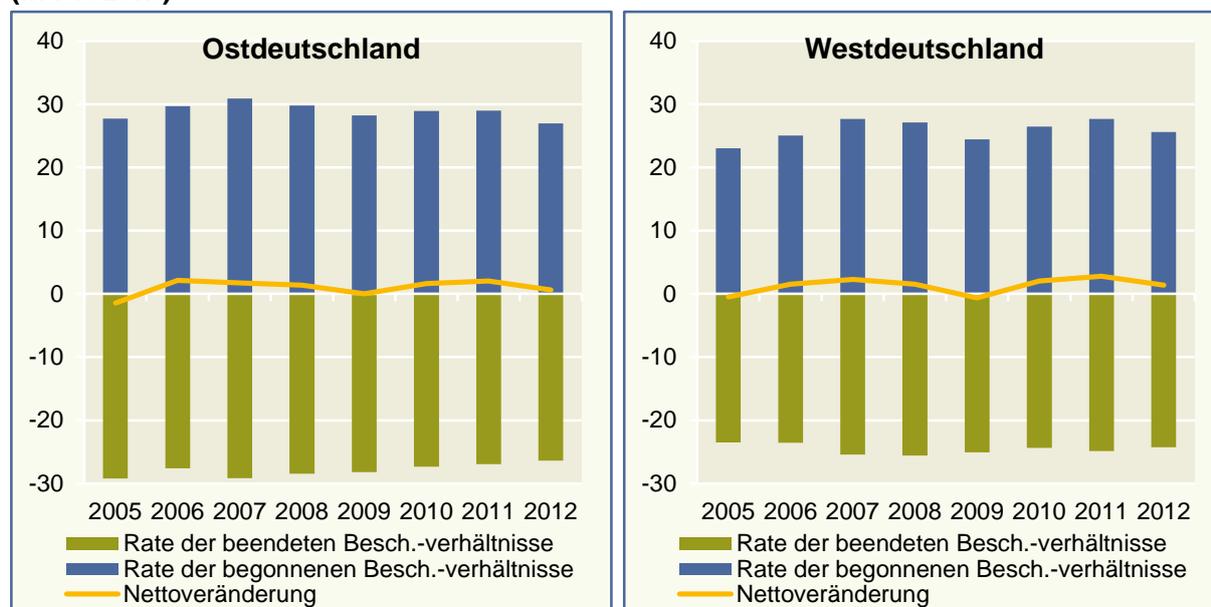
⁹ Für die Berechnung der Stromgrößen werden jeweils die vollen Jahre analysiert. Zum Zeitpunkt der Erstellung der Untersuchung lag der aktuellste verfügbare Stichtag der Daten beim 30.06.2013, weshalb das Jahr 2013 nicht berücksichtigt werden konnte.

¹⁰ Wie in ANBA (2012: 112) auch werden hier aus methodischen Gründen die zugrundeliegenden beendeten Beschäftigungsverhältnisse rechnerisch ermittelt und können von anderen Veröffentlichungen abweichen.

verhältnisse begonnen bzw. beendet wurden. Beide Raten addiert ergeben die Umschlagsrate¹¹, die das gesamte Ausmaß der Beschäftigungsdynamik beziffert.

Ein Vergleich der Raten zeigt, dass die Beschäftigungsdynamik in den ostdeutschen Bundesländern zum Teil deutlich höher ist als in den westdeutschen (vgl. Abbildung 8 und Fuchs/Weyh 2010). Die Unterschiede haben sich allerdings im Zeitverlauf reduziert. 2012 belief sich die Umschlagsrate in Ostdeutschland auf 53,3 Prozent und in Westdeutschland auf 49,8 Prozent. Ebenso wird die etwas größere Abhängigkeit des Arbeitsmarktes von konjunkturellen Auslandseinflüssen in den alten Bundesländern sichtbar (vgl. dazu auch Fuchs/Weyh/Ludewig 2011). In den Jahren nach der Wirtschafts- und Finanzkrise waren allerdings für beide Landesteile positive Entwicklungen mit mehr begonnenen als beendeten Beschäftigungsverhältnissen zu beobachten. Als Resultat war die Nettoveränderung der Beschäftigung leicht positiv.

Abbildung 8
Entwicklung der Beschäftigungsdynamik in Ost- und Westdeutschland 2005 bis 2012
(in Prozent)



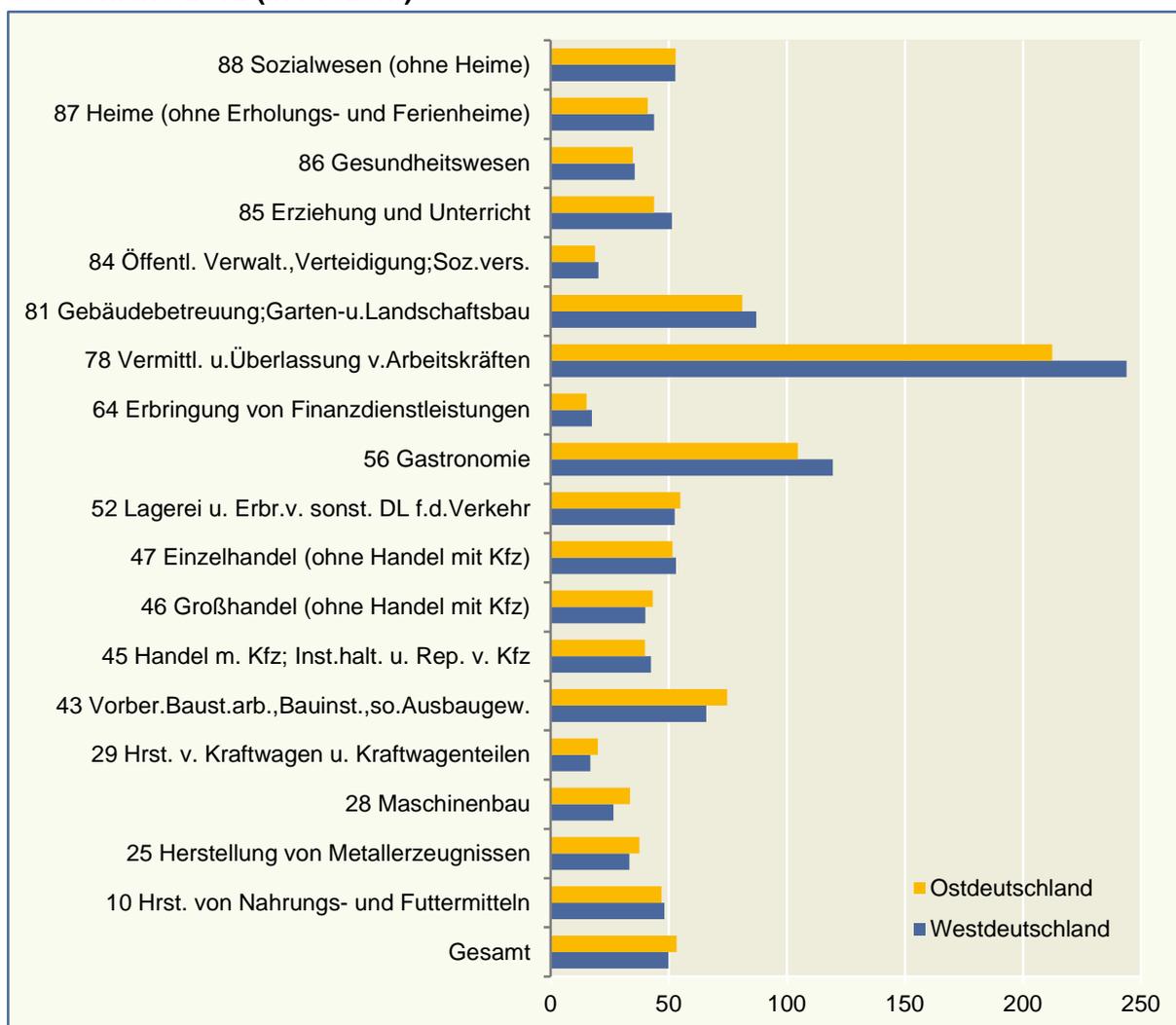
Quelle: Statistik der BA; eigene Berechnungen.

Besonders deutliche Unterschiede im Hinblick auf die Beschäftigungsdynamik treten bei einer branchenspezifischen Betrachtung auf (vgl. Abbildung 9). In beiden Landesteilen zeigt die Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften mit Abstand die größte Dynamik. Eine ebenfalls recht hohe Dynamik weisen auch die Gastronomie, der Garten- und Landschaftsbau sowie das Sonstige Ausbaugewerbe auf. Die geringste Beschäftigungsdynamik wird in der Erbringung von Finanzdienstleistungen, der Öffentlichen Verwaltung und im Fahrzeugbau sichtbar. Generell werden die

¹¹ Diese Definition weicht von der des so genannten Fluktuationskoeffizienten der BA insofern ab, als dass der Zähler hier nicht halbiert wird.

branchenspezifischen Unterschiede in der Beschäftigungsdynamik wesentlich durch die Größe und das Alter der jeweiligen Betriebe sowie durch saisonale Einflüsse bestimmt und weniger durch Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (vgl. Fuchs/Weyh 2010).

Abbildung 9
Beschäftigungsdynamik nach ausgewählten Wirtschaftsabteilungen in Ost- und Westdeutschland 2012 (in Prozent)



Anm.: Die Zahlen vor den Wirtschaftsabteilungen stellen die jeweiligen WZ2008-Codes dar. Abgebildet sind die 20 beschäftigungsstärksten Wirtschaftsabteilungen.

Quelle: Statistik der BA; eigene Berechnungen.

Die insgesamt zu beobachtende höhere Arbeitsmarktdynamik in den neuen Bundesländern zeigt sich auch auf der Seite der Beschäftigten bei Betrachtung einzelner Altersgruppen. So fällt die Beschäftigungsdynamik in der Altersgruppe der unter 25-Jährigen überdurchschnittlich hoch aus. 2012 betrug die Umschlagsrate in Ostdeutschland für diese Altersgruppe 129,1 Prozent und entsprach damit dem 2,4-fachen Wert der gesamten Umschlagsrate (vgl. Tabelle 5). In den neuen Bundesländern zeigt sich hierbei ein Zeittrend, denn 2005 übertraf die Rate der Jüngeren die Gesamtrate nur um das 2,1-Fache. Das bedeutet, dass sich die Beschäftigungsdynamik bei den Jüngeren in Ostdeutschland im Verhältnis zur generellen

Beschäftigungsdynamik erhöht hat. In Westdeutschland hingegen lag dieser Faktor über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg fast konstant bei 2,4. In deutlichem Gegensatz dazu steht die geringe Umschlagsrate der über 55-Jährigen. In den neuen Bundesländern erreicht die Beschäftigungsdynamik der Älteren mit 20,6 Prozent nur etwa 40 Prozent der Dynamik insgesamt, in den alten Bundesländern rund ein Viertel.

Tabelle 5
Umschlagsrate und Nettoveränderung der Beschäftigung nach Altersgruppen in Ost- und Westdeutschland, 2005 bis 2012 (in Prozent)

Jahr	Umschlagsrate						Nettoveränderung					
	Insgesamt		unter 25 Jahre		über 55 Jahre		Insgesamt		unter 25 Jahre		über 55 Jahre	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West	Ost	West
2005	56,9	46,6	118,8	113,7	23,9	13,0	-1,5	-0,5	-2,1	-1,7	2,6	3,6
2006	57,3	48,6	123,0	119,5	20,4	12,1	2,1	1,5	1,5	2,0	9,1	5,8
2007	60,1	53,1	130,0	127,9	22,9	13,7	1,7	2,3	1,1	3,6	9,0	6,7
2008	58,2	52,7	126,5	126,4	22,3	14,2	1,4	1,5	-2,5	0,9	9,5	6,4
2009	56,4	49,5	122,8	116,2	22,8	15,7	0,0	-0,7	-5,6	-3,1	7,1	4,8
2010	56,3	50,8	129,3	122,9	22,0	15,3	1,6	2,1	-4,7	0,8	7,0	5,8
2011	55,9	52,5	132,2	127,8	21,1	14,5	2,0	2,8	-4,3	2,7	6,8	7,0
2012	53,3	49,8	129,1	121,6	20,6	13,2	0,6	1,4	-9,7	-2,1	5,4	6,9

Quelle: Statistik der BA; eigene Berechnungen.

Im Hinblick auf die Nettoveränderung der Beschäftigung unterscheiden sich Jüngere und Ältere deutlich. Während in Westdeutschland bei den unter 25-Jährigen starke konjunkturelle Schwankungen zu sehen sind, ist die Bestandsveränderung der Jüngeren in Ostdeutschland seit 2008 negativ und erreichte 2012 mit -9,7 Prozent – das bedeutet, dass die beendeten Beschäftigungsverhältnisse die begonnenen um 9,7 Prozent übertrafen – den seit 2005 stärksten Rückgang. Bei den Älteren hingegen sind durchweg positive Bestandsveränderungen zu beobachten, d. h. es wurden mehr Beschäftigungsverhältnisse begonnen als beendet.

5 Nicht realisiertes Arbeitskräfteangebot

Nachdem sich das vorangegangene Kapitel demjenigen Teil des Arbeitsmarktes widmete, bei dem Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage bereits „zusammengefunden haben“, beleuchtet dieses Kapitel das nicht realisierte Arbeitskräfteangebot (vgl. Abbildung 1). Dabei wird der Fokus zuerst auf die Unterbeschäftigung gelegt, um im Anschluss daran detailliert sowohl auf die Struktur als auch die Dynamik speziell der Arbeitslosigkeit einzugehen.

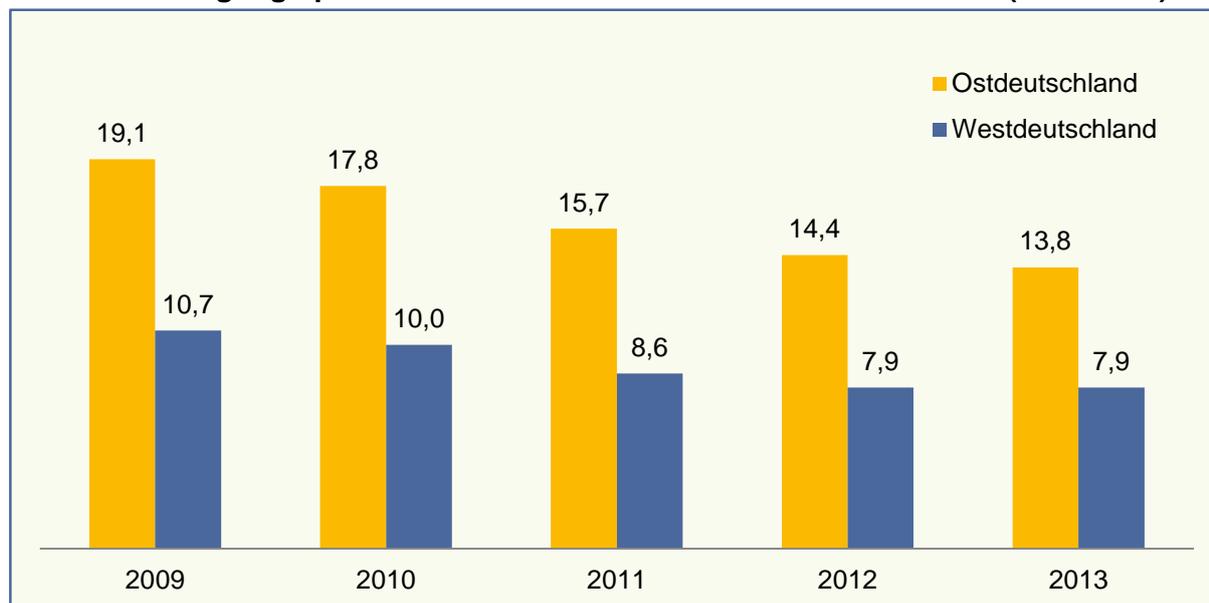
5.1 Unterbeschäftigung

In Kapitel 2 wurde mit Hilfe des Labour-Force-Konzepts das gesamte ungenutzte Arbeitskräftepotenzial quantifiziert. Da detailliertere Analysen mit diesem Konzept nicht (ohne weiteres) möglich sind, betrachten wir im Folgenden nur einen Teil des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials, nämlich die so genannte Unterbeschäftigung nach dem BA-Konzept.

Neben den registrierten Arbeitslosen werden in der Unterbeschäftigung Personen erfasst, die an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnehmen oder über einen arbeitsmarktbedingten Sonderstatus verfügen (vgl. Hartmann 2009). Die Unterbeschäftigung vermittelt damit zwar ein umfassenderes Bild der Unterauslastung des Arbeitskräfteangebots, als dies bei alleiniger Betrachtung der Arbeitslosigkeit der Fall wäre. Dieses ist aber keineswegs vollständig. So kann eine Zunahme der Unterbeschäftigung einerseits auf eine Zunahme des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials hinweisen, andererseits aber auch nur Resultat des „Sichtbarwerdens“ eines Teils der Stillen Reserve sein.

In Ostdeutschland sank die Zahl der Unterbeschäftigten (inklusive Kurzarbeit) von 1,6 Millionen im Jahr 2009 auf 1,2 Millionen im Jahr 2013, was einem Rückgang von 27,5 Prozent entspricht. Dabei ist der Anteil der Arbeitslosen an der Unterbeschäftigung gestiegen. In Westdeutschland ist die Unterbeschäftigung von durchschnittlich 3,6 Millionen im Krisenjahr 2009 auf 2,8 Millionen im Jahr 2013 gesunken (-23,9 %). Auch hier hat sich die Struktur der Unterbeschäftigung hin zu den Arbeitslosen verschoben. Genauso wie die Quote des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials ist auch die Unterbeschäftigungsquote¹² in Ostdeutschland höher als in den alten Bundesländern (13,8 % zu 7,9 %, vgl. Abbildung 10).

Abbildung 10
Unterbeschäftigungsquote in Ost- und Westdeutschland 2009 bis 2013 (in Prozent)



Quelle: Statistik der BA, eigene Berechnungen.

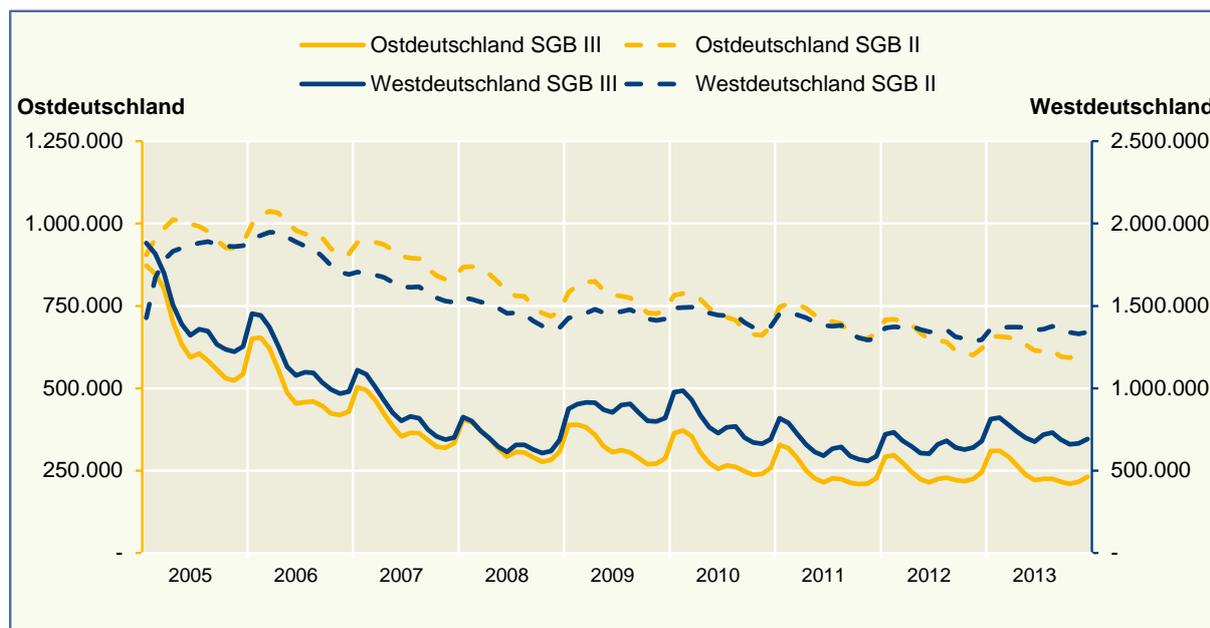
¹² Zahl der Unterbeschäftigten in Bezug zur Gesamtzahl der zivilen Erwerbspersonen und der Teilnehmer an entlastenden Maßnahmen, die keine Erwerbstätigkeit fördern.

5.2 Struktur der Arbeitslosigkeit

Mit 72,9 Prozent machten die Arbeitslosen 2013 den größten Teil der Unterbeschäftigung in Ostdeutschland aus (West: 75,5 %). Die Zahl der Arbeitslosen war zwischen 2005 und 2013 in beiden Landesteilen rückläufig (vgl. Abbildung 11). Obwohl sie in Ostdeutschland mit einem Minus von 46,1 Prozent stärker sank als in Westdeutschland (-35,9 %), liegt die Arbeitslosenquote immer noch über Westniveau (10,3 % gegenüber 6,0 %). Allerdings entwickelte sich die Arbeitslosigkeit in den beiden Rechtskreisen SGB III und SGB II unterschiedlich. Die Personen im Rechtskreis SGB III, dem Bereich der Arbeitslosenversicherung, stehen dem Arbeitsmarkt in der Regel näher, sind meist erst seit kurzer Zeit arbeitslos und beziehen größtenteils Arbeitslosengeld; jene im Rechtskreis SGB II, der Grundsicherung für erwerbsfähige Hilfebedürftige, sind meist schon länger arbeitslos und beziehen Arbeitslosengeld II (Bellmann u. a. 2012: 25 f.). Zwischen 2005 und 2013 sank in Ostdeutschland die Zahl der Arbeitslosen im SGB-III-Bereich um 62 Prozent und im SGB-II-Bereich um 35 Prozent (West: -50 % und -25 %). Beiden Landesteilen ist damit gemein, dass der Anteil der Arbeitslosen zunahm, die im Rechtskreis SGB-II betreut werden (Ost: Anstieg von 59,8 % auf 71,7 %, West: Anstieg von 55,6 % auf 65,2 %).

2013 sank die Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland gegenüber 2012 um 3,0 Prozent. In Westdeutschland stieg sie hingegen um 4,0 Prozent. Der Abbau der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland war ausschließlich auf den SGB-II-Bereich (-4,8 %) zurückzuführen. Im Rechtskreis SGB III nahm sie um 1,7 Prozent zu, in Westdeutschland stieg sie sogar um 9,6 Prozent. Auch im SGB-II-Bereich ist in Westdeutschland ein leichter Anstieg um 1,3 Prozent zu verzeichnen. Insgesamt wird aus Abbildung 11 auch deutlich, dass die üblichen saisonalen Schwankungen im SGB-II-Bereich in Ostdeutschland ausgeprägter erscheinen.

Abbildung 11
Entwicklung des Arbeitslosenbestandes in Ost- und Westdeutschland getrennt nach Rechtskreisen 2005 bis 2013



Quelle: Statistik der BA, eigene Darstellung.

Die durchschnittliche Dauer¹³ der Arbeitslosigkeit hat sich zwischen 2007 und 2013 in beiden Landesteilen verringert (Ost: -126 Tage, West: -79 Tage). Während 2007 die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit in Ostdeutschland mit 577 Tagen noch länger war als in Westdeutschland (538 Tage), lag sie 2013 mit 451 Tagen unter dem westdeutschen Wert (459 Tage). Die Zahl und auch der Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr arbeitslos) waren im Beobachtungszeitraum in beiden Landesteilen rückläufig. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Ost- und Westdeutschland ist mit 35,7 Prozent bzw. 35,6 Prozent nahezu identisch.

Im Hinblick auf die gewünschte Arbeitszeit gibt es große Unterschiede zwischen den neuen und alten Ländern. Während 2013 in Ostdeutschland 90,7 Prozent der Arbeitslosen eine Vollzeitstelle suchten, waren es in Westdeutschland 80,9 Prozent. Im Vergleich zu 2007 stieg dieser Anteil in beiden Landesteilen stark an (Ost: +15 Prozentpunkte, West: +9,3 Prozentpunkte).

Weitere Unterschiede ergeben sich mit Blick auf das berufsfachliche Anforderungsniveau. Hintergrund dieses statistischen Merkmals ist die Überlegung, dass ein bestimmtes Kenntnis- und Fertigniveau vorhanden sein muss, um einen Beruf ausüben zu können. Das Anforderungsniveau bezieht sich dabei auf die Komplexität der auszuübenden Tätigkeiten und wird somit als berufs- bzw. arbeitsplatzbezoge-

¹³ Die folgenden Angaben beziehen sich auf den Bestand der Arbeitslosen. Die Dauer der Arbeitslosigkeit kann durch vielfältige Aspekte wie Maßnahmeteilnahmen, Krankheit, die Pflege von Angehörigen oder Kinderbetreuung beeinflusst sein.

nes Charakteristikum verstanden. Für jeden Beruf wird ein Anforderungsniveau erfasst, das typischerweise für diesen Beruf gilt, unabhängig von der formalen Qualifikation der Person, die diesen Beruf ausübt. Im Vergleich zum Abgrenzungskriterium der formalen Qualifikation ist das berufsfachliche Anforderungsniveau damit umfangreicher. Die weiteren Ausführungen hinsichtlich der Qualifikation der Arbeitslosen beziehen sich daher auf das Anforderungsniveau anstatt auf die weniger aussagekräftige formale Qualifikation.¹⁴ Um die unterschiedlichen Komplexitätsgrade eines Berufes bzw. des entsprechenden Tätigkeitsfeldes sachgerecht abbilden zu können, werden vier Anforderungsniveaus unterschieden (vgl. hierzu BA 2011: 26 ff.).¹⁵ Während in Ostdeutschland die Fachkräfte mit einem Anteil von 43,8 Prozent die größte Gruppe des Bestandes der Arbeitslosen stellen, sind es in den alten Bundesländern die Helfer mit 42,8 Prozent. Arbeitslose Spezialisten und Experten sind in beiden Landesteilen gleichermaßen selten. In der Summe sind ostdeutsche Arbeitslose damit etwas besser qualifiziert als westdeutsche. Dasselbe Bild zeigt sich auch, wenn die Qualifikation über die Ausbildung approximiert wird. Zwischen 2007 und 2013 hat sich in beiden Landesteilen die Qualifikation der Arbeitslosen im Schnitt verschlechtert. Obwohl ihre Zahl in allen Anforderungsniveaus in Ostdeutschland abgenommen hat, war der Rückgang bei den Helfern im Vergleich zu den Fachkräften, Spezialisten und Experten sehr viel geringer. In Westdeutschland hat sich die Anzahl der Helfer sogar erhöht, während bei den Fachkräften, Spezialisten und Experten ebenfalls Rückgänge zu verzeichnen sind.

Bezüglich der Zielberufe¹⁶ unterscheiden sich die Arbeitslosen in Ost- und Westdeutschland hingegen wenig. In Ostdeutschland sind die Berufsgruppen der Gebäude- und versorgungstechnischen Berufe (+2,7 Prozentpunkte mehr als in Westdeutschland), Hoch- und Tiefbauberufe (+2,2 Prozentpunkte) und Gartenbauberufe, Floristik (+1,9 Prozentpunkte) stärker vertreten. In Westdeutschland ist hingegen

¹⁴ Dennoch können auch an dieser Stelle Verzerrungen auftreten, da die Erfassung in einem bestimmten Anforderungsniveau im Ermessen des jeweiligen Vermittlers liegt.

¹⁵ Unter das Anforderungsniveau 1 („Helfer“) fallen Helfer- und Anlerntätigkeiten. Sie umfassen typischerweise einfache, wenig komplexe (Routine-)Tätigkeiten, für deren Ausübung in der Regel keine oder nur geringe spezifische Fachkenntnisse erforderlich sind. Das Anforderungsniveau 2 („Fachkräfte“) betrifft fachlich ausgerichtete Tätigkeiten, für die fundierte Fachkenntnisse und Fertigkeiten vorausgesetzt werden. Die Berufe mit Anforderungsniveau 3 („Spezialisten“) sind demgegenüber deutlich komplexer und mit Spezialkenntnissen und –fertigkeiten verbunden. Dem Anforderungsniveau 4 („Experten“) schließlich werden die Berufe zugeordnet, deren Tätigkeitsbündel einen sehr hohen Komplexitätsgrad aufweisen bzw. ein entsprechend hohes Kenntnis- und Fertigniveau erfordern (BA 2011: 26 ff.).

¹⁶ Für Auswertungen von Arbeitslosen nach dem Zielberuf (einschließlich des Anforderungsniveaus) gelten gewisse Einschränkungen. So wird die Vergleichbarkeit über die Zeit durch die Umstellung der Klassifikation der Berufe beeinträchtigt. Zudem liegen im Fall unplausibler Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und der dadurch bedingten Schätzung des Arbeitslosenbestandes keine Informationen für das Merkmal Zielberuf vor. Die auf der aggregierten Ebene von Ost- und Westdeutschland festgestellten Tendenzen dürften dennoch Bestand haben.

der Anteil bei den Berufsgruppen Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführern) (+3,3 Prozentpunkte) sowie den Reinigungsberufen (+2,2 Prozentpunkte) höher.

Auch hinsichtlich der Altersstruktur der Arbeitslosen sind die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland eher gering. Der Anteil der jüngeren Altersgruppen ist in den alten Bundesländern höher, der Anteil der Älteren dafür in den neuen Bundesländern. Im Beobachtungszeitraum betraf der Rückgang der Arbeitslosigkeit in West- wie in Ostdeutschland fast alle Altersgruppen. Einzige Ausnahme waren die Arbeitslosen in der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen, deren Zahl in Ostdeutschland um 12,7 Prozent anstieg (West: 24,5 %). Die gemeinsame Betrachtung von Alter und Qualifikation zeigt, dass sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland die jüngeren Altersgruppen (hier bis 34 Jahre) unter den Arbeitslosen im Schnitt etwas schlechter qualifiziert sind als die älteren. In beiden Landesteilen war der Qualifikationsunterschied zwischen diesen Altersgruppen 2007 geringer als 2013. Der Anteil der Helfer hat in beiden Landesteilen in allen Altersgruppen zugenommen, darunter überdurchschnittlich bei den Jüngeren.

Der Anteil der Ausländer unter den Arbeitslosen hat sich zwischen 2007 und 2013 sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland erhöht. Absolut gesehen ging ihre Zahl aber ebenfalls zurück (Ost: -11,9 %, West: -8,8 %). Nichtsdestotrotz ist der Anteil der Ausländer an allen Arbeitslosen in Ostdeutschland nicht einmal halb so groß wie in Westdeutschland (8,3 % gegenüber 20,8 %) und wird zudem vorrangig durch Berlin getrieben.¹⁷

Als ein großes Vermittlungshemmnis gilt die Mehrfachbetroffenheit von Arbeitslosen. Darunter fallen Arbeitslose, die mehrere der nachfolgend genannten Merkmale aufweisen: langzeitarbeitslos nach § 18 (1) SGB III, schwerbehindert, 50 Jahre oder älter, Berufsrückkehrer/in und/oder geringqualifiziert. Hier liegt der ostdeutsche Anteil derjenigen, die als mehrfachbetroffen gelten, deutlich unter dem westdeutschen Wert (31,8 % gegenüber 38,0 %). Dieser Anteil erhöhte sich zudem in Ostdeutschland seit 2007 in einem geringeren Ausmaß als in Westdeutschland (11,8 Prozentpunkte gegenüber 18,4 Prozentpunkten).

5.3 Dynamik der Arbeitslosigkeit

Hinter den Zahlen zum Bestand der Arbeitslosen verbergen sich umfangreiche Zugänge in und Abgänge aus Arbeitslosigkeit. Im Verlauf des Jahres 2013 meldeten sich in Ostdeutschland insgesamt 2,231 Millionen Menschen bei einer Arbeitsagentur oder einem Jobcenter arbeitslos (West: 5,546 Millionen), während gleichzeitig 2,258 Millionen Arbeitslose ihre Arbeitslosigkeit beendeten (West: 5,486 Millionen). Als Resultat nahm deutschlandweit der Bestand der Arbeitslosen im Jahr 2013 im Vergleich zum Vorjahr leicht zu (vgl. Abbildung 11). Ein grundlegender Einflussfak-

¹⁷ Der Anteil der Ausländer an allen Arbeitslosen beträgt in Berlin 22,9 Prozent und in Ostdeutschland ohne Berlin 3,6 Prozent.

tor der Fluktuation der Arbeitslosigkeit ist die wirtschaftliche Entwicklung (vgl. Rothe 2009). Während eines Abschwungs steigt im Allgemeinen das Risiko, arbeitslos zu werden. In Zeiten eines Aufschwungs sind die Chancen, die Arbeitslosigkeit zu verlassen, größer.

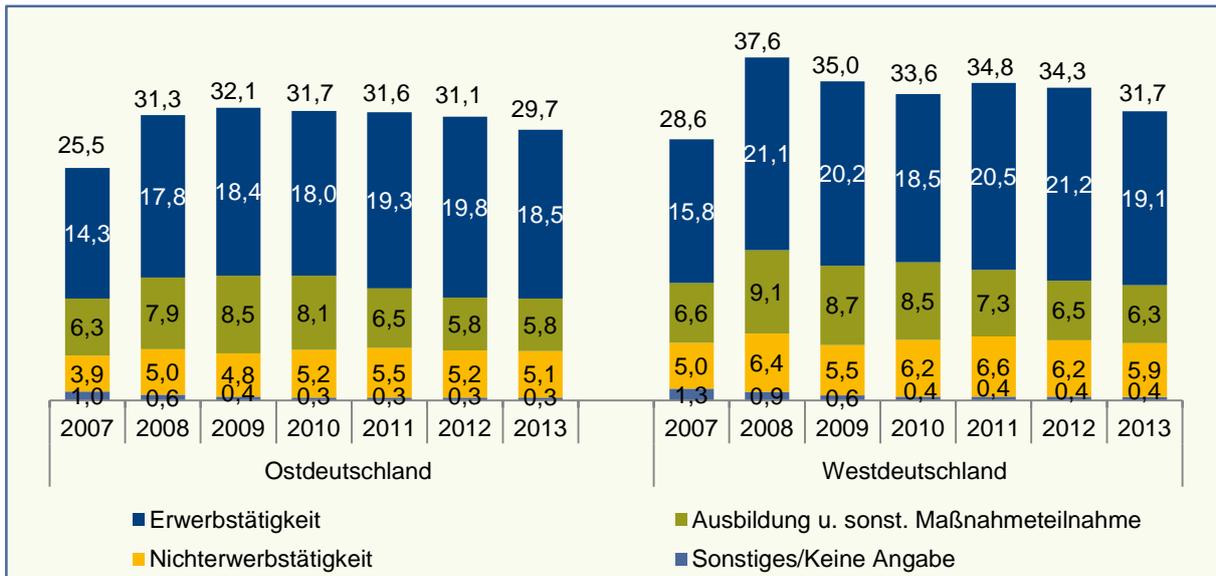
Für einen besseren Vergleich der Dynamik der Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland sowie in den Rechtskreisen SGB III und SGB II werden im Folgenden Raten gebildet.¹⁸ Für die Zugangsrate wird dabei die Summe der Zugänge in Arbeitslosigkeit in einem Monat zum Bestand der Arbeitslosen im Vormonat ins Verhältnis gesetzt. Analog wird für die Abgangsrate das Verhältnis aus der Summe der Abgänge aus Arbeitslosigkeit in einem Monat und dem Bestand der Arbeitslosen im Vormonat gebildet. Datengrundlage für die Ratenberechnung bilden die Angaben der Statistik der BA zum Bestand sowie zu den Zugängen in und den Abgängen aus Arbeitslosigkeit. Die so errechneten Monatsraten sind, gemittelt für die jeweiligen Jahre, in Abbildung 12 bis Abbildung 15 ausgewiesen.

Der in Ostdeutschland höhere Anteil des Bestands an Arbeitslosen, die im SGB-II-Bereich betreut werden, wird auch bei den Zu- und Abgängen sichtbar. Im Jahr 2013 entfielen in den neuen Bundesländern von den durchschnittlich 186 Tausend Arbeitslosmeldungen pro Monat 114 Tausend auf den Bereich SGB II. Dies entspricht einem Anteil von 61 Prozent aller Zugänge. Umgekehrt entfielen aber auch 63 Prozent aller Abgänge aus Arbeitslosigkeit auf den SGB-II-Bereich. In Westdeutschland spielt der Rechtskreis des SGB III hingegen eine größere Rolle. Dort entfielen 2013 auf den SGB-II-Bereich lediglich 51 Prozent aller Zugänge in und 53 Prozent aller Abgänge aus Arbeitslosigkeit (monatsdurchschnittlich 235 Tausend bzw. 244 Tausend).

¹⁸ Vgl. dazu die entsprechenden Kennzahlensteckbriefe der Statistik der BA unter <http://statistik.arbeitsagentur.de/Navigation/Statistik/Grundlagen/Kennzahlensteckbriefe/Kennzahlensteckbriefe-Nav.html> sowie Rothe (2009).

Abbildung 12

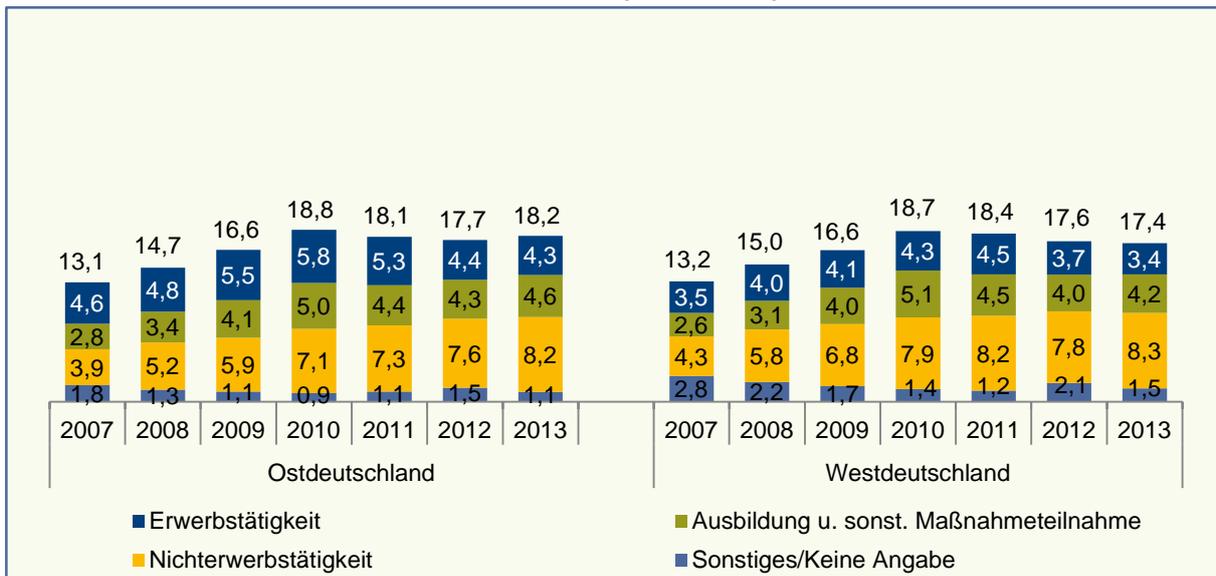
Durchschnittliche monatliche Zugangsraten in Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III in Ost- und Westdeutschland 2007 bis 2013 (in Prozent)



Quelle: Statistik der BA, Darstellung in Anlehnung an Rothe (2009), eigene Berechnungen.

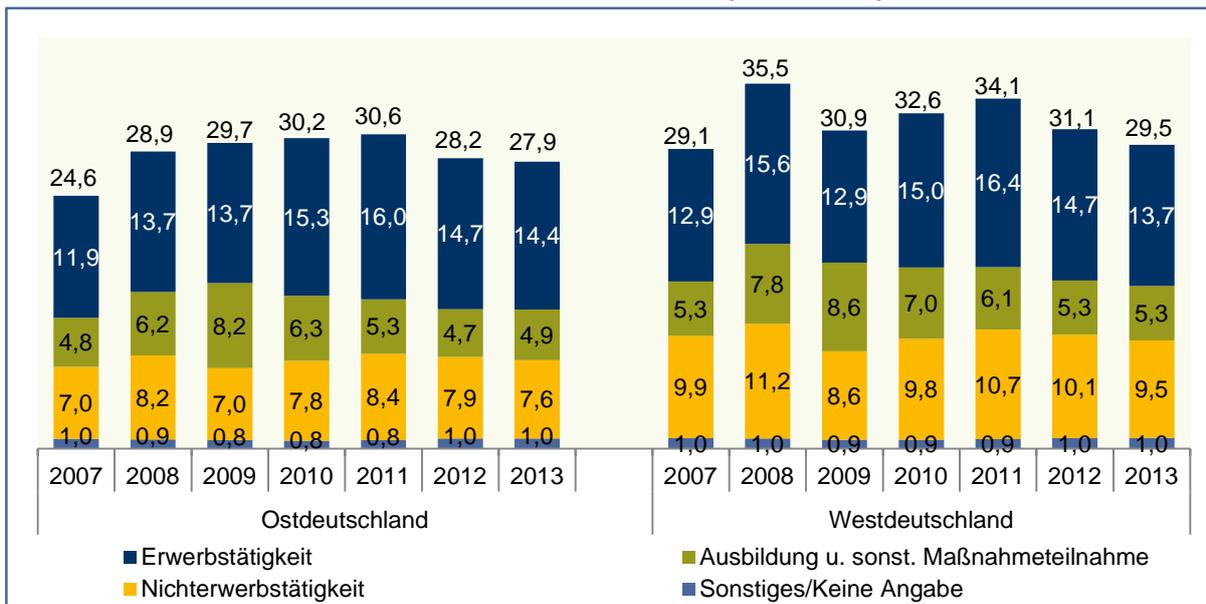
Abbildung 13

Durchschnittliche monatliche Zugangsraten in Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II in Ost- und Westdeutschland 2007 bis 2013 (in Prozent)



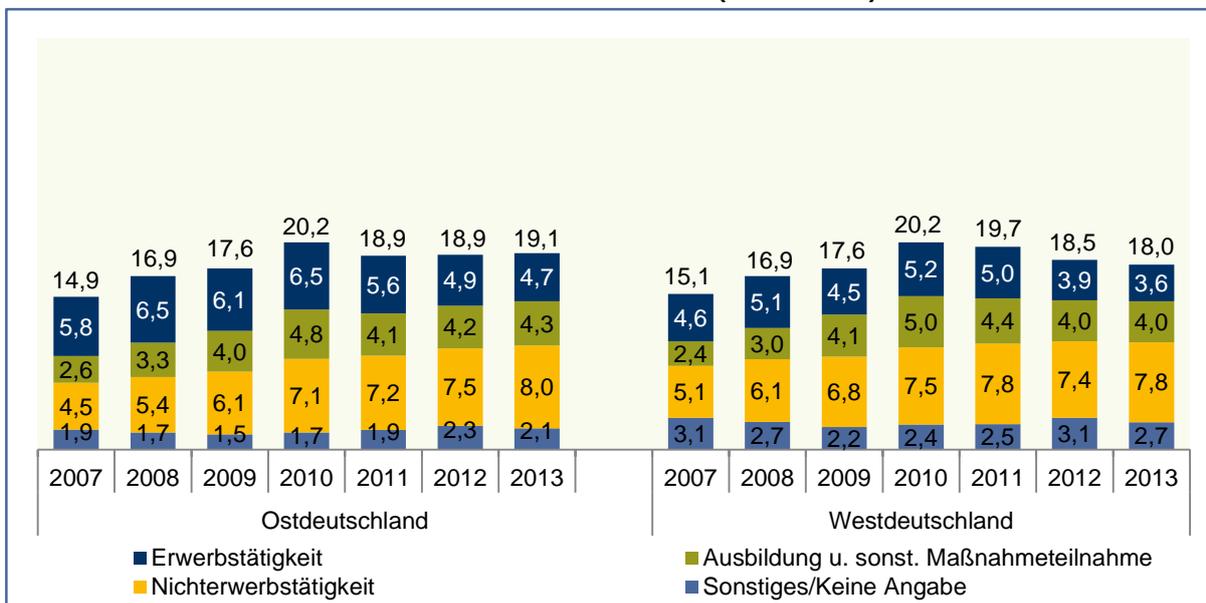
Quelle: Statistik der BA, Darstellung in Anlehnung an Rothe (2009), eigene Berechnungen.

Abbildung 14
Durchschnittliche monatliche Abgangsraten aus Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III in Ost- und Westdeutschland 2007 bis 2013 (in Prozent)



Quelle: Statistik der BA, Darstellung in Anlehnung an Rothe (2009), eigene Berechnungen.

Abbildung 15
Durchschnittliche monatliche Abgangsraten aus Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB II in Ost- und Westdeutschland 2007 bis 2013 (in Prozent)



Quelle: Statistik der BA, Darstellung in Anlehnung an Rothe (2009), eigene Berechnungen.

Die durchschnittliche monatliche Zugangsrate in Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III lag in Ostdeutschland 2013 bei 29,7 Prozent (vgl. Abbildung 12). Das bedeutet, dass im SGB-III-Bereich in Relation zum dortigen Bestand der Arbeitslosen durchschnittlich pro Monat 29,7 Prozent neu in den Status der Arbeitslosigkeit gelangten. Betrachtet nach der Zugangsstruktur kommt den Zugängen aus Erwerbstätigkeit mit einer Rate von 18,5 Prozent die größte Bedeutung zu. Nahezu alle Arbeitslosen, die sich aus Erwerbstätigkeit arbeitslos meldeten, waren dabei vorher

auf dem ersten Arbeitsmarkt beschäftigt. Über die Zeit betrachtet, stieg die Zugangsrate in den Rechtskreis SGB III bis 2009 an und sinkt seitdem langsam. Diese Entwicklung ist dabei hauptsächlich durch abnehmende Zugangsraten aus Ausbildung und sonstiger Maßnahmeteilnahme (z. B. Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik) getrieben. Die Zugangsraten aus Erwerbstätigkeit stiegen hingegen – bei einer gleichzeitigen Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung – bis zum Jahr 2012 an.

Die Zugangsraten in Arbeitslosigkeit in Westdeutschland sind strukturell gesehen sehr ähnlich. Der markanteste Unterschied ist, dass die einzelnen Raten in Westdeutschland grundsätzlich etwas höher ausfallen (vgl. Abbildung 12). Das gilt insbesondere für das Jahr 2008, in dem die Zugangsraten aus Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt auf 20,2 Prozent im Monatsdurchschnitt gestiegen sind (2007: 14,9 %). Hierin spiegelt sich der Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise wider, die aufgrund der stärkeren Exportorientierung vor allem Auswirkungen auf den westdeutschen Arbeitsmarkt hatte (vgl. dazu Bellmann u. a. 2012: 31 f.).

Die Zugangsrate im Rechtskreis SGB II liegt in beiden Landesteilen deutlich unter derjenigen im SGB III (vgl. Abbildung 13).¹⁹ Gemessen am jeweiligen Bestand erfolgen weniger Zugänge im Rechtskreis SGB II als im Rechtskreis SGB III. Diese kleinere Rate darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass in Ostdeutschland der Großteil der Zugänge in Arbeitslosigkeit in den Rechtskreis SGB II erfolgt.

Die Zugangsrate in Arbeitslosigkeit im SGB-II-Bereich lag im Durchschnitt 2013 bei 18,2 Prozent. Die meisten Zugänge stammten aus Nichterwerbstätigkeit (vgl. Abbildung 13). Der Großteil davon kam aus Arbeitsunfähigkeit, deren Rate sich alleine schon auf 6,3 Prozent belief. Im Gegensatz zu den Zugängen in den SGB-III-Bereich sind die Zugangsraten aus Erwerbstätigkeit ins SGB II sehr gering. Hierbei ergeben sich im Vergleich der beiden Landesteile auch zwei größere Unterschiede. Erstens begründet sich die dennoch höhere Rate in Ostdeutschland auf fast doppelt so hohe Zugangsraten aus Beschäftigung am zweiten Arbeitsmarkt.²⁰ Zweitens verdeckt die in beiden Landesteilen nahezu gleich hohe Zugangsrate aus dem ersten Arbeitsmarkt in den Rechtskreis SGB II (2,6 %), dass in Ostdeutschland von allen gut 58 Tausend Personen, die sich 2013 im Monatsdurchschnitt insgesamt aus Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt heraus arbeitslos gemeldet hatten, rund 16 Tausend Personen (28 %) unmittelbar in den Rechtskreis SGB II fielen. In West-

¹⁹ Die höhere Dynamik der Arbeitslosigkeit im SGB-III-Bereich hängt unter anderem auch damit zusammen, dass die Anspruchsdauer für den Bezug von Arbeitslosengeld im Rechtskreis SGB III (Arbeitslosengeld I) zeitlich begrenzt ist (vgl. dazu <http://www.arbeitsagentur.de/web/content/DE/BuergerinnenUndBuerger/Arbeitslosigkeit/Arbeitslosengeld/DauerdesAnspruchs/index.htm>).

²⁰ Sie lagen 2013 für Ostdeutschland bei 1,4 Prozent pro Monat, in Westdeutschland bei 0,6 Prozent. Seit 2009 sind die Raten stetig gesunken.

deutschland beträgt dieser Anteil nur 21 Prozent.²¹ Eine nicht unerhebliche Rolle spielt dabei sicherlich unter anderem das geringere Lohnniveau in Ostdeutschland (vgl. hierzu auch Kapitel 8).

Die Abgangsrate aus Arbeitslosigkeit im SGB-III-Bereich lag in Ostdeutschland 2013 bei durchschnittlich 27,9 Prozent (West: 29,5 %) (vgl. Abbildung 14). Die Abgangsraten können auch als Abgangswahrscheinlichkeiten interpretiert werden (Rothe 2009: 7). Die durchschnittliche Wahrscheinlichkeit, die Arbeitslosigkeit innerhalb eines Monats zu beenden und in Erwerbstätigkeit überzugehen, lag in Ostdeutschland für Arbeitslose im Rechtskreis des SGB III im Jahr 2013 bei 14,4 Prozent. Die größte Bedeutung kommt hier wiederum der Beschäftigung auf dem ersten Arbeitsmarkt zu. Der Vergleich mit Westdeutschland zeigt, wie schon bei den Zugangsdaten in den Rechtskreis SGB III, große Ähnlichkeiten in der Struktur (vgl. Abbildung 14).

Für Arbeitslose im Rechtskreis SGB II ist die Wahrscheinlichkeit, die Arbeitslosigkeit innerhalb eines Monats zu beenden, deutlich geringer als für die Arbeitslosen im SGB III (vgl. Abbildung 15). Die meisten Abgänge erfolgen in Nichterwerbstätigkeit. Demgegenüber fallen die Chancen, in Erwerbstätigkeit einzumünden, recht gering aus. In Ostdeutschland entfielen 2013 von den monatsdurchschnittlich rund 119 Tausend Abgängen aus Arbeitslosigkeit im SGB-II-Bereich gerade einmal 19 Tausend (16 %) auf eine Beschäftigung am ersten Arbeitsmarkt. Die entsprechende Abgangsrate lag bei 3,0 Prozent (West: 2,9 %).

Die Abgangsstruktur aus dem SGB II ist zwischen Ost- und Westdeutschland recht ähnlich. Unterschiede ergeben sich vor allem beim zeitlichen Verlauf. Während seit 2011 in Ostdeutschland die Wahrscheinlichkeit, den SGB-II-Bereich zu verlassen, relativ konstant geblieben ist, nahm sie in Westdeutschland kontinuierlich ab. Außerdem ist in Ostdeutschland ein klarer zeitlicher Trend in Bezug auf zunehmende Abgangsraten in Nichterwerbstätigkeit zu beobachten, der in Westdeutschland nicht in diesem Ausmaß existiert. Diese Entwicklung ist getrieben durch steigende Abgangsraten in Arbeitsunfähigkeit, die möglicherweise mit dem höheren Durchschnittsalter der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern zusammenhängt (vgl. Kapitel 5.2).

Zusammenfassend lässt sich zu Kapitel 5 festhalten, dass die Arbeitslosenquote in Ostdeutschland nach wie vor höher ist als in den alten Ländern. Während der Anteil

²¹ Allgemeine Gründe hierfür können sein, dass die vorangegangene Beschäftigungszeit der betroffenen Personen zu kurz war, um Ansprüche an die Arbeitslosenversicherung zu erwerben. Auch könnte das erzielte Lohneinkommen zu niedrig gewesen sein, um mit dem daraus abgeleiteten Arbeitslosengeld-Anspruch den Bedarf im Haushaltskontext zu decken, so dass das Arbeitslosengeld nun mit Arbeitslosengeld II aufgestockt werden muss. Oft war die vorangegangene Beschäftigung selbst auch nie bedarfsdeckend und diese Personen haben schon während der Beschäftigung ergänzend Arbeitslosengeld II bezogen (BA 2012: 17, vgl. auch Fuchs 2012).

derjenigen, die im Rechtskreis SGB II betreut werden, in den neuen Ländern sehr viel höher liegt als in den alten, unterscheidet sich die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit nicht sehr stark. Ostdeutsche Arbeitslose sind im Schnitt etwas besser qualifiziert als westdeutsche und wünschen sich häufiger eine Vollzeitstelle, mit der sie die Arbeitslosigkeit beenden wollen. Der Anteil Arbeitsloser mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit liegt hingegen in den alten Ländern sehr viel höher. Ostdeutsche Arbeitslose sind im Durchschnitt älter. Der Anteil besonders förderungsbedürftiger Arbeitsloser ist wiederum in den alten Bundesländern weit höher. In Bezug auf die Dynamik der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen ergeben sich insgesamt eher geringfügige Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. In beiden Landesteilen übertrifft die Dynamik im SGB-III-Bereich diejenige im SGB-II-Bereich sehr deutlich. Auch die jeweiligen Zu- und Abgangsstrukturen ähneln sich stark in beiden Landesteilen. Dabei wird die Dynamik im SGB-III-Bereich vorrangig durch Übergänge aus bzw. in Erwerbstätigkeit bestimmt, diejenige im SGB-II-Bereich hingegen durch Übergänge aus bzw. in Nichterwerbstätigkeit (Arbeitsunfähigkeit). Der größte Unterschied besteht darin, dass der SGB-II-Bereich für Ostdeutschland eine größere Bedeutung besitzt als für Westdeutschland.

6 Nicht realisierte Arbeitskräftenachfrage

Die nicht realisierte Arbeitsnachfrage kann im Wesentlichen durch die Zahl der von den Betrieben zu besetzenden offenen Stellen beschrieben werden. Dabei wird der BA nur ein Teil der offenen Stellen gemeldet (vgl. Abbildung 1). Um einen Überblick über die Gesamtzahl, Entwicklung und Struktur der offenen Stellen zu erhalten, wird daher zunächst auf die IAB-Stellenerhebung zurückgegriffen. Sie ist eine regelmäßig durchgeführte repräsentative Arbeitgeberbefragung, auf deren Basis das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot bestimmt wird (vgl. Müller/Rebien/Vogler-Ludwig 2013). Aufgrund des großen Umfangs der nicht der BA gemeldeten Stellen ist die Zahl der offenen Stellen, die auf Basis der IAB-Stellenerhebung bestimmt wird, besser geeignet, um die tatsächliche Arbeitsnachfrage der Betriebe abzubilden. Da die Daten der BA jedoch nach wichtigen zusätzlichen Merkmalen auswertbar sind, ergänzen sie die Aussagen aus der IAB-Stellenerhebung im zweiten Teil dieses Kapitels. Betrachtet wird jeweils ausschließlich der erste Arbeitsmarkt.²²

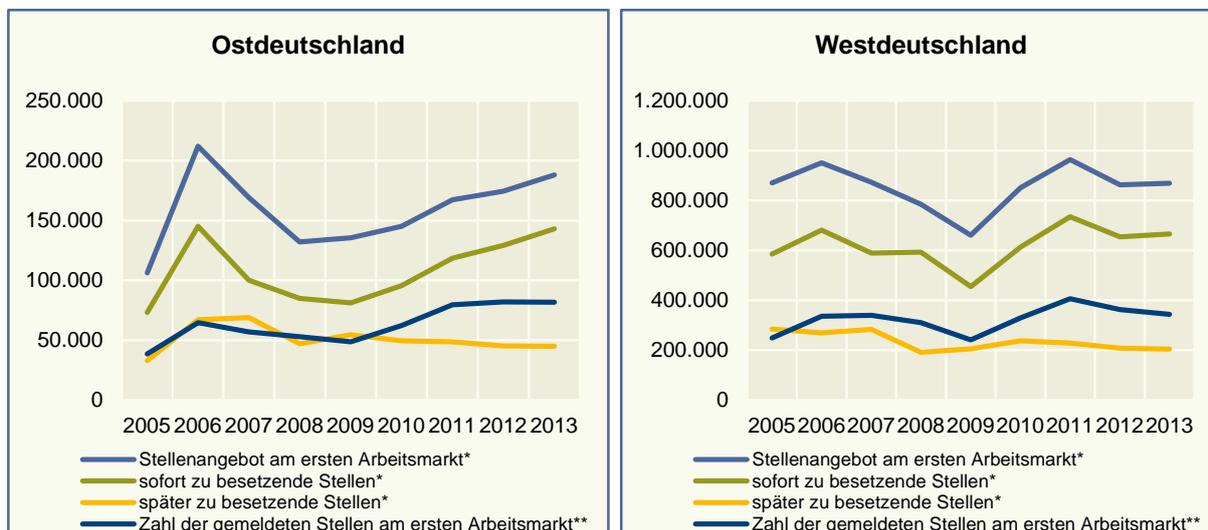
Im vierten Quartal 2013 meldeten die Betriebe in Ostdeutschland 188 Tausend Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt (vgl. Abbildung 16 und Tabelle A 2 im Anhang). Davon waren rund 143 Tausend Stellen (76 %) sofort zu besetzen. Ihre Zahl ist seit 2009 kontinuierlich gestiegen, wohingegen die Zahl der später zu besetzenden Stellen

²² Insbesondere in Ostdeutschland fand in den letzten Jahren ein starker Abbau der geförderten Beschäftigung statt, so dass sich das Verhältnis zwischen geförderten und ungeforderten sofort zu besetzenden Stellen langsam dem westdeutschen Niveau angleich (vgl. dazu Dietz u. a. 2012: 59 ff.). Weiterführende Angaben in der IAB-Stellenerhebung liegen bis zum dritten Quartal 2010 im Normalfall für den ersten und zweiten Arbeitsmarkt zusammen vor. Ab dem vierten Quartal 2010 wird nur der erste Arbeitsmarkt erhoben.

len rückläufig war. Auch die Zahl der Stellen am ersten Arbeitsmarkt, die der BA gemeldet wurden, hat sich seit 2009 stetig erhöht und lag 2013 bei knapp 82 Tausend. Das entspricht einer Meldequote von 43 Prozent. In Westdeutschland waren im vierten Quartal 2013 von den insgesamt 870 Tausend offenen Stellen rund 666 Tausend (77 %) sofort zu besetzen (vgl. Tabelle A 3 im Anhang). Die Zahl der bei der BA gemeldeten Stellen am ersten Arbeitsmarkt lag bei gut 344 Tausend, was einer Meldequote von 40 Prozent gleichkommt. Die Meldequote ist damit in den neuen Bundesländern höher als in den alten.²³

Der zeitliche Verlauf des Umfangs der offenen Stellen orientiert sich in Ostdeutschland weniger an der konjunkturellen Entwicklung als in Westdeutschland. Dies ist deutlich für 2009 zu sehen, als aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise die Zahl der offenen Stellen in Westdeutschland einbrach (vgl. Bellmann u. a. 2012: 57).

Abbildung 16
Zahl der offenen und der BA gemeldeten Stellen auf dem ersten Arbeitsmarkt in Ost- und Westdeutschland 2005 bis 2013



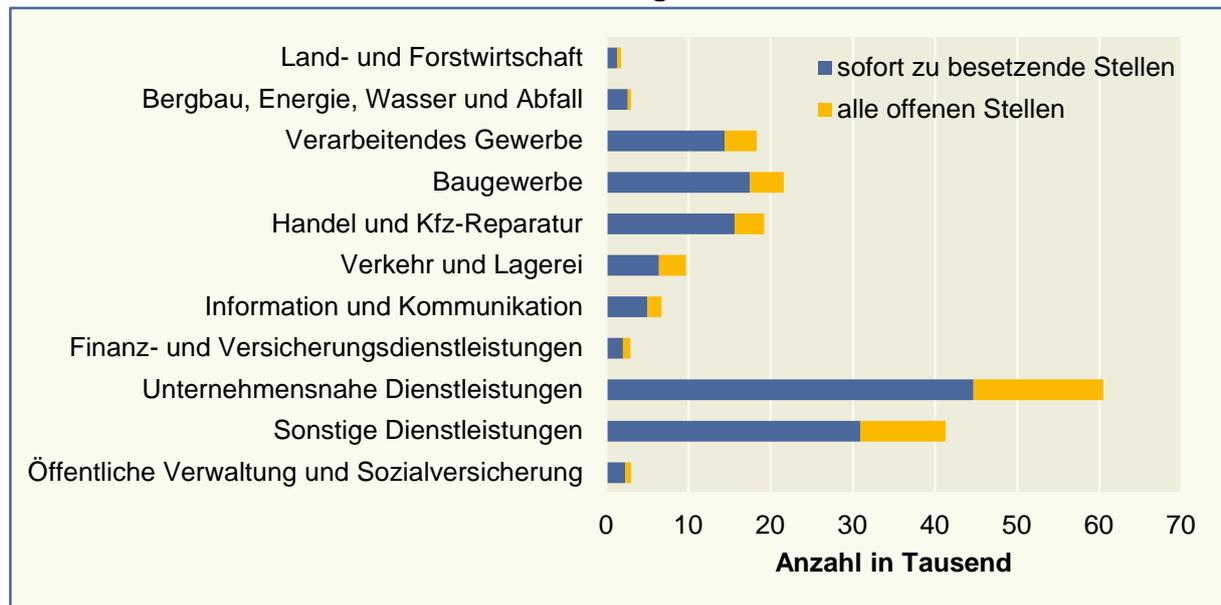
Quellen: * IAB-Stellenerhebung, ** Statistik der BA, Daten jeweils zum IV. Quartal des Jahres, eigene Darstellung.

Die Struktur der offenen Stellen spiegelt im Wesentlichen die Zusammensetzung der ostdeutschen Wirtschaftsstruktur wider (vgl. Abbildung 17). Im vierten Quartal 2013 bestand mit 61 Tausend offenen Stellen die größte Nachfrage im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen, knapp drei Viertel davon waren sofort zu besetzende Stellen. An den offenen Stellen in den sonstigen Dienstleistungen, dem Wirtschaftszweig mit der zweitstärksten Nachfrage, stellten die sofort zu besetzenden Stellen ebenso knapp drei Viertel. Die wenigsten offenen Stellen wurden in der Land- und Forstwirtschaft angeboten. In Bezug auf die sektorale Struktur unter-

²³ Bezogen auf die einzelnen beschrittenen Suchwege für die Besetzung einer offenen Stelle hat die BA aber in beiden Landesteilen einen fast identischen Stellenwert (vgl. Tabelle A 5 im Anhang).

scheidet sich das Bild in Ostdeutschland nur geringfügig von dem in Westdeutschland (vgl. Tabelle A 4 im Anhang).

Abbildung 17
Zahl der offenen Stellen nach Wirtschaftszweigen in Ostdeutschland 2013

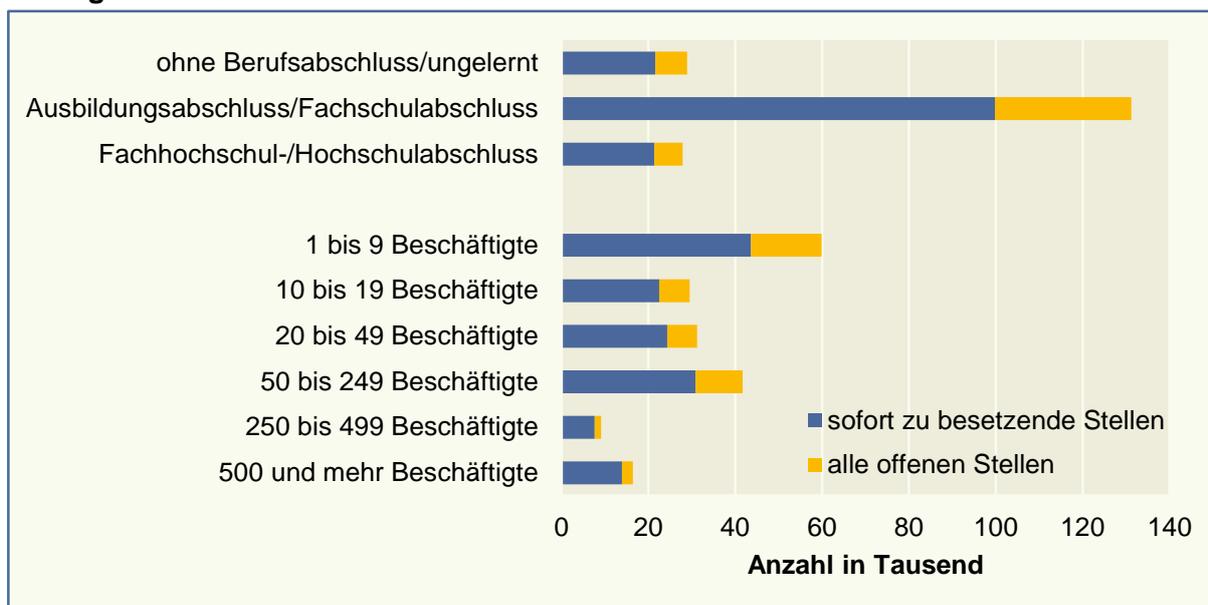


Quelle: IAB-Stellenerhebung, Daten zum IV. Quartal 2013, eigene Darstellung.

Im vierten Quartal 2013 wurde in Ostdeutschland für 131 Tausend (70 %) offene Stellen ein Ausbildungs- oder Fachschulabschluss gefordert, 15 Prozent standen Personen ohne Berufsabschluss zur Verfügung, und ebenfalls 15 Prozent sollten mit Fachhochschul- oder Hochschulabsolventen besetzt werden (vgl. Abbildung 18 und Tabelle A 4 im Anhang). Die Struktur in den alten Bundesländern ist ähnlich, allerdings entfallen dort jeweils 21 Prozent der offenen Stellen auf das obere bzw. untere Qualifikationsniveau. Der Anteil der Stellen für Arbeitskräfte mit Ausbildungs- oder Fachschulabschluss lag entsprechend bei 58 Prozent.

Bezogen auf die Betriebsgröße werden in den neuen Bundesländern von den Kleinbetrieben mit bis zu neun Beschäftigten die meisten offenen Stellen angeboten. Es folgen die mittelgroßen Betriebe mit 50 bis 249 Beschäftigten. Der höchste Anteil sofort zu besetzender Stellen ist mit 85 Prozent bei den Großbetrieben mit mehr als 500 Beschäftigten zu finden. In den alten Bundesländern gab es die meisten offenen Stellen bei mittelgroßen Betrieben mit 50 bis 249 Beschäftigten. Der Anteil sofort zu besetzender Stellen war bei Betrieben mit 20 bis 49 Beschäftigten am höchsten.

Abbildung 18
Zahl der offenen Stellen nach der formalen Qualifikationsanforderung und nach Betriebsgröße in Ostdeutschland 2013



Quelle: IAB-Stellenerhebung, Daten zum IV. Quartal 2013, eigene Darstellung.

Mit Hilfe der bei der BA gemeldeten Arbeitsstellen²⁴ lassen sich vertiefende Analysen insbesondere zur Ausgestaltung von Stellen und zum nachgefragten Berufsprofil durchführen. Im Jahresdurchschnitt 2013 betrug der Bestand der bei der BA gemeldeten Stellen in Ostdeutschland 81.422, von denen 93,5 Prozent als sozialversicherungspflichtige und 4,1 Prozent als geringfügige Arbeitsstellen ausgestaltet waren (West: 93,4 % bzw. 5,4 %).²⁵ Zwischen 2005 und 2013 nahm der Bestand an Arbeitsstellen in Ostdeutschland mit einem Plus von 119,5 Prozent deutlich stärker zu als in Westdeutschland (75,6 %). Die Steigerung bei den sozialversicherungspflichtigen Arbeitsstellen betrug sogar 137,2 Prozent (West: 90,5 %), wohingegen der Bestand an geringfügig entlohnten Arbeitsstellen um 9,6 Prozent nur recht schwach zugelegt hat. In Westdeutschland ging deren Zahl sogar um 18,5 Prozent zurück.

In Ostdeutschland wurden der BA 2013 mit einem Anteil von 82,1 Prozent verhältnismäßig weniger Arbeitsstellen zur sofortigen Besetzung gemeldet als in Westdeutschland, wo der Anteil 90,5 Prozent betrug. Seit 2005 ist ihr Anteil sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland angestiegen. In Bezug auf die geforderte Arbeitszeit dominieren Vollzeitstellen. Sie machten 2013 in Ostdeutschland 71,2 Prozent aller Arbeitsstellen aus (West: 70,4 %).

²⁴ Wie bei den Daten zu den Arbeitslosen ist auch bei den der BA gemeldeten Arbeitsstellen die Vergleichbarkeit über die Zeit durch die Umstellung der Klassifikation der Berufe beeinträchtigt.

²⁵ 1.972 Arbeitsstellen (2,4 %) wurden als Sonstige Arbeitsstellen gemeldet (West: 1,2 %).

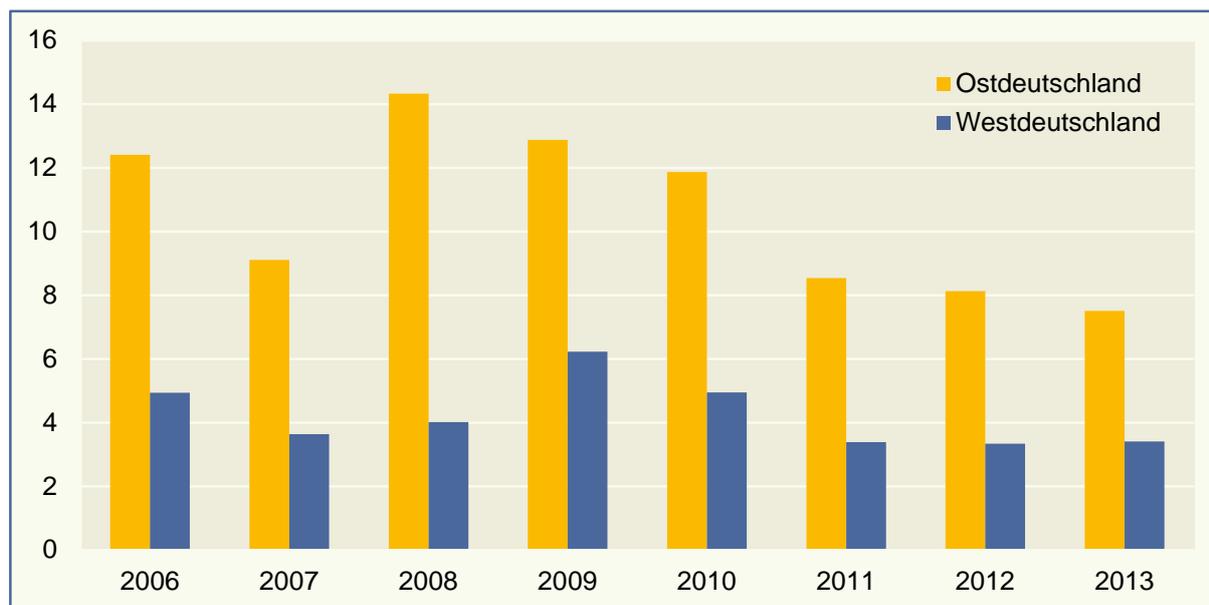
Ein Großteil der von den Unternehmen nachgefragten Berufe betrifft Einsatzgebiete in der Produktion und Fertigung (vgl. Tabelle A 6 im Anhang). Die meisten gemeldeten Arbeitsstellen gab es 2013 im Bereich der Mechatronik-, Energie- und Elektrobe- rufe. In Ostdeutschland entfielen hierauf 5.464 Stellen, was 6,7 Prozent aller gemel- deten Arbeitsstellen gleichkommt (West: 25.483 Stellen oder 7,3 %). An zweiter Stelle folgen Berufe der Metallherzeugung, -bearbeitung und des Metallbaus. Unter den Berufen aus dem Bereich Gesundheit, Soziales, Lehre und Erziehung vereinen die medizinischen Gesundheitsberufe die meiste Nachfrage auf sich. Ihr Anteil an allen gemeldeten Arbeitsstellen war in Ostdeutschland mit 6,3 Prozent etwas höher als in Westdeutschland (6,1 %). Mit den Verkaufsberufen und den Verkehr- und Logistikberufen folgen zwei weitere Berufe aus der Dienstleistungsbranche. Insgesamt entfallen auf die in Tabelle A 6 aufgeführten Berufe in beiden Landesteilen mehr als die Hälfte aller gemeldeten Arbeitsstellen.

7 Passgenauigkeit von nicht realisiertem Angebot und nicht realisierter Nachfrage

Kapitel 5 und Kapitel 6 hatten eine umfangreiche Analyse von nicht realisiertem An- gebot und nicht realisierter Nachfrage zum Inhalt. Um die Hemmnisse auf beiden Marktseiten zu identifizieren, die einer umfassenden Potenzialnutzung entgegenste- hen, werden diese beiden Seiten nun zusammengeführt (vgl. Abbildung 1).

Setzt man das ungenutzte Arbeitskräftepotenzial aus Kapitel 2 ins Verhältnis zu den am ersten Arbeitsmarkt angebotenen Stellen gemäß der IAB-Stellenerhebung, so ergibt sich 2012 für Ostdeutschland eine Relation von 12:1 (West: 6:1). Der gesam- te Pool, aus dem Unternehmen ihre Arbeitskräfte rekrutieren können, ist damit pro Stelle in den neuen Bundesländern doppelt so hoch wie in den alten. Dieses Bild ergibt sich auch 2013, wenn man noch eine Ebene tiefer geht und nur die Unterbe- schäftigten den offenen Stellen gegenüber stellt (vgl. Abbildung 19). Im Zeitverlauf zeigt sich zudem, dass das Verhältnis in Ostdeutschland schneller sinkt als in den alten Bundesländern. Das dürfte allerdings auch am höheren Ausgangsniveau lie- gen. Während 2006 in Ostdeutschland zwölf Unterbeschäftigte je offene Stelle ge- zählt wurden, waren es in Westdeutschland fünf. 2013 lag das Verhältnis in Ost- deutschland bei 7,5:1 (West: 3,4:1). In Ostdeutschland war das der niedrigste Wert seit 2006. Ein sehr ähnliches Bild ergibt sich, wenn Arbeitslose und sofort zu beset- zende Stellen gegenübergestellt werden.

Abbildung 19
Verhältnis von Unterbeschäftigten zu offenen Stellen in Ost- und Westdeutschland 2006 bis 2013



Quelle: IAB-Stellenerhebung, Statistik der BA; eigene Berechnungen.

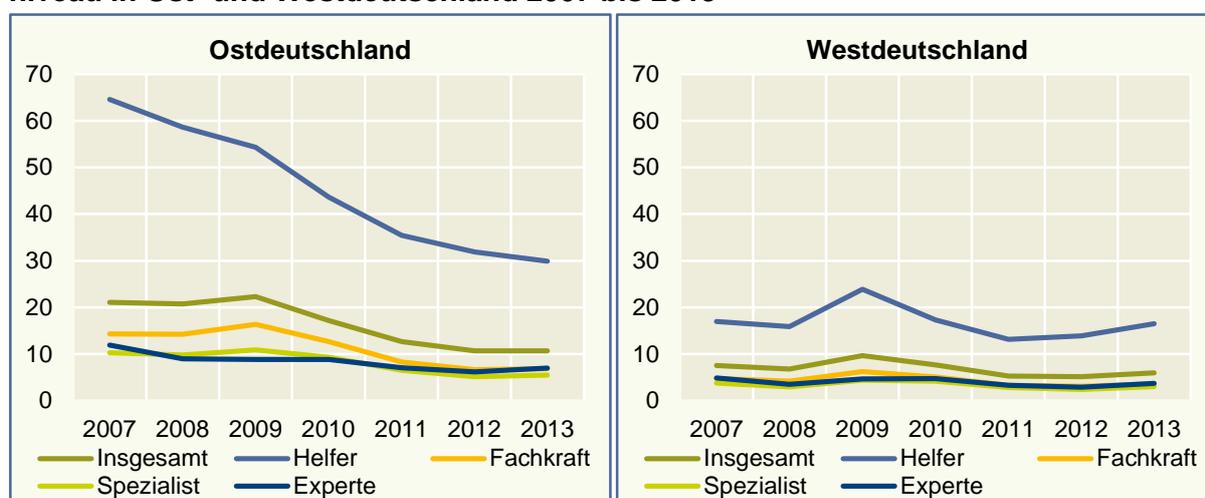
Unabhängig davon, wie das verfügbare Potenzial approximiert wird, zeigt sich, dass in Ostdeutschland rein quantitativ ein höheres Arbeitskräfteangebot auf die Arbeitskräftenachfrage trifft. Im zeitlichen Verlauf ist dieses höhere Arbeitskräfteangebot aber stärker zurückgegangen als in den alten Bundesländern. Die Frage, die sich dennoch stellt, ist, ob beide Marktseiten in Ostdeutschland möglicherweise schwieriger zusammenfinden. Deshalb gilt es die Strukturen auf der Angebots- und Nachfrageseite nach detaillierten Merkmalen gegenüberzustellen.

Im Hinblick auf die gewünschte Arbeitszeit gibt es vor allem in Ostdeutschland strukturelle Unterschiede zwischen Angebot und Nachfrage. Während sich 90,7 Prozent der Arbeitslosen 2013 in Ostdeutschland eine Vollzeitstelle wünschten, boten sich im Potenzial der Arbeitsstellen, die bei der BA gemeldet waren, nur 71,2 Prozent Vollzeitstellen. Setzt man die absolute Anzahl der Arbeitslosen mit Vollzeitwunsch in Bezug zu den gemeldeten Vollzeitstellen, lag das Verhältnis 2013 bei 14:1 (West: 7:1). Aus dieser Perspektive ist die Situation in Ostdeutschland für Unternehmen auf Personalsuche insgesamt günstiger als in den alten Ländern.

Die Betrachtung nach dem berufsfachlichen Anforderungsniveau offenbart in beiden Landesteilen einen Mismatch zwischen nicht realisiertem Arbeitskräfteangebot und nicht realisierter Arbeitskräftenachfrage. Wie bereits in Kapitel 6 deutlich wurde, sind die Unterschiede im Anforderungsprofil der offenen Stellen zwischen Ost- und Westdeutschland nur sehr gering. Bezüglich des Anforderungsprofils der Arbeitslosen sind ostdeutsche Arbeitslose im Schnitt allerdings etwas besser qualifiziert. Bringt man, getrennt für jedes Anforderungsniveau, beide Seiten des Arbeitsmarktes zusammen, fällt jedoch auf, dass für Arbeitsstellen, für die Helfertätigkeiten verlangt werden, wesentlich mehr Arbeitslose gemeldet sind als für qualifizierte Tätigkeiten

(vgl. Abbildung 20). In Ostdeutschland kamen 2013 insgesamt 11 Arbeitslose auf eine Arbeitsstelle. Das Verhältnis von Arbeitslosen zu gemeldeten Arbeitsstellen für Helfertätigkeiten war mit 30:1 knapp dreimal größer. Im Gegensatz dazu lag das Verhältnis für Spezialisten bei 5:1. In Westdeutschland fallen die Relationen zwischen Arbeitslosen und Arbeitsstellen zwar durchweg geringer aus. So kamen 2013 insgesamt nur sechs Arbeitslose auf eine Arbeitsstelle. Bezogen auf die Anforderungsprofile sind die Strukturen aber identisch: Das Verhältnis für Helfertätigkeiten lag bei 16:1, für Spezialisten aber bei 3:1 und für Fachkräfte und Experten bei 4:1. Damit sind für Westdeutschland bei den Spezialisten Hinweise auf Engpässe gegeben.²⁶

Abbildung 20
Verhältnis von Arbeitslosen zu gemeldeten Arbeitsstellen nach dem Anforderungsniveau in Ost- und Westdeutschland 2007 bis 2013



Quelle: Statistik der BA; eigene Berechnungen.

Die Betrachtung über die Zeit macht für Ostdeutschland eine starke Abnahme der Verhältnisse von Arbeitslosen zu gemeldeten Arbeitsstellen sichtbar. Die größte Gruppe der ostdeutschen Arbeitslosen stellen Fachkräfte (43,8 %). In diesem Anforderungsprofil halbierte sich das Verhältnis Arbeitslose je Arbeitsstelle von 2007 zu 2013. Auch bei der zweitgrößten Gruppe, den Helfern, die 2007 noch ein Arbeitslosen-Arbeitsstellen-Verhältnis von 65:1 aufwies, ist ein kontinuierlicher Rückgang festzustellen. Dabei war die Zahl der Arbeitslosen wenig rückläufig (-5,4 %). Vielmehr hat die Zahl der offenen Stellen für Helfer in Ostdeutschland sehr stark zugenommen (+104,4 %). Zwischen 2007 und 2013 hat sich damit das Verhältnis von Arbeitslosen zu Arbeitsstellen insgesamt halbiert. Das trifft auch für die in der Gruppe der Arbeitslosen unterrepräsentierten Spezialisten und Experten zu. In Westdeutschland hingegen blieben die anforderungsspezifischen Relationen über die

²⁶ Das Verhältnis von Arbeitslosen zu Arbeitsstellen wird im Rahmen der Engpassanalyse der BA als ein ergänzender Indikator herangezogen. Ein Engpass liegt demgemäß dann vor, wenn auf eine gemeldete Arbeitsstelle nur drei oder weniger Arbeitslose gemeldet sind (vgl. Hartmann/Reimer 2011).

Zeit hinweg recht konstant. Ostdeutschland nähert sich somit insofern den westdeutschen Verhältnissen an, als es auch in den neuen Bundesländern zunehmend schwieriger wird, die Stellen für qualifizierte Personen aus dem Potenzial der Arbeitslosen direkt zu besetzen.

Tabelle 6 geht noch eine Ebene tiefer und betrachtet das Verhältnis von Arbeitslosen zu gemeldeten Arbeitsstellen unter dem Gesichtspunkt des Zielberufes. Hierbei sind nur diejenigen Berufe aufgeführt, welche mindestens einen Anteil von 2 Prozent an den der BA gemeldeten Arbeitsstellen oder Arbeitslosen haben. In nahezu allen Berufen war das Verhältnis von Arbeitslosen zu gemeldeten Arbeitsstellen 2013 niedriger als noch 2007. Dieser Rückgang war in Ostdeutschland besonders ausgeprägt. Trotzdem lag in fast allen aufgeführten Berufsordnungen die Arbeitslosen-Stellen-Relation 2013 immer noch über derjenigen der alten Länder. Strukturell unterscheiden sich die Zielberufe der Arbeitslosen bzw. gemeldeten Arbeitsstellen in Ost- und Westdeutschland hingegen wenig (vgl. dazu auch Brenke 2011). Auch hinsichtlich der Berufe, in denen die Arbeitslosen-Stellen-Relation überdurchschnittlich hoch ist, also Angebot und Nachfrage schlechter zusammenpassen, gibt es nur geringe Unterschiede zwischen den alten und neuen Ländern. Wiederum existiert hierbei der bereits erwähnte Niveauunterschied.

Der quantitative Abgleich macht in mehrfacher Hinsicht deutlich, dass auf der Arbeitsangebotsseite – trotz eines stärkeren Rückgangs in den vergangenen Jahren – das verfügbare Potenzial an Arbeitskräften in Ostdeutschland größer ist als in Westdeutschland. Die Nachfrage nach Arbeitskräften, respektive die Zahl der gemeldeten Arbeitsstellen, stieg in Ostdeutschland zwischen 2007 und 2013 mit einer Wachstumsrate von 33,4 Prozent wesentlich stärker an als in Westdeutschland (6,6 %). Als Folge sank das Verhältnis von nicht realisiertem Arbeitsangebot zu nicht realisierter Arbeitsnachfrage, erreicht aber noch nicht das westdeutsche Verhältnis. Detaillierte Analysen nach dem Arbeitszeitwunsch, dem Anforderungsprofil und dem Zielberuf liefern im Wesentlichen dasselbe Bild.

Bezogen auf die Gesamtstruktur von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage lassen sich damit keine Engpässe erkennen, die speziell in Ostdeutschland zum Tragen kommen. Nach allen hier quantitativ ausgewerteten Merkmalen ist der Arbeitskräfteüberhang immer noch ausgeprägt. Auf der Seite der Bewerber ist eine umfassende Potenzialnutzung also weiterhin durch ein, im Vergleich zu Westdeutschland, nicht ausreichendes Stellenangebot gehindert. Umgekehrt bedeutet dies für die Unternehmen, dass in quantitativer Hinsicht besondere Hemmnisse, die einer umfassenden Potenzialnutzung in den neuen Bundesländern entgegenstehen, zunächst auszuschließen sind. Dennoch sehen sich die ostdeutschen Unternehmen aufgrund der insgesamt sinkenden Auswahlmöglichkeiten zunehmenden Schwierigkeiten bei den Stellenbesetzungsprozessen ausgesetzt. Indikatoren hierfür bieten Auswertungen der Betriebsbefragungen des IAB.

Tabelle 6
Verhältnis von Arbeitslosen und gemeldeten Arbeitsstellen in Ost- und Westdeutschland nach Berufen 2007 und 2013

Zielberuf	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	2007	2013	VÄ	2007	2013	VÄ
71 Berufe Unternehmensführung,-organisation	30,9	16,5	-14,3	11,1	9,5	-1,7
34 Gebäude- u. versorgungstechnische Berufe	19,5	13,3	-6,2	5,4	3,5	-1,9
62 Verkaufsberufe	29,4	10,8	-18,6	10,3	5,2	-5,1
52 Führer von Fahrzeug- u. Transportgeräten	14,6	9,9	-4,7	5,5	6,3	0,8
32 Hoch- und Tiefbauberufe	28,9	9,6	-19,3	6,1	3,3	-2,8
83 Erziehung, soz., hauswirt. Berufe, Theologie	55,5	9,1	-46,4	13,3	3,2	-10,1
33 (Innen-)Ausbauberufe	18,3	7,9	-10,5	4,8	3,2	-1,6
61 Einkaufs-, Vertriebs- und Handelsberufe	8,1	6,7	-1,4	3,4	4,2	0,8
63 Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	16,1	6,7	-9,4	5,1	4,0	-1,1
51 Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführ.)	15,1	5,9	-9,1	3,2	3,8	0,6
29 Lebensmittelherstellung u. -verarbeitung	16,7	5,4	-11,3	3,7	2,7	-1,1
25 Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	7,2	4,9	-2,3	2,1	2,5	0,4
92 Werbung, Marketing, kaufm. red. Medienberufe	1,6	2,8	1,2	1,3	3,1	1,8
24 Metallherzeugung,-bearbeitung, Metallbau	3,4	2,7	-0,7	1,2	1,7	0,4
81 Medizinische Gesundheitsberufe	7,4	2,3	-5,1	5,2	1,7	-3,5
Insgesamt	13,7	6,7	-7,0	4,7	3,5	-1,1

Anm.: Nur das Anforderungsniveau der Fachkräfte, Spezialisten und Experten berücksichtigt.

Quelle: Statistik der BA; eigene Berechnungen.

Auswertungen der IAB-Stellenerhebung signalisieren seit 2009 sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland eine partielle Arbeitsmarkttension (vgl. Kubis u. a. 2013a). Ein Vergleich der Vakanzraten²⁷ der jeweils vierten Quartale 2010, 2011 und 2012 macht jedoch deutlich, dass die ungedeckte Arbeitsnachfrage auf dem ersten Arbeitsmarkt in Ostdeutschland noch nicht die Ausmaße angenommen hat wie in Westdeutschland: Die Vakanzrate stieg in den drei Jahren in den neuen Ländern von 1,8 auf 2,5 Prozent. In den alten Bundesländern sank sie – nach einem Anstieg von 2,8 auf 3,3 Prozent – wieder auf 2,8 Prozent (Kubis u. a. 2013b: 81).

Gleichermaßen zeigen Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel, dass Betriebe in beiden Landesteilen zunehmend Schwierigkeiten haben, für die angebotenen Stellen aus ihrer Sicht geeignete Bewerber zu finden. Die Nichtbesetzungsquote für Fachkräftestellen²⁸ erhöhte sich in den ostdeutschen Betrieben zwischen 2005 und 2012 von 9 Prozent auf 25 Prozent, in den westdeutschen Betrieben stieg sie von

²⁷ Für die Berechnung der Vakanzrate werden die sofort zu besetzenden Stellen ins Verhältnis zur gesamten Arbeitskräftenachfrage gesetzt. Sie ist definiert als der prozentuale Anteil der sofort zu besetzenden Stellen an der Summe aus den sofort zu besetzenden Stellen und den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (Kubis u. a. 2013a: 27).

²⁸ Die Nichtbesetzungsquote für Fachkräftestellen ist definiert als Anteil der nicht besetzten Stellen an allen für Fachkräfte angebotenen Arbeitsplätzen (erfolgte Einstellungen plus nicht besetzte Stellen) (Dahms u. a. 2013: 70). Als Fachkräfte werden dabei alle Beschäftigten mit mindestens einer abgeschlossenen Berufsausbildung betrachtet (Dahms u. a. 2013: 67).

12 Prozent auf ebenfalls 25 Prozent. Gemessen an der Nichtbesetzungsquote ist die Fachkräftesituation in Ostdeutschland damit mittlerweile ähnlich zu bewerten wie in Westdeutschland. Jedoch bleibt zu betonen, dass auch im letzten Jahr die große Mehrheit der angebotenen Stellen besetzt werden konnte (vgl. Dahms u. a. 2013: 70 f.). Die Ergebnisse des IAB-Betriebspanels von 2008 verdeutlichen weiterhin, dass die Nichtbesetzungsquote mit zunehmenden Qualifikationsanforderungen steigt. Sie lag in Ostdeutschland bei Fachhoch-/Hochschulabsolventen bei 31 Prozent, bei Arbeitsplätzen für Mitarbeiter mit Berufsabschluss bei 16 Prozent (Wahse/Dahms 2008: 41). Große Unterschiede gibt es auch zwischen den verschiedenen Branchen. So lag 2011 die Nichtbesetzungsquote z. B. in den forschungs- und entwicklungsintensiven Branchen des Verarbeitenden Gewerbes und der unternehmensnahen Dienstleistungen in Ostdeutschland bei 30 Prozent. Zudem waren Großbetriebe bei der Besetzung von Fachkräftestellen erfolgreicher als Kleinst- und Kleinbetriebe.

Nicht nur die Schwierigkeiten, einen geeigneten Bewerber zu finden, haben zugenommen, sondern auch die durchschnittliche Dauer der Personalsuche (vgl. dazu Brenzel u. a. 2013 und Dietz u. a. 2013). Aufgrund des großen Angebots an Bewerbern waren die Besetzungszeiten einer offenen Stelle in Ostdeutschland im Durchschnitt kürzer als in Westdeutschland. Erst in den letzten Jahren ist laut den Angaben aus der IAB-Stellenerhebung zwischen Ost und West eine Angleichung im Niveau zu beobachten (vgl. Tabelle A 7 im Anhang und Brenzel u. a. 2013). In beiden Landesteilen verlängert sich mit zunehmenden Qualifikationsanforderungen der offenen Stelle die tatsächliche Besetzungsdauer.

Die zunehmenden Besetzungsschwierigkeiten führen unter anderem dazu, dass die Betriebe die Personalsuche abbrechen müssen. Im Jahr 2011 war dies bei 18 Prozent aller Betriebe der Fall (2010: 14 %), wobei keine nennenswerten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland bestehen (Brenzel u. a. 2012: 7). Die betrieblichen Reaktionen auf den Abbruch von Suchvorgängen unterscheiden sich allerdings zum Teil: Ein deutlich höherer Anteil der ostdeutschen Betriebe hat als Reaktion auf den Abbruch von Suchvorgängen technische/organisatorische Änderungen vorgenommen, wohingegen relativ mehr westdeutsche Betriebe auf Aufträge verzichtet haben (vgl. Tabelle A 8 im Anhang).

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass sich in Ostdeutschland Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage wesentlich stärker aufeinander zubewegen als in Westdeutschland. Dennoch hat die Situation den meisten quantitativen Indikatoren nach noch nicht die westdeutschen Verhältnisse erreicht, die dort schon seit mehreren Jahren auf eine Anspannung hinweisen. Eine umfassende Nutzung des vorhandenen Arbeitskräftepotenzials wird damit von den Betrieben zwar als zunehmend schwierig eingestuft, was diese angesichts der Ergebnisse des quantitativen Abgleichs derzeit aber noch nicht vor so große Herausforderungen stellen sollte wie die Betriebe in Westdeutschland. Dennoch existieren Hemmnisse, die den Aus-

gleich von Angebot und Nachfrage (speziell) in Ostdeutschland erschweren. Sie werden im nachfolgenden Kapitel diskutiert.

8 Potenzielle Hemmnisse

Ein grundlegendes Hemmnis für die Passgenauigkeit von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt, das in dieser Ausprägung nur in Ostdeutschland existiert, liegt in der **räumlichen Struktur** begründet. In den neuen Bundesländern gibt es mehr ländliche Räume und nur drei Großstädte mit mehr als 500 Tausend Einwohnern. Im ländlichen Raum ist die Mobilität von Arbeitskräften außerdem eingeschränkter als in Agglomerationsräumen. Mobilität gilt jedoch als ein wichtiger Ausgleichsmechanismus zur Überwindung regionaler Disparitäten am Arbeitsmarkt. Hauptmobilitätshemmnis dürfte die, zumindest nach aggregierten Indikatoren, schlechtere Erreichbarkeit von Wirtschaftszentren in Ostdeutschland sein. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR 2012) z. B. stellt die durchschnittlichen PKW-Fahrzeiten zum nächsten Mittel- und Oberzentrum, zu den nächsten drei Agglomerationen oder zum nächsten IC/ICE-Bahnhof kreisscharf zur Verfügung. Der Vergleich der Mittelwerte und Mediane (über alle Ost- bzw. Westkreise) für all diese Indikatoren bescheinigt den Menschen in den ostdeutschen Regionen längere Fahrzeiten.

Ein weiterer Punkt, der bereits in Kapitel 4.2 angesprochen wurde, ist, dass rund drei Viertel der Arbeitslosen in den neuen Bundesländern im Rechtskreis des SGB II betreut werden (West: 67,0 %). Neben möglichen Stigmatisierungen, die einer erfolgreichen Integration im Wege stehen, weisen die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) jedoch, zumindest im Aggregat, auch Strukturmerkmale auf, die eine erfolgreiche Einmündung in den Arbeitsmarkt erschweren. Diese können, vor allem auch im Vergleich zu bzw. im Wettbewerb mit den meist arbeitsmarktnäheren Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III, ein Hemmnis darstellen.

Allem voran ist hier die **Verweildauer im Leistungsbezug** anzuführen. Empirische Untersuchungen belegen einen negativen Zusammenhang zwischen der Dauer des Leistungsbezugs und der Chance einer erfolgreichen Einmündung in den Arbeitsmarkt (vgl. z. B. Arntz/Wilke 2009). Als möglicher Grund hierfür wird die Dequalifizierung während der Arbeitslosigkeit, d. h. die Entwertung des Humankapitals (formale und weiche Skills) angeführt. Der Blick auf die Verweildauern im SGB II im Dezember 2012 zeigt, dass über 80 Prozent der eLb in Ostdeutschland bereits ein Jahr und länger leistungsberechtigt sind (West: 76,8 %).²⁹ Über die Hälfte von ihnen hat die Hilfebedürftigkeit sogar vier Jahre und länger nicht überwinden können (West: 46,1 %). Diese langen Bezugsdauern und die damit einhergehende Dequalifizierung sind insbesondere für die älteren eLb problematisch. Bei den über 50-Jährigen, zu

²⁹ Grundlage sind hier die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Bestand; die Verweildauern werden für die 31 Tage Unterbrechungsgrenze ausgewiesen.

denen gut 30 Prozent der ostdeutschen eLb zählen (West: 26,6 %), waren es mehr als zwei Drittel, die den Leistungsanspruch vier Jahre und länger nicht mehr verlassen haben (West: 60,0 %). Neben dem Alter und dem Langzeitleistungsbezug sieht sich diese Gruppe hiernach besonders häufig auch mit der Entwertung möglicher vorhandener **Qualifikationen** als weiterem Hemmnis konfrontiert.

Während bei den Älteren die Verweildauer in Erwerbslosigkeit die Qualifikation mindert, weisen viele der arbeitslosen Jüngeren noch keine oder nur eine geringe (formale) Qualifikation auf. Es mangelt vielfach an einem adäquaten Schulabschluss. 8,5 Prozent der ostdeutschen Schulabgänger/-absolventen des Jahrgangs 2012 erreichten keinen Hauptschulabschluss (West: 5,0 %). Hierbei gilt es allerdings zu berücksichtigen, dass das Gros dieser Schulabgänger nicht, wie sich vielleicht vermuten ließe, zuvor eine Hauptschule besuchte, sondern den Förderschulen entstammt. In den neuen Bundesländern waren es 58,5 Prozent, in den alten 56,0 Prozent der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss, die zuvor eine Förderschule besuchten.

Anders als in den alten Bundesländern blieb der Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss, ebenso wie jener der Schulabgänger mit Hauptschulabschluss, an allen Absolventen in Ostdeutschland zwischen 2007 und 2012 allerdings nahezu konstant. Bedingt durch die stark rückläufige Gesamtabsolventenzahl bedeutet dies zwar, dass 2012 absolut weniger Schüler in den neuen Ländern die Schule ohne Abschluss verließen als noch 2007. Im Gegensatz zu den Absolventen mit Realschulabschluss, deren Zahl proportional noch stärker zurückgeht als die der Gesamtabsolventen, oder den Absolventen mit Hochschulreife, bei denen der Rückgang unterproportional ausfällt, ist hier jedoch keinerlei strukturelle Verschiebung zu beobachten. Die Polarisierung bei den Schulabschlüssen – Abgänger ohne Abschluss auf der einen und Abgänger mit Studienberechtigung auf der anderen Seite – scheint sich in den neuen Ländern zumindest im Aggregat verfestigt zu haben bzw. nimmt sogar zulasten der mittleren Schulabschlüsse weiter zu. Gepaart mit der zunehmenden Studierneigung und der scheinbar nach wie vor geringen Bereitschaft bzw. (subjektiv) nicht vorhandenen Möglichkeit der Arbeitgeber, schulleistungsschwächeren Jugendlichen eine Perspektive zu eröffnen, dürfte dies auch ein Grund für den zum Teil proklamierten Engpass an (geeigneten) Lehrstellenbewerbern sein. Da eine nachhaltige Arbeitsmarktintegration ohne berufsqualifizierenden Abschluss schwierig ist, stellen insbesondere die schulleistungsschwachen Jugendlichen gegenwärtig ein Potenzial dar, welches sich – bei ausbleibenden Integrationsbemühungen und -erfolgen – in naher Zukunft durchaus zu einem Hemmnis entwickeln kann (vgl. auch Klemm 2010).

Ein weiteres mögliches Hemmnis zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit hängt mit der Lohnhöhe zusammen, denn die **Entgelte** sind in den neuen Bundesländern im Vergleich zu den Leistungen **weniger anreizkompatibel** als in den alten Bundesländern. Wird unterstellt, dass der Reservationslohn – also jenes Einkommen, das eine Erwerbperson für die Arbeitsaufnahme mindestens verlangt – primär auch

durch die Höhe der Entgeltersatzleistungen wie dem Arbeitslosengeld II bestimmt wird, so fällt der Abstand zwischen Reservationslohn und dem tatsächlich am regionalen Arbeitsmarkt erzielbaren Einkommen in Ostdeutschland niedriger aus. Das monatliche (Median-)Bruttoarbeitsentgelt der sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) lag in den neuen Bundesländern auch 2012 noch 25,6 Prozent unter demjenigen in Westdeutschland (Ost: 2.248 Euro, West: 3.022 Euro). Ein derartiger Unterschied wird aber bei den Bedarfen der Erwerbslosen und den ausbezahlten Grundsicherungsleistungen nicht ersichtlich. Einzig bei den gewährten Kosten der Unterkunft ergeben sich größere Differenzen zwischen den beiden Landesteilen. So erhielt z. B. eine Single-Bedarfsgemeinschaft in den neuen Bundesländern 2012 mit knapp 558 Euro „nur“ um ca. 7 Prozent geringere Leistungen als eine Bedarfsgemeinschaft des gleichen Typus in den alten Bundesländern (598 Euro). Hierbei muss berücksichtigt werden, dass es sich um Nettoleistungen handelt. Um diese einem besseren Vergleich mit am Arbeitsmarkt in den neuen bzw. alten Ländern realisierbaren Nettoentgelten unterziehen zu können, wird im Folgenden auf Simulationsrechnungen des Statistischen Bundesamtes (2013) zurückgegriffen. Hiernach verdiente ein lediger männlicher Vollzeitbeschäftigter der Leistungsgruppe 5 (ungelernte Tätigkeiten) 2012 in Westdeutschland im Durchschnitt 1.466 Euro/Monat, in den neuen Ländern hingegen 1.222 Euro/Monat – also gut 16,5 Prozent weniger. Das führt dazu, dass die Nettoleistungen für die Single-Bedarfsgemeinschaft in Ostdeutschland knapp 46 Prozent des Durchschnitts-Nettoeinkommens entsprechen. Der Vergleichswert für Westdeutschland liegt hingegen bei ca. 41 Prozent. Noch gravierender ist dieser Effekt bei den Alleinerziehenden. Der Quotient aus Durchschnitts-Nettoleistung für diesen Bedarfsgemeinschafts-Typus und Durchschnitts-Nettoeinkommen für alleinerziehende Mütter mit einem Kind (sonst wie zuvor) liegt in den neuen Ländern bei knapp 60 Prozent (West: 53,7 %). Stellt man die im Falle einer Beschäftigungsaufnahme noch zusätzlich anfallenden Betreuungs- und Mobilitätskosten mit in Rechnung, dürfte die Aufnahme einer Erwerbstätigkeit – zumindest unter monetären Gesichtspunkten – daher kaum zu einer Verbesserung der Haushaltssituation führen.

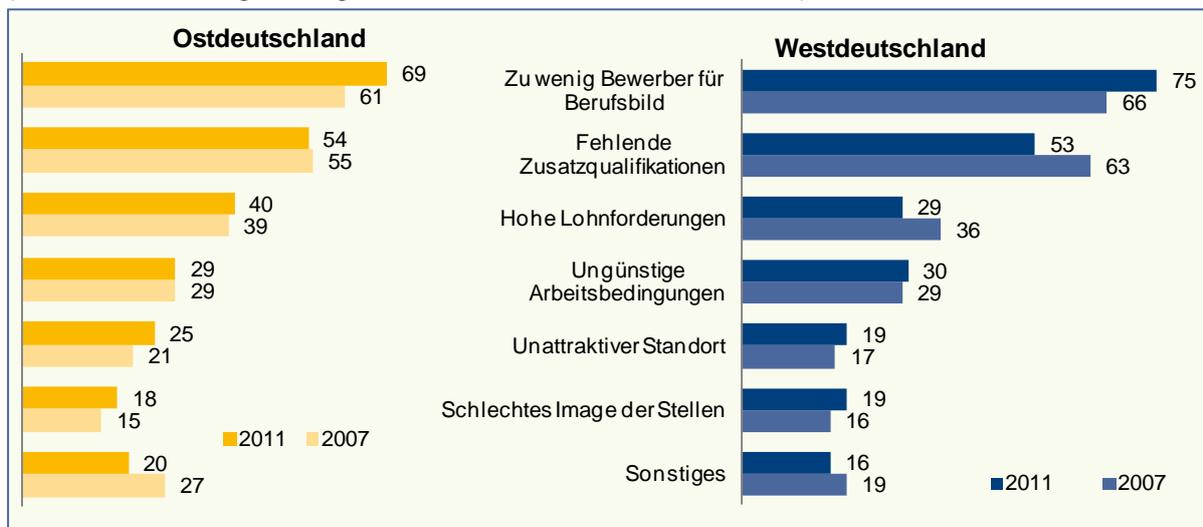
Die Geschwindigkeit, mit der sich die Umbrüche am Arbeitsmarkt gegenwärtig vollziehen, stellt aktuell und noch stärker in naher Zukunft ein Risiko insbesondere für die neuen Bundesländer dar. Ein nicht zu unterschätzendes Hemmnis ist daher die gegebenenfalls zu **langsame Anpassungsfähigkeit der ostdeutschen Betriebe** an die sich ändernden Rahmenbedingungen. Denn der aus betrieblicher Sicht vorteilhafte Überschuss an Arbeitskräften, wie er lange in den neuen Bundesländern vorherrschte, hat, wie Lutz (2010: 48) in einer Untersuchung zur Fachkräftethematik in Ostdeutschland schreibt, dazu geführt, „dass [...] die meisten Betriebe sich kaum ernsthaft um personalpolitische Problemlagen zu kümmern hatten, dass personalpolitische Fragen ohne akute Risiken für den Betrieb als Nebensache behandelt werden durften und dass entsprechende Entscheidungen, wann immer sie anstanden, sehr kurzfristig, fallweise und improvisiert getroffen werden konnten.“ Die Konsequenz kann daher nur sein, mehr Ressourcen in eine aktive, vorausschauende Per-

sonalpolitik zu investieren. Indizien dafür, dass dies bislang noch nicht bzw. noch nicht ausreichend geschehen zu sein scheint, finden sich im IAB-Betriebspanel. Dieses lässt erkennen, wo Betriebe mit Stellenbesetzungsschwierigkeiten die Ursachen hierfür sehen und welche Strategien sie zum Gegensteuern verfolgen.

2007 und 2011 wurden jene Betriebe, die angaben, in den kommenden zwei Jahren Fachkräfte einstellen zu wollen und die Schwierigkeiten bei der Besetzung dieser Fachkräftestellen befürchteten, gebeten, anhand einer Liste von sieben Gründen anzugeben, warum sie mit Besetzungsproblemen rechnen (vgl. Abbildung 21). Diese Gründe lassen sich grob danach unterscheiden, ob sie externer (Mangel an Bewerbern und an Zusatzqualifikationen) oder betriebs-/stellenspezifischer Natur sind (z. B. Arbeitsbedingungen, Image, Lohnforderungen). Während erstere (vermeintlich) außerhalb der Einflussphäre der Betriebe liegen, könn(t)en letztere unmittelbar von ihnen beeinflusst werden.

Sowohl 2007 als auch 2011 wurden in Ost- wie Westdeutschland die beiden **exogenen Faktoren am häufigsten als Gründe für die befürchteten Besetzungsschwierigkeiten** genannt. 69 Prozent der ostdeutschen und drei Viertel der westdeutschen Betriebe, die in den kommenden zwei Jahren die Einstellung von Fachkräften planen und hierbei Probleme befürchten, gaben 2011 eine zu geringe Bewerberzahl als starke bzw. sehr starke (erwartete) Erschwerung der Stellenbesetzung an. Auch 2007 rangierte dieser Grund, wenn auch in der Höhe etwas geringer, auf dem ersten Platz. Auswertungen aus der IAB-Stellenerhebung stützen dieses Bild (vgl. Tabelle A 9 im Anhang). Ein möglicher Grund für die Befürchtungen, nicht genügend Bewerber zu finden, kann das vermutlich zwischen ost- und westdeutschen Betrieben variierende Verständnis von „zu wenig“ sein. Wenn aufgrund des relativ größeren Angebots an Arbeitskräften in Ostdeutschland stets eine Vielzahl an Bewerbungen für vakante Stellen einging und diese sich nun auf eine überschaubarere Menge reduzieren, kann dies nach dem Verständnis ostdeutscher Personalverantwortlicher bereits als „zu wenige Bewerber“ angesehen werden, während die gleiche Menge in Betrieben in den alten Bundesländern eben noch als ausreichend erachtet wird. Eine Möglichkeit für die ostdeutschen Betriebe, den Veränderungen am Arbeitsmarkt zu begegnen, könnte in dieser Hinsicht bei einer Optimierung der Such- und Besetzungswege bei der Personalrekrutierung liegen. Sie nehmen zwar verhältnismäßig mehr Suchwege in Anspruch als die westdeutschen Betriebe. Manche von ihnen, wie z. B. das Schalten von Stellenangeboten in Internet-Stellenbörsen, führen aber eher für die westdeutschen Betriebe zum Erfolg (vgl. Brenzel u. a. 2012 und Tabelle A 7 im Anhang).

Abbildung 21
Gründe für Besetzungsprobleme von Fachkräftestellen in den nächsten 2 Jahren in Ost- und Westdeutschland 2011
 (Mehrfachnennungen möglich, Betriebe mit Fachkräftebedarf)



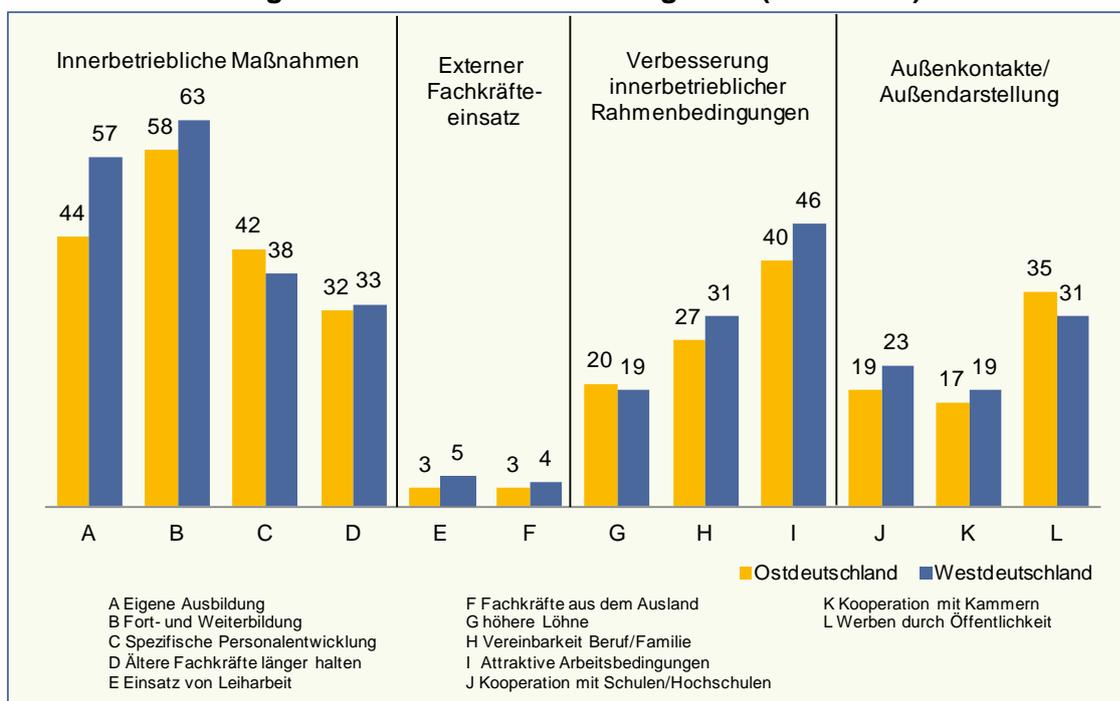
Quelle: Sonderauswertung des IAB-Betriebspanels, Welle 2011; eigene Darstellung.

Erst mit einigem Abstand folgt die Höhe der Lohnforderungen als erstes **betrieblich determinierbares Hemmnis**. Interessanterweise wurde es von den Betrieben in den alten Bundesländern 2011 seltener genannt als noch 2007. Dies kann ein Indiz dafür sein, dass entweder die Lohnforderungen der Stellenbewerber dort nicht so hoch ausfielen wie zunächst von den Betrieben befürchtet. Oder aber, dass die Betriebe bei enger werdendem Arbeitsmarkt nun bereits von Beginn an mit höheren Lohnofferten kalkulieren, sofern sie die Einstellung von Fachkräften anstreben. In Ostdeutschland scheint bislang weder das eine noch das andere der Fall zu sein. Die Befürchtung (zu) hoher Lohnforderungen übersteigt sogar die westdeutschen Vergleichswerte. Hierbei ist zu beachten, dass die Medianlöhne in Ostdeutschland immer noch deutlich niedriger ausfallen als in Westdeutschland. In den neuen Bundesländern verdienten sozialversicherungspflichtige Vollzeitbeschäftigte (ohne Auszubildende) 2012 im Mittel monatlich 2.248 Euro brutto (West: 3.022 Euro). Dies entspricht rund 74 Prozent des Westniveaus.³⁰ Ein Grund für die geringeren Verdienste dürfte die geringere Tarifbindung der ostdeutschen Betriebe sein. Insgesamt arbeiteten 2011 rund 54 Prozent der westdeutschen und etwa 37 Prozent der ostdeutschen Beschäftigten in Betrieben, die einem Branchentarif unterliegen (vgl. Ellguth/Kohaut 2012). Dies kann zu weiteren Nachteilen für die Mitarbeiter etwa bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder Arbeitszeitregelungen führen.

³⁰ Betrachtet nach dem Berufsabschluss variiert diese Relation leicht. So lag das Medianentgelt der Beschäftigten ohne beruflichen Abschluss in Ostdeutschland bei 74 Prozent des westdeutschen Durchschnitts (Ost: 1.822 Euro, West: 2.446 Euro). Die Relation bei den Beschäftigten mit anerkanntem Berufsabschluss betrug 71 Prozent (Ost: 2.142 Euro, West: 3.010 Euro), bei den Beschäftigten mit akademischem Abschluss 77 Prozent (Ost: 3.923 Euro, West: 5.064 Euro).

Unterschiede im Personalmanagement gibt es beim **Einsatz von betrieblichen Maßnahmen zur Fachkräftesicherung**. Jene Betriebe, die angaben, in den kommenden zwei Jahren Fachkräfte einstellen zu wollen und die hierbei Probleme befürchteten, wurden im Betriebspanel 2011 auch dazu befragt, welche Strategien sie verfolgen, um ihren Fachkräftebestand zu sichern und ihren zukünftigen Fachkräftebedarf zu decken. Die Palette der abgefragten Strategien ist breit und reicht von innerbetrieblichen Strategien der Personalpolitik bis hin zu Außenkontakten und der Außendarstellung des Betriebes. Abbildung 22 zeigt, welche Strategien Betriebe in Ost- und Westdeutschland wählen, die bei Stellenbesetzungen mit Schwierigkeiten rechnen. Es fällt auf, dass lediglich Personalentwicklungsmaßnahmen (C) und die Öffentlichkeitsarbeit (L) von Betrieben in den neuen Ländern häufiger praktiziert wurden als von westdeutschen Betrieben. Im Vergleich zu Westdeutschland besonders wenig genutzte Fachkräftesicherungsmaßnahmen sind insbesondere die Aus- (A) und Weiterbildung (B) sowie die Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie (H) bzw. der Arbeitsbedingungen (I). Dies sind mutmaßlich auch jene Maßnahmen, die besonders viele Ressourcen bzw. ein eigenes Personalwesen benötigen. Den Angaben der Betriebe zufolge wurde die Rekrutierung von Fachkräften aus dem Ausland (F) im Befragungsjahr 2011 weder in West- noch in Ostdeutschland häufig praktiziert.

Abbildung 22
Betriebliche Strategien der Fachkräftesicherung 2011 (in Prozent)



Quelle: Sonderauswertung des IAB-Betriebspanels, Welle 2011; eigene Darstellung.

Alles in allem zeigt sich anhand der hier exemplarisch andiskutierten Punkte, dass die Funktion des Arbeitsmarktes nicht nur anhand aggregierter Kennziffern zu bewerten ist. Rahmenbedingungen wie die gegebene Raumstruktur, aber auch die Verweildauer im Leistungsbezug und der Lohnabstand zwischen Ost- und West-

deutschland spielen ebenso eine Rolle wie die Anpassungsfähigkeit der ostdeutschen Betriebe, wenn es um die Potenzialnutzung auf dem Arbeitsmarkt geht.

9 Abschließende Betrachtung

Zum Abschluss soll die eingangs aufgeworfene Fragestellung – ob und in welchem Ausmaß in Ostdeutschland spezifische Hemmnisse auf der Stellen- und/oder der Bewerberseite existieren, die einer umfassend(er)en Potenzialnutzung entgegenstehen – noch einmal in der Gesamtschau diskutiert werden.

Kapitel 2 hat verdeutlicht, dass sich die Bevölkerungsentwicklung und -zusammensetzung zwischen den neuen und alten Bundesländern klar unterscheidet. Die beiden diskutierten Trends – Rückgang und Alterung der Bevölkerung – werden anhalten und den gesamtdeutschen Arbeitsmarkt in den kommenden Jahren stark beeinflussen. Die neuen Bundesländer nehmen hierbei, bedingt durch den Nachwendegeburtensknick und die hohen Wanderungsverluste, gegenüber Westdeutschland eine Vorreiterrolle ein. Dies kann ein für Ostdeutschland stärker zum Tragen kommendes Hemmnis hinsichtlich einer umfassenderen Potenzialnutzung darstellen. So könnte die Arbeitskräftenachfrageseite hierauf durch Betriebs- respektive Arbeitsplatzverlagerungen und/oder ausbleibende Investitionen reagieren. Die Arbeitskräfteangebotsseite wiederum könnte durch (selektive) Abwanderungsverluste (weiter) geschmälert und/oder in der Zusammensetzung nachteilig beeinflusst werden.

Gegenwärtig allerdings, auch das wurde in Kapitel 2 deutlich, ist das ungenutzte Arbeitskräfteangebot in Ostdeutschland noch erkennbar höher als in den alten Bundesländern. Erwerbslose, Stille Reserve und Erwerbstätige mit dem Wunsch nach Arbeitszeitausweitung machen hier in der Summe einen größeren Anteil am gesamten zur Verfügung stehenden Potenzial aus. Als mögliche Ursachen kommen hierfür Unterschiede in den strukturellen Rahmenbedingungen in Betracht (vgl. Kapitel 3).

Die räumliche Struktur der neuen Bundesländer zeichnet sich durch eine geringere Besiedlungsdichte aus. Der ländliche Raum ist der dominierende Typus. Die Wirtschaftsstruktur weist einen geringeren Anteil an hochproduktiven Branchen aus Industrie und unternehmensorientierten Dienstleistungen auf. Es fehlt an Konzernzentralen, und die Betriebsgrößenstruktur ist allgemein kleinteiliger geprägt. Diese Faktoren bedingen eine – gemessen an der Wertschöpfung pro Erwerbstätigen und im Vergleich zu Westdeutschland – auch heute noch geringere Produktivität, die sich hemmend auf die umfassendere Potenzialnutzung im hier verstandenen Sinne auswirken dürfte. Der Blick auf die Entwicklung, die sich insbesondere bezüglich der wirtschaftlichen Struktur und Wettbewerbsfähigkeit in den vergangenen fast zweiinhalb Jahrzehnten in Ostdeutschland vollzogen hat, macht allerdings auch das Erreichte sichtbar. So hat sich beispielsweise die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe zwischen 1991 und 2012 mit einem Plus von über 133 Prozent mehr als verdoppelt, während sie in den alten Bundesländern in diesem Zeitraum lediglich um knapp 16 Prozent zulegen konnte. Da jedoch zunächst marktwirtschaftlich trag- und wettbewerbsfähige Strukturen aufgebaut werden mussten, ging der Wertschöp-

fungszuwachs lange Jahre mit einem gleichzeitigen Beschäftigungsrückgang einher. Dieser negative Beschäftigungstrend konnte in der jüngeren Vergangenheit gestoppt werden.

Die in Kapitel 4 näher analysierte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – der größte Teil jenes Marktsegments, in dem Arbeitsanbieter (Beschäftigte) und Arbeitsnachfrager (Betriebe) zueinander gefunden haben – ist in den vergangenen Jahren auch in Ostdeutschland wieder gestiegen. Allein zwischen 2007 und 2013 legte sie um 389 Tausend auf rund 5,51 Millionen zu. Besonders positiv dabei ist, dass insbesondere die wertschöpfungsstarken Branchen wie der Kraftfahrzeug- und Maschinenbau Beschäftigungszuwächse verzeichneten, die sogar über jenen in den alten Bundesländern lagen. Der Flexibilisierungsgrad, also der Anteil der atypisch Beschäftigten, hat sich im Zuge dieses Wachstums zwar erhöht und befindet sich gegenwärtig damit ungefähr auf westdeutschem Niveau. Das Normalarbeitsverhältnis bleibt aber nach wie vor sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland die klar dominierende Beschäftigungsform. Die Beschäftigungsdynamik am ostdeutschen Arbeitsmarkt ist dabei zwar nach wie vor höher als in den alten Bundesländern. In der jüngeren Vergangenheit ging diese höhere Dynamik aber nicht mehr zu Lasten der Nettoveränderung der Beschäftigung. Mit Blick auf den Fachkräftenachwuchs ist allerdings als äußerst bedenklich zu bewerten, dass in Ostdeutschland die Gruppe der jüngeren Beschäftigten in den letzten fünf Jahren einen zunehmend negativen Trend der Nettoveränderung gezeigt hat.

Die in beiden Landesteilen insgesamt positive Nettobeschäftigungsveränderung ging einher mit einem Rückgang des nicht realisierten Arbeitskräfteangebotes, welches in Kapitel 5 eingehender betrachtet wurde. Sowohl in Ost- wie auch in Westdeutschland konnte die Unterbeschäftigung zwischen 2009 und 2013 um rund ein Viertel reduziert werden. Die Arbeitslosenzahl als größte Komponente der Unterbeschäftigung sank in diesem Zeitraum in den neuen Bundesländern sogar noch stärker als in den alten. Die Arbeitslosenquote verharrte dennoch auch 2013 klar über dem westdeutschen Vergleichswert. Dieser Niveauunterschied findet sich in nahezu allen betrachteten Strukturmerkmalen der Arbeitslosigkeit wieder. Die Strukturen an sich sind in Ost- und Westdeutschland aber weitgehend ähnlich. Zielberufe und Altersstruktur beispielsweise unterscheiden sich kaum. Lediglich hinsichtlich der formalen Qualifikation, die in den neuen Bundesländern geringfügig besser ausfällt und hinsichtlich des Ausländeranteils, der in den alten Bundesländern höher ist, finden sich größere Unterschiede. In Bezug auf die Dynamik der Arbeitslosigkeit nach Rechtskreisen fällt auf, dass die Zu- und Abgangsraten im SGB-III-Bereich in Ostdeutschland niedriger sind als in Westdeutschland. Ein zweiter Unterschied betrifft den SGB-II-Bereich. Dort ist für Ostdeutschland ein kontinuierlicher Anstieg bei den Abgängen in Nichterwerbstätigkeit zu beobachten. Bei der Struktur von Zu- und Abgängen ergeben sich aber wiederum nur geringe Ost-West-Unterschiede.

Der Vergleich der nicht realisierten Arbeitskräftenachfrage war Gegenstand von Kapitel 6 und verdeutlichte, dass sich vor allem Ausmaß und Konjunkturabhängig-

keit der offenen Stellen zwischen den beiden Landesteilen unterscheiden. Bezüglich der Struktur der offenen Stellen existieren die größten Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland im Hinblick auf die Betriebsgröße.

Die Analyse des nicht realisierten Arbeitskräfteangebotes sowie der nicht realisierten Nachfrage konnte somit in der Gesamtschau zwar Hemmnisse aufzeigen, die eine umfassende Potenzialnutzung erschweren. Keines dieser Hemmnisse stellte sich jedoch beim Abgleich mit den alten Bundesländern als klar ostdeutsches Spezifikum heraus. In Kapitel 7 wurde daher der Frage nachgegangen, ob und inwiefern die beiden Marktseiten (rechnerisch) zusammenpassen. Der bereits bezüglich der Arbeitslosenquote identifizierte Niveauunterschied zwischen Ost- und Westdeutschland wurde auch hinsichtlich der Arbeitslosen-Stellen-Relation sichtbar. Diese betrug 2013 in den neuen Bundesländern 11:1. Das heißt, auf eine gemeldete offene Stelle kamen rund elf Arbeitslose. In Westdeutschland war die Relation mit 6:1 nur in etwa halb so hoch. Die Betrachtung über die Zeit machte für Ostdeutschland allerdings auch eine starke Abnahme dieser Relation sichtbar. Dies gilt insbesondere für das Anforderungsniveau der Helfer. In Westdeutschland hingegen blieben die anforderungsspezifischen Relationen über die Zeit hinweg recht konstant. Der quantitative Abgleich von nicht realisiertem Angebot und nicht realisierter Nachfrage verdeutlichte somit, dass – trotz eines stärkeren Rückgangs in den vergangenen Jahren – das ungenutzte Potenzial an Arbeitskräften in Ostdeutschland größer ist als in Westdeutschland. Die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg in Ostdeutschland zwar an. Als Folge sank auch das Verhältnis von nicht realisiertem Arbeitsangebot zu nicht realisierter Arbeitsnachfrage. Es erreicht aber auch 2013 noch nicht das westdeutsche Verhältnis. Detaillierte Analysen nach dem Arbeitszeitwunsch, dem Anforderungsprofil und dem Zielberuf lieferten im Wesentlichen dasselbe Bild. Bestimmte Hemmnisse auf der Bewerber- und/oder Stellenseite lassen sich jedoch erst auf kleinräumiger Ebene detailliert spezifizieren. Im großräumigen Aggregat gleichen sich Strukturen und Entwicklungen möglicherweise aus. Weitergehende Analysen müssten die hier betrachteten Indikatoren – beispielsweise auf der Ebene von Arbeitsmarktregionen – vertieft aufgreifen und diskutieren.

Kapitel 8 schließlich hatte eher „weichere“ Faktoren, die neben den quantitativen Problemlagen ebenfalls ein Hemmnis hinsichtlich der Potenzialnutzung darstellen könn(t)en, zum Gegenstand. Hier wurden zum Teil Unterschiede herausgearbeitet, die als ostdeutschlandspezifische Hemmnisse angesehen werden können. Neben der ungünstigen Siedlungsstruktur sind unter anderem Ost-West-Unterschiede in Bezug auf den hohen Anteil von SGB-II-Arbeitslosen, die Länge der Verweildauer im Leistungsbezug, die formale Qualifikation von älteren und jüngeren Arbeitslosen und die Differenz zwischen Arbeitsentgelt und Grundsicherungsleistungen zu nennen. Darüber hinaus wurde die Anpassungsfähigkeit und -geschwindigkeit der ostdeutschen Betriebe auf dem sich ändernden Arbeitsmarkt diskutiert. Hier zeigen sich im Abgleich mit den alten Bundesländern in einigen Punkten noch Verbesserungspotenziale, z. B. hinsichtlich innerbetrieblicher Rahmenbedingungen. Die hier

durchgeführte Untersuchung der „weichen“ Faktoren hat jedoch keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Abschließend lässt sich festhalten, dass der Arbeitsmarkt in Ost- und Westdeutschland 25 Jahre nach dem Fall der Mauer von seiner Struktur her viele Gemeinsamkeiten aufweist. Nichtsdestotrotz ist die Herausforderung, möglichst viele Menschen nachhaltig in den Arbeitsmarkt zu integrieren, in den neuen Bundesländern (noch) größer. Das zeigen unter anderem Indikatoren wie die Quote des ungenutzten Arbeitskräftepotenzials oder die Arbeitslosenquote. Diese Größen sind zwar in den letzten Jahren stark gesunken, liegen aber immer noch deutlich über den westdeutschen Werten.

Die Herausforderungen einer umfassenden Potenzialnutzung können nur dann gemeistert werden, wenn alle Arbeitsmarktakteure – Unternehmen, Erwerbspersonen, Arbeitsverwaltungen und Politik – aktiv und kooperativ auf dieses Ziel hinarbeiten. Diese Analyse hat gezeigt, dass insbesondere in der jüngeren Vergangenheit viel Positives am ostdeutschen Arbeitsmarkt erreicht wurde. Sie hat allerdings auch gezeigt, dass es noch einiges zu tun gibt und die Zusammenführung von Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage nicht unbedingt einfacher wird (vgl. dazu Dietz u. a. 2013). Denn mit rückläufigem ungenutztem Arbeitskräftepotenzial steigen zum einen die Risiken von Passungsschwierigkeiten, die sich beispielsweise in einem räumlichen oder qualifikatorischen Mismatch äußern können (vgl. auch Bauer/Gartner 2014). Diesen kann am ehesten durch eine möglichst hohe Konzessionsbereitschaft auf der Arbeitskräfteangebots- (z. B. räumliche und berufliche Mobilität) und der Arbeitskräftenachfrageseite (z. B. Arbeitseinkommen und qualifikatorische Anforderungen) begegnet werden. Zum anderen steigt aber auch die Notwendigkeit, das ungenutzte Arbeitskräftepotenzial durch intensive und individuelle Beratung, Betreuung und Qualifizierung zu aktivieren. So müssen einige Arbeitslose durch gezielte Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen erst wieder an den Arbeitsmarkt herangeführt werden. Des Weiteren gilt es, die Arbeitsmarktnähe potenzieller Risikogruppen im Falle einer Arbeitslosigkeit bis zum (Wieder-)Einstieg aufrecht zu erhalten. Beides verlangt eine vorausschauende und auf Nachhaltigkeit ausgelegte aktive Arbeitsmarktpolitik.

Literatur

- Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit (ANBA) (2012): Arbeitsmarkt 2012: Arbeitsmarktanalyse für Deutschland, West- und Ostdeutschland, 60. Jahrgang, Sondernummer 2, Nürnberg.
- Arntz, Melanie (2011): Mobilitätshemmnisse heterogener Arbeitskräfte in Deutschland. In: Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung, 44, S. 135–141.
- Arntz, Melanie; Wilke, Ralf (2009): Unemployment Duration in Germany: Individual and Regional Determinants of Local Job Finding, Migration and Subsidized Employment, *Regional Studies*, 43:1, 43–61.
- Bauer, Anja; Gartner, Hermann (2014): Mismatch-Arbeitslosigkeit: Wie Arbeitslose und offene Stellen zusammenpassen. IAB-Kurzbericht, 05/2014, Nürnberg.
- Bellmann, Lutz; Blien, Uwe; Crimmann, Andreas; Dieterich, Iris; Dietz, Martin; Ellguth, Peter; Feil, Michael; Fuchs, Johann; Fuchs, Michaela; Fuchs, Stefan; Gerner, Hans-Dieter; Hecht, Veronika; Hummel, Markus; Klinger, Sabine; Kohaut, Susanne; Konle-Seidl, Regina; Kruppe, Thomas; Ludewig, Oliver; Rhein, Thomas; Rothe, Thomas; Scholz, Theresa; Schwengler, Barbara; Spitznagel, Eugen; Stops, Michael; Walwei, Ulrich; Wanger, Susanne; Weyh, Antje; Zapf, Ines; Zika, Gerd; Brücker, Herbert (Hrsg.); Klinger, Sabine (Hrsg.); Möller, Joachim (Hrsg.); Walwei, Ulrich (Hrsg.) (2012): Entwicklung und Perspektiven des deutschen Arbeitsmarktes. In: Handbuch Arbeitsmarkt 2013. Analysen, Daten, Fakten, IAB-Bibliothek, 334, Bielefeld: Bertelsmann, S. 13–92.
- Bickenbach, Frank; Bode, Eckhardt (2013): New Economic Geography and Reunified Germany at Twenty: A Fruitful Match?, *Spatial Economic Analysis*, 8:2, 120–153.
- Blien, Uwe; Phan thi Hong, Van; Kaufmann, Klara; Kaimer, Steffen (2010): 20 Jahre nach dem Mauerfall: Arbeitslosigkeit in ostdeutschen Regionen. In: Zeitschrift für ArbeitsmarktForschung, Jg. 43, H. 2, S. 125–143.
- Brenke, Karl (2011): Positive Beschäftigungsentwicklung in Berlin, aber kaum Rückgang der Arbeitslosigkeit. In: DIW-Wochenbericht, 30, 2011, S. 3-13.
- Brenke, Karl; Zimmermann, Klaus F. (2009): Ostdeutschland 20 Jahre nach dem Mauerfall: Was war und was ist heute mit der Wirtschaft? In: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Nr. 78, S. 32–62.
- Brenzel, Hanna; Kettner, Anja; Kubis, Alexander; Moczall, Andreas; Müller, Anne; Rebien, Martina; Röttger, Christof; Szameitat, Jörg (2013): Neueinstellungen im Jahr 2012: Strukturwandel und Demografie prägten die Personalsuche. IAB-Kurzbericht, 17/2013, Nürnberg.
- Brenzel, Hanna; Kubis, Alexander; Moczall, Andreas; Weber, Eva (2012): Der Arbeitsmarkt in Ost- und Westdeutschland: Offene Stellen, Personalsuche und Besetzungswege. IAB-Kurzbericht, 11/2012, Nürnberg.
- Brixy, Udo; Grotz, Reinhold (2004): Entry-rates, the share of surviving businesses and employment growth: Differences between Western and Eastern Germany since unification. In: Dowling, Michael; Schmude, Jürgen; zu Knyphausen-Aufsess, Dodo (eds.): *Advances in interdisciplinary European entrepreneurship research*, Münster, Lit., S. 143–152.
- Bundesagentur für Arbeit (BA) (2013): Arbeitsmarkt 2012. Amtliche Nachrichten der Bundesagentur für Arbeit (ANBA), 60. Jahrgang, Sondernummer 2, Nürnberg.

- Bundesagentur für Arbeit (BA), Arbeitsmarktberichterstattung (2012): Der Arbeitsmarkt in Deutschland, Strukturen der Arbeitslosigkeit, Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (BA) (2011): Klassifikation der Berufe 2010 – Band 1: Systematischer und alphabetischer Teil mit Erläuterungen, Nürnberg.
- Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) (2012): Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung. INKAR. Ausgabe 2012. Hrsg.: BBSR im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung — Bonn 2012.
- Bundesministerium des Innern (BMI), Arbeitsstab Angelegenheiten der Neuen Bundesländer (Hrsg.) (2013): Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2013, Berlin.
- Burda, Michael C. (2010): The East German Economy in the Twenty-First Century, Conference Paper Washington.
- Caliendo, Marco; Hogenacker, Jens; Künn, Steffen; Wießner, Frank (2012): Gründungszuschuss für Arbeitslose: Bislang solider Nachfolger der früheren Programme. IAB-Kurzbericht, 02/2012, Nürnberg.
- Dahms, Vera; Frei, Marek; Putzing, Monika (2013): IAB-Betriebspanel Ostdeutschland – Ergebnisse der siebzehnten Welle 2012, Berlin.
- Dahms, Vera; Frei, Marek; Putzing, Monika (2012): IAB-Betriebspanel Ostdeutschland – Ergebnisse der sechzehnten Welle 2011, Berlin.
- Dietz, Martin; Kettner, Anja; Kubis, Alexander; Leber, Ute; Müller, Anne; Stegmaier, Jens (2012): Unvollkommene Ausgleichsprozesse am Arbeitsmarkt - Analysen zur Arbeitskräftenachfrage auf Basis des IAB-Betriebspanels und der IAB-Erhebung des Gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots. IAB-Forschungsbericht, 08/2012, Nürnberg.
- Dietz, Martin; Kubis, Alexander; Leber, Ute; Müller, Anne; Stegmaier, Jens (2013): Personalsuche in Deutschland: Kleine und mittlere Betriebe im Wettbewerb um Fachkräfte. IAB-Kurzbericht, 10/2013, Nürnberg.
- Dietz, Martin; Möller, Joachim; Walwei, Ulrich; Weber, Enzo (2013): Ausbau auf solidem Fundament: Was am Arbeitsmarkt angepackt werden muss. IAB-Forum Spezial 2013, Nürnberg.
- Ellguth, Peter; Kohaut, Susanne (2012): Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung – aktuelle Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2011. In: WSI-Mitteilungen, Jg. 65, H. 4, S. 297–305.
- Engelmann, Sabine; Fuchs, Michaela (2012): Exportverhalten in West- und Ostdeutschland – Determinanten und Anpassungsprozesse. In: Schmollers Jahrbuch. Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Bd. 132, H. 4, S. 549–580.
- Fuchs, Benjamin (2012): Gründe für den Arbeitslosengeld-II-Bezug: Wege in die Grundsicherung. IAB-Kurzbericht, 25/2012, Nürnberg.
- Fuchs, Michaela (2011): Bestimmungsfaktoren regionaler Beschäftigungsentwicklung: Starkes Gefälle – nicht nur zwischen Ost und West. In: IAB-Forum, Nr. 2, S. 16–21.
- Fuchs, Michaela; Pohl, Carsten; Sujata, Uwe; Weyh, Antje (2013): Entwicklung der Erwerbslosigkeit in Sachsen - welche Rolle spielt die Alterung der Bevölkerung? IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Sachsen, 02/2013, Nürnberg.

Fuchs, Michaela; Weyh, Antje (2010): The determinants of job creation and destruction - plant-level evidence for Eastern and Western Germany. In: *Empirica*, Vol. 37, No. 4, S. 425–444.

Fuchs, Michaela; Weyh, Antje; Ludewig, Oliver (2011): Gegen den Strom: In Regionen mit geringer Arbeitsmarktdynamik entstehen unterm Strich mehr Stellen. In: *IAB-Forum*, Nr. 2, S. 74–81.

Günther, Jutta; Brachert, Matthias; Barkholz, Michael (2012): Aktuelle Trends: Headquarterlücke zwischen Ost- und Westdeutschland – Führungsfunktionen im Westen deutlich stärker vertreten, in: *Wirtschaft im Wandel 3/2012*, S. 79–79.

Hartmann, Michael (2009): Umfassende Arbeitsmarktstatistik: Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, Methodenbericht der Statistik der BA, Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), Nürnberg.

Hartmann, Michael; Reimer, Kim (2011): Möglichkeiten und Grenzen einer statistischen Engpassanalyse nach Berufen. Methodenbericht der Statistik der BA, Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), Nürnberg.

IWH; DIW; ifo Dresden; IAB; HoF; RWI (2011): Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland. Studie im Auftrag des Bundesministeriums des Innern. IWH-Sonderheft 2/2011, Halle (Saale).

Klemm, Klaus (2010): Jugendliche ohne Hauptschulabschluss: Analysen – Regionale Trends – Reformansätze; Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Kubis, Alexander; Leber, Ute; Müller, Anne; Stegmaier, Jens (2013a): Der Arbeitskräftebedarf in Deutschland 2006 bis 2011: Nachfrage, Rekrutierungsprozesse und Engpässe aus Sicht der Betriebe. IAB-Bibliothek, 339, Bielefeld.

Kubis, Alexander; Müller, Anne; Moertel, Julia (Mitarb.); Weber, Eva (Mitarb.); Woitschig, Christian (Mitarb.) (2013b): Datenkompendium: Kernindikatoren der IAB-Erhebung des Gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots (EGS). FDZ-Methodenreport, 03/2013 (de), Nürnberg.

Lutz, Burkhardt (2010): Fachkräftemangel in Ostdeutschland – Konsequenzen für Beschäftigung und Interessenvertretung. OBS-Arbeitsheft 65, Frankfurt/Main.

Müller, Anne; Rebien, Martina; Vogler-Ludwig, Kurt (2013): IAB-Erhebung des Gesamtwirtschaftlichen Stellenangebots - Betriebsbefragung zu Stellenangebot und Besetzungsprozessen Wellen 2000 bis 2010 und Folgequartale ab 2006. FDZ-Datenreport, 03/2013 (de), Nürnberg.

Ragnitz, Joachim (2009): Ostdeutschland heute: Viel erreicht, viel zu tun. In: *ifo Schnelldienst*, 62, 18/2009, S. 3–13.

Rengers, Martina (2012): Ungenutztes Arbeitskräftepotenzial in der Stillen Reserve – Ergebnisse für das Jahr 2010, In: *Wirtschaft und Statistik*, April 2012.

Rothe, Thomas (2009): Arbeitsmarktentwicklung im Konjunkturverlauf: Nicht zuletzt eine Frage der Einstellungen. IAB-Kurzbericht, 13/2009, Nürnberg.

Seibert, Holger; Wesling, Mirko (2012): Demografische Veränderungen in Ostdeutschland: Jugendliche finden immer öfter eine Lehrstelle vor Ort. IAB-Kurzbericht, 16/2012, Nürnberg.

Statistisches Bundesamt (2013a): Vorläufige Ergebnisse der Bevölkerungsfortschreibung auf Grundlage des Zensus 2011, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2013b): Verdienste und Arbeitskosten, Fachserie 16, Reihe 2.5, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2012): Statistisches Jahrbuch 2012, Wiesbaden.

Statistisches Bundesamt (2010): Bevölkerung in den Bundesländern, dem früheren Bundesgebiet und den neuen Ländern bis 2060: Ergebnisse der 12. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.

Wahse, Jürgen; Dahms, Vera (2008): IAB-Betriebspanel Ostdeutschland – Ergebnisse der zwölften Welle 2007, Berlin.

Weyh, Antje (2010): Unternehmensgründungen: Motivation und direkte Beschäftigungswirkungen. Technische Universität Dresden, Fakultät Wirtschaftswissenschaften (Hrsg.), Dresden.

Wolff, Joachim; Nivorozhkin, Anton (2008): Start me up: The effectiveness of a self-employment programme for needy unemployed people in Germany. IAB-Discussion Paper, 20/2008, Nürnberg.

Anhang

Tabelle A 1

Betriebe und Beschäftigte nach Betriebsgrößenklassen am 30.06.2012 (in Prozent)

Betriebsgröße	Betriebe		Beschäftigte	
	Ost	West	Ost	West
1 bis 4 Beschäftigte	45	39	8	6
5 bis 9 Beschäftigte	28	30	12	11
10 bis 49 Beschäftigte	22	26	29	28
50 bis 249 Beschäftigte	4	4	29	25
ab 250 Beschäftigte	0,6	0,9	22	30
Insgesamt	100	100	100	100

Quelle: Dahms/Frei/Putzing (2013:19).

Tabelle A 2

Stellenangebot und Meldequote in Ostdeutschland 2005 bis 2013

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Stellenangebot am ersten Arbeitsmarkt*	106.200	212.000	169.000	132.000	135.600	145.000	167.100	174.500	187.900
<i>darunter:</i>									
Sofort zu besetzende Stellen	73.200	145.000	100.000	85.000	81.200	95.600	118.400	129.200	142.900
Anteil in Prozent	69 %	68 %	59 %	64 %	60 %	66 %	71 %	74 %	76 %
Später zu besetzende Stellen	33.000	67.000	69.000	47.000	54.500	49.400	48.700	45.300	45.100
Anteil in Prozent	31 %	32 %	41 %	36 %	40 %	34 %	29 %	26 %	24 %
Zahl der gemeldeten Stellen am ersten Arbeitsmarkt**	38.500	64.800	57.000	53.000	48.700	62.200	79.600	81.900	81.700
Meldequote	36 %	31 %	34 %	40 %	36 %	43 %	48 %	47 %	43 %

Anm.: * IAB-Stellenerhebung, ** Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: IAB-Stellenerhebung, Daten jeweils zum IV. Quartal des Jahres.

Tabelle A 3

Stellenangebot und Meldequote in Westdeutschland 2005 bis 2013

	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Stellenangebot am ersten Arbeitsmarkt*	870.800	951.000	873.000	785.000	661.000	851.200	963.700	863.000	869.600
<i>darunter:</i>									
Sofort zu besetzende Stellen	585.800	681.000	589.000	593.000	455.000	613.600	734.400	654.700	665.600
Anteil in Prozent	67 %	72 %	67 %	76 %	69 %	72 %	76 %	76 %	77 %
Später zu besetzende Stellen	285.000	270.000	284.000	192.000	206.000	237.600	229.300	208.300	204.000
Anteil in Prozent	33 %	28 %	33 %	24 %	31 %	28 %	24 %	24 %	23 %
Zahl der gemeldeten Stellen am ersten Arbeitsmarkt**	248.600	336.100	340.000	311.000	241.100	329.300	406.400	363.100	343.700
Meldequote	29 %	35 %	39 %	40 %	36 %	39 %	42 %	42 %	40 %

Anm.: * IAB-Stellenerhebung, ** Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Quelle: IAB-Stellenerhebung, Daten jeweils zum IV. Quartal des Jahres.

Tabelle A 4

Offene und sofort zu besetzende Stellen am ersten Arbeitsmarkt nach Wirtschaftszweigen, formaler Qualifikation und Betriebsgröße in Ost- und West-deutschland 2013

	Ostdeutschland				Westdeutschland			
	Anzahl Stellen in Tausend		Anteile in Prozent		Anzahl Stellen in Tausend		Anteile in Prozent	
	alle offenen Stellen	sofort zu besetzen	alle offenen Stellen	sofort/ alle	alle offenen Stellen	sofort zu besetzen	alle offenen Stellen	sofort/ alle
Wirtschaftszweig								
Land- und Forstwirtschaft	1,8	1,3	1,0	72,2	6,4	4,4	0,7	68,8
Bergbau, Energie, Wasser u. Abfall	3,0	2,6	1,6	86,7	5,6	4,0	0,6	71,4
Verarbeitendes Gewerbe	18,3	14,4	9,7	78,7	90,0	68,7	10,3	76,3
Baugewerbe	21,6	17,5	11,5	81,0	97,2	76,4	11,2	78,6
Handel und Kfz-Reparatur	19,2	15,6	10,2	81,3	99,0	78,3	11,4	79,1
Verkehr und Lagerei	9,7	6,4	5,2	66,0	47,2	33,9	5,4	71,8
Information u. Kommunikation	6,7	5,0	3,6	74,6	23,1	17,8	2,7	77,1
Finanz- u. Versicherungsdienstl.	2,9	2,0	1,5	69,0	10,5	7,7	1,2	73,3
Unternehmensnahe Dienstl.	60,5	44,7	32,2	73,9	311,6	241,0	35,8	77,3
Sonstige Dienstleistungen	41,3	30,9	22,0	74,8	164,5	122,2	18,9	74,3
Öffentl. Verwaltung u. Soz.vers.	3,0	2,3	1,6	76,7	14,5	11,1	1,7	76,6
Gesamt	187,9	142,7	100,0	75,9	869,6	665,5	100,0	76,5
Formale Qualifikationsanforderung								
ohne Berufsabschluss/ unge-lernt	28,9	21,6	15,4	74,7	183,5	141,8	21,1	77,3
Ausbildungs- / Fachschulabschluss	131,2	99,8	69,8	76,1	503,2	395,2	57,9	78,5
Fach-/Hochschulabschluss	27,9	21,4	14,8	76,7	182,8	128,4	21,0	70,2
Gesamt	187,9	142,7	100,0	75,9	869,6	665,5	100,0	76,5
Betriebsgröße								
1 bis 9 Beschäftigte	59,9	43,6	31,9	72,8	189,8	145,2	21,8	76,5
10 bis 19 Beschäftigte	29,5	22,5	15,7	76,3	153,6	123,6	17,7	80,5
20 bis 49 Beschäftigte	31,2	24,3	16,6	77,9	169,9	139,7	19,5	82,2
50 bis 249 Beschäftigte	41,7	30,8	22,2	73,9	204,9	155,1	23,6	75,7
250 bis 499 Beschäftigte	9,1	7,6	4,8	83,5	58,4	39,4	6,7	67,5
500 und mehr Beschäftigte	16,4	13,9	8,7	84,8	92,9	62,5	10,7	67,3
Gesamt	187,9	142,7	100,0	75,9	869,6	665,5	100,0	76,5

Quelle: IAB-Stellenerhebung, Daten zum IV. Quartal 2013.

Tabelle A 5

Such- und Besetzungswege sowie Erfolgsquote bei der Besetzung offener Stellen in Ost- und Westdeutschland 2011 (Anteil an den Neueinstellungen in Prozent)

	Beschrittener Suchweg**		Erfolgreicher Suchweg		Erfolgsquote	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Eigene Inserate (Zeitungen etc.)	45	39	34	16	75	42
Stellenangebote auf der eigenen Homepage	49	43	6	9	12	20
Stellenangebot in Internet-Stellenbörsen***	42	36	4	10	9	28
Internet-Auftritt des Betriebs in sozialen Netzwerken	20	7	*	*	*	*
Job-Messen	20	5	*	*	*	*
Arbeitsagentur gesamt	44	43	14	13	32	30
Antwort auf Inserate Arbeitssuchender	23	7	*	*	*	*
Auswahl aus Initiativbewerbungen	42	28	11	13	25	45
Private Arbeitsvermittlung	27	11	3	6	10	54
Summe externer Suchwege	312	219	72	67	23	31
Interne Stellenausschreibung	26	20	1	1	2	5
Interne Praktika	3	5	1	1	44	18
Eigene Mitarbeiter / persönliche Kontakte	59	46	23	29	39	62
Auswahl aus Auszubildenden	4	6	1	1	31	11
Auswahl aus Zeit-/Leiharbeitern	3	5	1	1	42	24
Summe interner Suchwege	95	82	27	33	28	40

Anm.: * ungenügende Fallzahl. ** Mehrfachnennungen möglich. *** ohne Internetdienste der Arbeitsagenturen.
Quelle: Brenzel u. a. 2012: 6, Daten zum IV. Quartal 2011.

Tabelle A 6

Bestand gemeldeter Arbeitsstellen nach Berufen in Ost- und Westdeutschland 2013

Berufsgruppe	2013			
	Absolut		Anteile in Prozent	
	Ost	West	Ost	West
26 Mechatronik-, Energie- und Elektroberufe	5.464	25.483	6,7	7,3
24 Metallerzeugung, -bearbeitung, Metallbau	5.424	22.803	6,7	6,5
81 Medizinische Gesundheitsberufe	5.112	21.358	6,3	6,1
62 Verkaufsberufe	4.730	24.480	5,8	7,0
51 Verkehr, Logistik (außer Fahrzeugführer)	4.457	21.698	5,5	6,2
63 Tourismus-, Hotel- und Gaststättenberufe	4.212	16.532	5,2	4,7
34 Gebäude- und versorgungstechnische Berufe	4.188	13.208	5,1	3,8
82 Nichtmed. Gesundheit, Körperpfl., Medizint.	4.060	19.026	5,0	5,4
25 Maschinen- und Fahrzeugtechnikberufe	3.845	22.743	4,7	6,5
52 Führer von Fahrzeug- und Transportgeräten	3.701	16.893	4,5	4,8
Insgesamt	81.422	350.003	100,0	100,0

Anm.: abgebildet ist der jahresdurchschnittliche Bestand der 10 Berufsgruppen, auf die 2013 in Ostdeutschland die meisten Arbeitsstellenmeldungen entfielen.

Quelle: Statistik der BA; eigene Berechnungen.

Tabelle A 7
Durchschnittliche Dauer der Personalsuche in Ost- und Westdeutschland 2010 bis 2012 (in Tagen)

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012
alle Stellen						
tatsächliche Besetzungsdauer	67	75	86	73	77	81
Dauer der Personalsuche	45	51	61	46	50	50
tatsächliche Vakanzdauer	22	25	25	27	26	30
ohne Berufsabschluss/ungelernt						
tatsächliche Besetzungsdauer	39	39	*	40	42	44
Dauer der Personalsuche	30	29	*	30	32	31
tatsächliche Vakanzdauer	9	10	*	10	9	13
Ausbildungs-/Fachschulabschluss						
tatsächliche Besetzungsdauer	64	78	76	70	80	81
Dauer der Personalsuche	43	53	54	45	50	52
tatsächliche Vakanzdauer	21	25	22	25	30	29
Fachhochschul-/Hochschulabschluss						
tatsächliche Besetzungsdauer	94	101	119	102	126	123
Dauer der Personalsuche	62	64	73	59	84	68
tatsächliche Vakanzdauer	33	37	46	43	42	54

Anm.: * keine Angaben möglich.

Quelle: IAB-Stellenerhebung, Daten jeweils zum IV. Quartal des Jahres.

Tabelle A 8
Betriebliche Reaktionen auf den Abbruch von Suchvorgängen 2011 (in Prozent)

	Ostdeutschland	Westdeutschland
Leiharbeit wird in Anspruch genommen	10	11
Aufgaben werden von anderen Mitarbeitern innerhalb der normalen Arbeitszeit erledigt	38	42
Aufgaben werden von anderen Mitarbeitern durch Überstunden etc. erledigt	39	38
Technische/organisatorische Änderungen vorgenommen	29	20
Auf Aufträge verzichtet	33	42
Die Stelle wurde intern besetzt	8	7
Durch veränderte Marktsituation kein Bedarf mehr	7	7

Quelle: Brenzel u. a. 2012: 7, Daten zum IV. Quartal 2011.

Tabelle A 9

Gründe für Stellenbesetzungsschwierigkeiten nach formaler Qualifikationsanforderung in Ost- und Westdeutschland 2010 bis 2012 (in Prozent derer, die grundsätzlich Besetzungsschwierigkeiten hatten)

	Ostdeutschland			Westdeutschland		
	2010	2011	2012	2010	2011	2012
Allgemein						
ohne Berufsabschluss/ungelernt	37	20	*	23	35	31
Ausbildungs-/Fachschulabschluss	28	34	33	30	32	34
Fachhochschul-/Hochschulabschluss	28	29	35	28	41	35
aufgrund von unzureichender beruflicher Qualifikation der Bewerber						
ohne Berufsabschluss/ungelernt	*	51	*	53	25	23
Ausbildungs-/Fachschulabschluss	53	63	53	65	68	67
Fachhochschul-/Hochschulabschluss	55	54	64	63	74	51
aufgrund von zu hohen Lohn-/Gehaltsforderungen der Bewerber						
ohne Berufsabschluss/ungelernt	*	*	*	56	40	43
Ausbildungs-/Fachschulabschluss	30	33	41	33	34	31
Fachhochschul-/Hochschulabschluss	26	22	40	23	40	39
aufgrund von fehlender Bereitschaft der Arbeitsuchenden, die Arbeitsbedingungen zu erfüllen						
ohne Berufsabschluss/ungelernt	64	77	*	81	64	53
Ausbildungs-/Fachschulabschluss	35	39	36	31	34	32
Fachhochschul-/Hochschulabschluss	20	15	*	*	*	*
aufgrund von zu wenigen Bewerbern						
ohne Berufsabschluss/ungelernt	*	43	*	20	33	61
Ausbildungs-/Fachschulabschluss	55	61	68	41	66	64
Fachhochschul-/Hochschulabschluss	56	63	73	46	67	66

Anm.: * keine Angaben möglich.

Quelle: IAB-Stellenerhebung, Daten jeweils zum IV. Quartal des Jahres.

In dieser Reihe sind zuletzt erschienen

Nr.	Autor(en)	Titel	Datum
12/2013	Schubert, M. Parthier, K. Kupka, P. Krüger, U. Holke, J. Fuchs, Ph.	Menschen mit psychischen Störungen im SGB II	10/2013
13/2013	Schwengler, B. Bennewitz, E.	Arbeitsmarkt- und Einkommensindikatoren für die Neuabgrenzung des GRW-Regionalfördergebietes ab 2014 Gutachten im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	11/2013
14/2013	Bechmann, S. Dahms, V. Tschersich, N. Frei, M. Leber, U. Schwengler, B.	Beschäftigungsmuster von Frauen und Männern: Auswertungen des IAB-Betriebspanels 2012	12/2013
15/2013	Springer, A.	Selbstständige Leistungsbezieher in der Arbeitslosenversicherung: Empirische Befunde zum Versicherungspflichtverhältnis auf Antrag	12/2013
1/2014	Egenolf, D. Fertig, M. Hunger, K. Puxi, M. Rosemann, M. Weimann, M.	Implementationsstudie zur Berliner Joboffensive: Endbericht zum 31. Juli 2013 vorgelegt von ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH, Köln	2/2014
2/2014	Hirschenauer, F. Springer, A.	Vergleichstypen 2014: Aktualisierung der SGB-III-Typisierung	2/2014
3/2014	Dummert, S. Kubis, A. Leber, U. Müller, A.	Betrieblicher Arbeitskräftebedarf 2006 – 2012	3/2014
4/2014	Fertig, M.	Quantitative Wirkungsanalysen zur Berliner Joboffensive: Endbericht zum 28. Juli 2013 vorgelegt von ISG Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH, Köln	4/2014
5/2014	Autorengemeinschaft	Patterns of Resilience during Socioeconomic Crises among Households in Europe (RESCuE): Concept, Objectives and Work Packages of an EU FP 7 Project	5/2014

Stand: 16.05.2014

Eine vollständige Liste aller erschienenen IAB-Forschungsberichte finden Sie unter

<http://www.iab.de/de/publikationen/forschungsbericht.aspx>

Impressum

IAB-Forschungsbericht 6/2014

Herausgeber

Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit
Regensburger Str. 104
90478 Nürnberg

Redaktion

Regina Stoll, Jutta Palm-Nowak

Technische Herstellung

Gertrud Steele

Rechte

Nachdruck - auch auszugsweise -
nur mit Genehmigung des IAB gestattet

Website

<http://www.iab.de>

Bezugsmöglichkeit

<http://doku.iab.de/forschungsbericht/2014/fb0614.pdf>

ISSN 2195-2655

Rückfragen zum Inhalt an:

Michaela Fuchs
Telefon 0345.1332 232
E-Mail michaela.fuchs@iab.de

Mirko Wesling
Telefon 0371.9118 644
E-Mail mirko.wesling@iab.de

Antje Weyh
Telefon 0371.9118 642
E-Mail antje.veyh@iab.de